

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildungs- und -auswertungsverein

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Post 2 RM, halbm. 1 RM), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2, / Geschäftsstelle u. Expedition: Anzeiger-Abteilung wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, / Bitterbühnen- / Schützenstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft / Schützenstr. 2, / Bitterbühnen- / Schützenstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschl. Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 28. Januar 1928 Nummer 24

Die Verpfaffung der Volksschule

Neue Krisengerichte — Täuschung der Arbeiter — Verschärft den Kampf gegen die Reaktion

Die linksbürgerliche Presse jubelt „Offene Krise der Koalition“ (11), weil die Bürgerblockregierung in der gestrigen Sitzung des Bildungsausschusses bei der Entscheidung über die Frage der Simultanfächer in der Minderheit geblieben ist. Der Antrag der Deutschen Volkspartei zu dem bekannten § 20:

„In den Gebieten des Reiches, in denen eine nach Bekennnisschulen nicht getrennte Volksschule gleichschon oder nach Herkommen besteht, bleibt es bei dieser Rechtslage.“

wurde mit 15 gegen 13 Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen. Die linksbürgerliche Presse macht daraus eine „neue Krise der Koalition“, da das Zentrum bereits erklärt habe, daß es keine Minister aus dem Kabinett zurückziehen werde, wenn sich nicht bis zu Beginn der zweiten Lesung ein Weg finden läßt, der den kulturpolitischen Grundforderungen des Zentrums entgegenkommt.

Es ist nicht im mindesten damit zu rechnen, daß die gestrige Abstimmung im Bildungsausschuß zu einem Zusammenbruch der Bürgerblockregierung führen wird. Wie wir gestern bereits berichteten, und wie dies die bürgerlichen Mäntel heute erneut feststellen, hofft man in späteren interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien einen Einigungsweg zu finden. Außerdem soll ja dem volksparteilichen Antrag keine Wirksamkeit dadurch genommen werden, daß der Staatsgerichtshof darüber entscheiden soll, auf welche Länder dieser Antrag der Volkspartei seine Anwendung finden soll, das heißt es bleibt dem Staatsgerichtshof überlassen, über den Bestand der Simultanfächer oder ihre Auflösung zu entscheiden.

Die Tägliche Rundschau unterstreicht unsere Ansicht, daß von einer „offenen Krise der Koalition“ nicht geredet werden kann, und diese vorläufig an eine Selbstauflösung

gar nicht denkt. Sie schreibt zu der Abstimmung im Bildungsausschuß:

„Man wird nicht verkennen dürfen, daß damit die bisherige Regierungskoalition in einer wichtigen Frage auseinandergegangen ist. Es ist aber nicht damit zu rechnen, daß daraus sofort irgendwelche Konsequenzen gezogen werden. Das Zentrum und die Deutschnationalen haben mit der Umgestaltung des § 20 des Reichsschulgesetzes einen Antrag nach dem Antrag der Deutschen Volkspartei gerechnet. (1) Man scheint sich darüber einig zu sein, daß man sich zunächst einmal zwischen der ersten und zweiten Ausschüßsitzung eine größere Pause einrichten läßt und in dieser Zwischenzeit erneut interfraktionelle Besprechungen abhält.“

Die Ausführungen der Täglichen Rundschau sind klar. Das Geschrei wegen der „Regierungskrise“ ist ein überflüssiges Geschrei. Die Dresdner Zeitung der Volkspartei verkündet heute in großer Schlagzeile, „Ruhige Behandlung“. Diese Zeitung verkündet dabei, daß bei den Deutschnationalen und auch bei den Volksparteilern die Auffassung vorherrscht, daß trotz der Verkündung des Zentrums, daß es keine Minister zurückziehen wolle, es nicht zu einer offiziellen Krise komme. Die Haltung des Zentrums entspreche nur einer taktischen Absicht. Es sollen jetzt Einigungsverhandlungen herbeigeführt werden. Es seien genug Anregungen für eine Einigung und ferner noch starke Interessen für eine solche vorhanden.

Wir verweisen immer wieder darauf, daß das ganze Geschrei über die angebliche Auflösung der Arbeiterirreführung. Die Arbeiterklasse kann nur eine Aufgabe kennen, den härtesten Kampf gegen den Bürgerblock, außerparlamentarische Aktion, Zuspitzung der Lohn- und Wirtschaftskämpfe.

Der Sturmtrupp der Revolution

Zur Bezirkskonferenz des Bezirks Ostschlesien des KPD Rudolf Renner, M. d. L.

Der Kampf um die Gewinnung der Jugend wird das immer härtere Problem aller Parteien. Die bürgerlichen Parteien bereiten den großen Angriff auf die Jugend des Proletariats durch das jetzt im Reichstag behandelte Reichsschulgesetz vor. Mehr wie bisher soll die Schule den Unterwerfungsgebahnen durch die Verankerung der jungen Gehirne mit religiösen Märchen in die Jugend hineinschieben. Der neue deutsche Imperialismus, der sich vorbereitet, den aktiven Kampf um neue Weltmärkte zu beginnen, weiß, daß er zur Durchführung seiner Ziele die Jungmannschaften der breiten Massen der Westländer benötigt. Die breiten Schichten der proletarischen Jugend werden entweder eingeschlagen und irreführt von dem Gift der bürgerlich-religiösen Erziehung, werden billiges und williges Kanonenfutter und Ausbeutungsobjekt für die Trustkapitalisten, oder aber sie werden, aufgeführt durch die proletarische Bewegung, erfasst von der Avantgarde des Jungproletariats, des kommunistischen Jugendverbandes, und der Organisation der Jungparteilichsbewegung, entschlossene Kampftruppen der arbeitenden Klasse.

Die Periode der relativen Stabilisierung, die rückwärtige Rationalisierung und Schematisierung der Arbeit hat besonders die Jungarbeiterklasse schwer betroffen. Die Jungarbeiterklasse wird herangezogen zu Arbeiten, die früher und nicht einmal in diesem Hefttempo von der qualifizierten Arbeiterklasse ausgeführt wurden. Den deutschen Kapitalisten ist es durch die brutale Ausbeutung der Arbeiterklasse gelungen, die Produktionsquote trotz des Arbeiterabbaus mit der stärkeren Heranziehung der Frauen und Jungarbeiter über den Vorkriegsstand hinaus zu steigern. Der monatliche Durchschnitt der Rohleistung ist gegenüber 1918 von 910 000 Tonnen auf 1 165 000 Tonnen im September 1925 gestiegen. Die Wertleistungsergebnisse stiegen von 419 000 Tonnen auf 1 122 000 Tonnen. Der Anteil der Wertproduktion in der Stahlindustrie stieg in Deutschland im Verhältnis zu 1923 von 15,7 auf 31 Prozent oder von 121 000 auf 45 000 Tonnen zu 1925. Die Ausbeutung des Jungproletariats in diesen Betrieben stieg verhältnismäßig noch höher. Das Jungproletariat wird am fliehenden Band als Rohdrücker beschäftigt, das Arbeitslohnverhältnis steht immer noch als drohend vor der Jungarbeiterklasse auf der Tagesordnung der nationalpolitischen und sozialistischen Verbände. Der durch das Reichsschulgesetz geführte Angriff gegen die Volksschule soll die Jugend nach der Entlassung aus der Schule in die christlichen und nationalistischen Verbände überführen. In der sozialdemokratischen Jugendbewegung wird das Jungproletariat bewußt und systematisch vom proletarischen Klassenkampf, von der Erkenntnis seiner Lage abgelenkt. In diesen Organisationen wird das Jungproletariat zur Anerkennung und Eingliederung in die kapitalistische Republik erogen, um diese Jungmänner dem Reichsbanner hörig als Kämpfer für die Großkapitalisten gegen das Proletariat zu überstellen.

Besonders die Frage des Reichsbanners spielt neben der Frage der Irreführung des Jungproletariats durch die sozialdemokratische Jugendbewegung eine außerordentlich bedeutsame Rolle. Im gegenwärtigen Moment ist die Frage des Reichsbanners deswegen besonders aktuell geworden, weil durch den Beschluß der Bundesleitung des Reichsbanners, die KPD-Deuts aus dem Reichsbanner zu entfernen, eine neue Irreführung des proletarischen Teils der Arbeiter und damit nicht zu ferner der proletarischen Jugend versucht wird. Die Jugend ist immer radikal und kämpferisch. Sie fühlt ihre Klassenlage und Klasseninteressen instinktiv. Gerade deswegen ist das Mandat der Reichsbannerbundesleitung für die proletarische Jugend besonders beachtlich. Das Hinauswerfen der KPD-Deuts aus dem Reichsbanner, bei dem obenstehend der Eintritt von Einzelmitgliedern aus der KPD offen gelassen wird, bedeutet keineswegs, gliedern aus der KPD-Bundesleitung den Kurs des Reichsbanners dem Kurs der KPD entgegenstellen wird. Wie die KPD, ist auch der Parteivorstand der SPD und damit auch die Bundesleitung des Reichsbanners für die Anerkennung der Hindenburgrepublik und für die Wehrhaftmachung dieser Republik. Diese Wehrhaftmachung soll erfolgen, um in den Reichsbannerkreisen neben den nationalpolitischen Verbänden Stahlhelm, Jungde, neue Kampftruppen für den neuen deutschen Imperialismus und Heerstruppen gegen das revolutionäre Proletariat zu gewinnen.

Die Epoche des Imperialismus, die Epoche des sterbenden Kapitalismus verschärft die Gegensätze im Lager der internationalen Imperialisten. Diese Epoche des untergehenden Kapitalismus ist deswegen der Zeitabschnitt der Kriege und Bürgerkriege. Unterbrochen wächst die Kriegsgefahr. Krieg gegen die Sowjetunion, Niederwerfung des Arbeiter- und Bauernstaates ist seit Jahren das planmäßige Bestreben der Politik des englischen Imperialismus. Ueber alle Hindernisse im Lager der Imperialisten hinweg verfolgt die englische Bourgeoisie konsequent dieses Ziel. Bis jetzt ist es zwar den Diehards nicht gelungen, dieses Ziel zu verwirklichen, doch der erst eben bekannt gewordene neue Vorstoß der internationalen Kapitalisten unter der Führung Deterdings gegen Sowjetrußland, der Angriff auf den deutsch-russischen Kreditvertrag zeigen das Anwachsen der Kriegsgefahr gegen Sowjetrußland. Dazwischen hinein wachsen die kriegerischen Konflikte im Lager des Imperialismus selbst. Die Erhebung der Kolonialsklaven treibt die imperialistischen Räuber zu schnellerem Vormarschtreiben des Angriff-

Die Streiffrent in Mitteldeutschland

Salle 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Streiffrent in Halle steht weiterhin unerklärlich. Alle Versuche der Unternehmer, durch persönliche Schreiben an die einzelnen Metallarbeiter, in denen ihnen Vergünstigungen, unter anderem Vorratserparitionen versprochen werden, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen, die Streiffrent zu zerlegen, scheitern an dem geschlossenen Kampfwillen der Metallarbeiter. In der Abteilung Schlosserei und Dreherei der Firma H. V. G. Dehne herrscht über den unangenehmen Kampfwillen der Metallarbeiter große Befürzung. So arbeiten dort 1 Ingenieur, 1 Drehermeister und 1 Schlossermeister, um wenigstens eine Maschine klappern zu lassen.

Nach und vorlegen ist die Meldung der Leipziger Neuesten Nachrichten, wonach 300 Metallarbeiter der Maschinenfabrik Zimmermann und Co. in Halle ausgesperrt seien, Tatsache dagegen ist, daß nur 20 Prozent der Belegschaft ausgesperrt wurden und die übrigen 80 Prozent sich mit den Ausgeperrten solidarisch erklärten.

Die Aussperrung seitens der Unternehmer hat die erhoffte Wirkung verfehlt. Die Streikenden begrüßen sogar die Aussperrung, weil dadurch die Front der Streikenden erweitert wird und die Aussichten zum vollen Siege dadurch bedingt sind.

In Eisenburg ist nun auch in der Maschinenfabrik Zude die Aussperrung erfolgt. In diesem Werk ist somit die gesamte Metallindustrie stillgelegt.

In Zschitz geht die passive Resistenz bei der Firma Opel u. Kühn (Abteilung Tischlerei) weiter. Die Kollegen leisten die Arbeit ein, weil die Unternehmer eine Accord-Reduzierung vorgenommen haben.

Trotz der Aufforderung der SPD, daß die Arbeiterchaft in den Sammelaktionen im ganzen Bezirk mit aller Energie teilzunehmen und tätigen sehr gute Erfolge. Die Belegschaft der Produktionsgenossenschaft hat in ihrer gestrigen Belegschaftsversammlung eine Entschlieung angenommen, in der der Metallarbeiterchaft die vollste Solidarität ausgesprochen wird, mit dem Wunsch, daß die Kämpfenden bis zum endgültigen Sieg auszuharren mögen. Es wurde der Beschluß gefaßt, an die Streikenden wöchentlich einen Stundenlohn abzuführen.

Dem höchsten Landesvorstand der KPD sind seitens der KPD des Freistaates Sachsen 500 Mark für die streikenden Metallarbeiter überwiesen worden.

Die Berliner Metallarbeiter vor dem Kampf

Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat in den Verhandlungen am Donnerstag eine generelle Lohnhöhung für die Werkzeugmacher abgelehnt und Verhandlungen betriebsweise vorgeschlagen. Hierzu beschloß gestern Abend die Vertrauensmännerkonferenz der Berliner Werkzeugmacher, das Angebot des VBMZ abzulehnen und der Branchenversammlung am Sonntag die Aufnahme des Kampfes um den Mindestlohn von 1,50 Mark zu empfehlen. Die hierzu notwendige Urabstimmung über den Streik erfolgt Anfang nächster Woche. Eine Funktionärskonferenz beschloß einstimmig, der Branchenversammlung am Sonntag zu empfehlen, das Angebot der Unternehmer, betriebsweise Verhandlungen einzuleiten, abzulehnen. Zur Aufnahme des Kampfes auf zentraler Basis wird die Urabstimmung über den Streik durchgeführt.

Die schwarze Reichswehr

Die gesamte Reichswehr besteht augenblicklich aus verfallene Kampagne für die Freilassung der Fremden der Schulklapprotz usw., trotzdem dieselben, wie mitgeteilt wird Vergünstigungen erhalten, die einem proletarischen politischen Gefangenen nur ganz selten bewilligt werden. So haben die Fremden der Schwarzen Reichswehr das Recht, sich lärmliche Festungen zu halten, lärmliche Raucherlaubnis und können so viel Befehle bekommen, wie sie wollen.

Aus dem Geschrei der Hugenberg-Presse zur Freilassung dieser Fremden sind folgende Ausführungen sehr interessant, die deutlich zeigen, daß die preussische SPD-Koalitionsregierung, wie wir dies schon öfters festgestellt haben, das Bestehen der Schwarzen Reichswehr usw. in jeder Weise gefördert hat.

Der Sozialdemokrat schreibt:

„Es handelt sich (bei den Fremden der Reichswehr) um vollwertige Kampftruppen, die in Reihen aufgestellt und geübt werden müßten, Maschinengewehrteilungen, Stochtruppen usw. . . . Selbstverständlich hat der Reichswehrminister dies gewußt, selbstverständlich hat die preussische Regierung dies gewußt, selbstverständlich hat die preussische Regierung dies gewußt. Sie haben nur die Taktik eingeschlagen, die Menschen, die sich für Regieren und Deutschland aufopfert (1), elend im Stich zu lassen.“

Es wird in ganz Deutschland wohl keinen Arbeiter geben, der glaubt, daß die Fremden endlich gelöst sind. Die Hindenburg-Republik läßt ihre Getreuen nicht im Stich.

gegen die Sowjetunion. In Warschau hielt jetzt bei einem Bankett der polnischen Offiziere der Rebatteur des Organs des polnischen Kriegsministeriums eine herausfordernde Rede, in der er einen Laot auf den durchaus notwendigen, blutigen Krieg und auf den blauen Sattel in der Haut Wladimir ausbrachte.

Es wächst der Konflikt zwischen England und Amerika. Der Admiral Plunkett von der Marine der Vereinigten Staaten hielt vor den republikanischen Klubs in New York eine große Rede, in der er erklärte: „Wir stehen heute einem Kriege näher als je, weil wir eine konkurrierende Handelspolitik betreiben und andere Nationen in den Hintergrund drängen. Eine solche Politik muß unvermeidlich zum Kriege führen. So lange wir die Kontrolle zur See, auf der unsere Waren schwimmen, beanspruchen, so lange müssen wir auch mit dem Kriege rechnen. Das ist ebenso sicher, wie sie in diesem Saale sitzen. So lange wie wir unsere jetzige Politik führen, ist ein Krieg unvermeidlich.“ Als der Admiral gestand wurde, ob Amerika vielleicht in einen Krieg mit England verwickelt werde, erklärte der Admiral: „Ja, ich meine Großbritannien, oder irgendeine andere Nation, deren Interessen betroffen werden. Vielleicht wird Großbritannien nicht sofort den Krieg erklären, aber es wird irgend einen kleinen Staat vorziehen und sich dann hinter ihn stellen.“ Diese Ausführungen des amerikanischen Admirals sind bezeichnend. Wir kennen aber auch das Verhalten der englischen Admiralität, die die Abrüstungskonferenzen zum Scheitern brachte. Der neue Krieg rückt in bedrohliche Nähe. Dem Jungproletariat harret dabei eine große Aufgabe.

Knobentung, politische Unterdrückung, Anebelung durch die Schmach und Schandgelche, geistige Verunsicherung durch die Pfaffenherrlichkeit durch die Schulen, Zerschlagung in der sozialdemokratischen Jugendbewegung, Erziehung zu kapitalistischen Soldaten im Reichsbanner, nationalsozialistische Verleumdung durch Jungde, Stahlhelm und Nationalsozialisten, Bedrohung mit dem Arbeitsdienstpflichtgesetz sind die Gefahren, die der proletarischen Jugend heute drohen.

Der kommunistische Jugendverband, dessen heute zusammengetretene Bezirkskonferenz wir begrüßen, muß sich eingehend und ernsthaft mit der Lage und den Aufgaben, die daraus für die Jugend erwachsen, beschäftigen. Der kommunistische Jugendverband und damit die stattfindende Bezirkskonferenz haben die große Aufgabe, die Lage klar zu erkennen, aber auch gleichzeitig die Mittel zu suchen, wie sie die proletarische Jugend zu einer Kampftruppe gegen diese Gefahren zusammenzuschließen vermögen. Die Jugendorganisation hat die Pflicht, den Weg zu gehen, der die geistige Beweglichkeit, die Lebenslust der Jugend verbündet mit der ersten Aufgabe des jugendproletarischen Klassenkampfes. Wir hoffen und wünschen, daß die heutige alljährliche Bezirkskonferenz auf diesem Wege ein Stück vorwärts kommt.

Wir machen aber gleichzeitig die erwachsenen Arbeiter auf diese Bezirkskonferenz, auf den proletarischen Jugendverband aufmerksam. In dem Wirken der alten, erfahrenen Arbeiterkraft, an dem Wirken unserer Parteigenossen wird es liegen, ob diese Jungarbeiterkraft einmal irreführt und irreleitet gegen unser Werk steht oder ob sie mit uns in einer Reihe kämpfen wird. Dem Jugendbezirksrat wünschen wir in diesem Sinne erfolgreiche Arbeit. Die alten proletarischen Klassenkämpfer jedoch mahnen wir, mehr wie bisher ihre Unterstützung der revolutionären, proletarischen Jugend zu geben.

Erklärung Sinowjews und Kamenews für die Einheit der Partei

Moskau, 28. Januar. (Tupretorr.) Die „Pravda“ veröffentlicht einen Antwortbrief Sinowjews und Kamenews auf den in der „Pravda“ veröffentlichten Brief der Zentrale. Sinowjew und Kamenew erklären, daß sie sich von der Trotzkigruppe in der Frage der vollen und wirklichen Unterwerfung unter die Beschlüsse des 15. Parteitag abgrenzen, daß sie die Errichtung einer zweiten Partei für den Sowjetstaat feindlich erachten, daß sie unbedingt auf einen weiteren Kampf gegen die Partei verzichten. Sinowjew und Kamenew heben hervor, daß sie die der kommunistischen Internationale feindlichen Schritte Trozki verurteilen, ebenso die der Gruppe Maslow und Ruth Fischer in Deutschland. Sie verlassen die Plattform des Oppositionsklubs und erklären, die Beschlüsse des 15. Parteitages zu fördern. Sie sprechen weiter die Überzeugung aus, daß die Anhänger der Opposition das Ansehen der Partei wahren werden. Die „Pravda“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei, stellt mit Befriedigung fest, daß Sinowjew und Kamenew mit diesem Entschluß allen den Anhängern der Opposition, die diesen Standpunkt vertreten, die Rückkehr in die Partei erleichtern.

Franz Mehrings Tod (29. Januar 1919)

Von E. Fuchs

Der deutsche Militarismus hat in seinen Sünden geistiger Wüsten den Geist Mehrings zu morden versucht. Es war kein Versuch geblieben. Die deutsche sozialistische Regierung Ebert-Scheidemann-Rose war in ihrer Art erfolgreicher. Sie hat den Leib Mehrings gemordet. Gewiß nicht mit Willen, sondern indirekt. Franz Mehring starb am Tode seiner Freunde Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die auch bei einem wichtigen Kapitel der Marx-Biographie seine von ihm bewunderte Mitarbeiterin gewesen war. Der Alte wollte nicht glauben, daß diese Tat hätte geschehen können. Als die Nachricht von dem bestialischen Mordanschlag an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu ihm traf, trat er stundenlang in seinem Zimmer auf und ab. Ständig trieb es ihn umher, solange, bis der Greisenkörper erschöpft in den Lehnstuhl sank. Aber er sprang immer sofort wieder auf, sobald er sich notwendig erholt hatte, und von neuem begann er seine ruhelosen Wanderungen. Die Empörung über einen der schamlosesten Verbrechen der Weltgeschichte — so über eines der schamlosesten Verbrechen der Weltgeschichte — nannte er es — „daß die größte und kühnste revolutionäre Energie Deutschlands und der fettesten Revolutionäre, den Hirn der Internationale, zwei der herrlichsten Menschen, den mit allen Mitteln arbeitenden Blutorgien einer sogenannten sozialistischen Regierung“ zum Opfer gefallen waren, diese fast unbeschreibliche Vorkellung rüttelte ununterbrochen an allen Nerven dieses gewaltigen Rebellen. Als ich drei Tage nach dem Mord vor Mehring stand, war ich Zeuge seiner fürchterlichen Empörung. Ich war ein Zeuge gewesen, wie er, den aus dem Zuchthaus zurückgekehrten Karl Liebknecht zum erstenmal wieder sah und zurückgekehrten Karl Liebknecht zum erstenmal wieder sah mit Tränen in den Augen in seine Arme schloß. Ich war später Zeuge gewesen, wie Mehring, vor Freude bebend und immer wieder lachend, die durch die Revolution aus der Schutzhof be-

Begeisterte Kampfstimmung der Hüttenarbeiter in Freital

Die Reformisten gegen erweiterte Unterstützung der Ausgesperrten — Ein „Vertrauensvotum“

Gestern fand in Freital in Größes Gasthof eine Versammlung der streikenden und ausgesperrten Hüttenarbeiter statt. Von der 2100 Mann starken Belegschaft waren circa 1800 Mann zur Versammlung erschienen. Die Versammlung war getragen von einer starken Kampfbegeisterung der Arbeiterkraft. Stürmisch und allgemein wurde die Fortsetzung, Verschärfung und Ausdehnung des Kampfes gefordert. Die Streikleitung gab einen Bericht, der die glänzende Einheitsfront der kämpfenden Arbeiter zeigt. Es ist den Hüttenindustriellen nicht gelungen, Streikbrecher aufzutreiben. Ingesamt arbeiten nur noch sehr wenige (schätzungsweise Streikbrecher, die natürlich nicht im geringsten in der Lage sind, auch nur die notdürftigsten Arbeiten in Gang zu halten. Die Hüttenarbeiter haben die Arbeit wieder verlassen, weil die Hüttenindustriellen die arbeitsfähige Arbeitszeit für die Hüttenarbeiter nicht zugeben wollten.

Die Hüttenarbeiten werden nicht ausgeführt.

In der Versammlung wurde ein Antrag eingebracht, daß die Streikleitung und der Verband darauf hinarbeiten sollten, daß den ausgesperrten Arbeitern die Erwerbslosenunterstützung gezahlt werde. Trotzdem einer solchen Regelung nicht absolut eine gesetzliche Bestimmung entgegensteht, aber selbst bei einer vorhandenen Bindung es Aufgabe des Verbandes wäre, den Kampf gegen eine solche Regelung des Betriebes aufzunehmen, wurde von dem reformistischen Betriebsratsvorsitzenden Pöhl der schärfste Kampf gegen den Antrag geführt. Pöhl erklärte einfach, daß dies gesetzlich nicht möglich sei und es gelang ihm dadurch, die Versammlung zum Ablehnen dieses Antrages zu bewegen.

Die Opposition der Metallarbeiter hatte vor der Versammlung Flugblätter zur Verächtlichmachung und Ausdehnung des Kampfes und gegen die hemmende Tendenz des Metallarbeiterverbandes verteilt. Die Reformisten nutzten die Gelegenheit und forderten von der Versammlung ein Vertrauensvotum für die Verbandstreue. Trotzdem die Reformisten als Mienen ihrer Hebe gegen die Opposition sprangen ließen, gelang es ihnen nur, eine ganz geringe Mehrheit für dieses „Vertrauensvotum“ zu bekommen. Wie im Plenum haben also auch hier die Reformisten einen betrüblichen Erfolg gegen die streikenden Arbeiter erlitten. Die Arbeiter, die dem Antrag der Reformisten ihre Stimme gegeben haben, haben sich äußerlich genau so wenig wie die Arbeiter in Peuna überlegt, daß ihre Abstimmung für den Verbandsvorsitzenden von diesem zur Abmilderung des Kampfes benutzt werden wird. Wir vermehren auf das, was wir zu dem Vorgang in Peuna weiter unten sagen. Wir fordern die Arbeiter der Hüttenindustrie auf, von dieser Verbandstreue, die von den Arbeitern Vertrauen verdient, ernsthaft die Ausbreitung des Kampfes auf die gesamte Hüttenindustrie zu fordern. So bald die Arbeiter diese Frage aufwerfen, werden sie sehen, daß diese Verbandstreue kein Vertrauen verdient.

Rißbrauch der Peuna-Arbeiter für die SPD-Deke

Mit einem Zeit- und Kraftaufwand übermäßigem reilen zur Zeit die SPD-Führer in offen Arbeitern und Betriebsratsversammlungen Mitteldeutschlands umher, um Resolutionen gegen die SPD zustande zu bringen, um die Arbeiterkraft des ganzen Bezirks gegen die SPD aufzuheben und in zwei Lager zu spalten. Mit dem Ergebnis dieser Tätigkeit der SPD-Führer werden dann die Spalten jeder neu erscheinenden Nummer der SPD-Deke gefüllt.

Mittwoch, am 27. Januar, hat sich die SPD zu diesem Zweck die Arbeiterkraft, oder besser, die Funktionäre des Peuna-Betriebes ausgelacht. Und triumphierend verkündet der Parteivorstand in weisepolitischer Schmelze: „Peuna-Arbeiter gegen die SPD. — Der Trennungsgestrich!“ Der Vorwärts-Redakteur war über das Ergebnis dieser bestellten Arbeit so erfreut, daß er gar nicht merkte, daß er zwei telegraphische „Eigenberichte“ in verschiedener Form, aber über dieselbe Sache unter der falschen Überschrift veröffentlichte.

Selbsterfindlich bringt die Volkszeitung gestern ebenfalls diese „Triumphmeldung“ groß aufgemacht.

Was ist geschehen? Die Peuna-Funktionäre haben eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Sie spricht den kämpfenden und der Leitung das größte Vertrauen aus und weiß die Einmütigkeit der SPD in diesen Kampf entschieden zurück“. In der zweiten Vorwärts-Meldung wird gesagt, daß die SPD das „schredliche“ Verbrechen geplant hätte, auf der Funktionärskonferenz eine Resolution anzunehmen zu lassen, in der die Gewerkschaften aufgefordert werden, eine zwischenstaatliche Lohnregelung für die Chemiarbeiter des Peunawerkes zu verlangen“. Dazu wird im Vorwärts weiter gesagt: „Erreichtlicher Weise waren die SPD-Vertrauensleute des Peunawerkes stark angetreten, so daß der kommunistische Antrag abgelehnt wurde.“

Wir lassen es dahingestellt, ob die Mehrheit der Peuna-Funktionärskonferenz sich bewußt war, in welcher hinterhältiger Weise hier von der SPD-Führerschaft Mißbrauch wurde, und hier sie ihre ureigenen Interessen in Stellung nahm, ob sie sich bewußt war, wie sich die Arbeiter „verfeindlichweise“ gegen die Hüttenindustriellen verhalten können (1) und mit ihren Hungerlöhnen zufrieden sind.

Aber wie kam dieser Beschluß zustande, der nach dem Verwärts eine schallende Ohrfeige für die SPD sein soll? Die Beschlüsse wurden mit 43 gegen 40 Stimmen gefaßt. Die SPD-Funktionäre wurden mit langer Hand und systematisch vorbereitet, hatte offensichtlich von langer Hand und systematisch vorbereitet, während 15 SPD-Funktionäre fehlten. So also ist das Verwärts die SPD zustande gekommen! Nun werden die Arbeiter nicht der SPD zustande gekommen! Die SPD einzuschließen ist. Wir wissen, wie das Triumphegefühl der SPD einschließen ist. Wir wissen, wie das Triumphegefühl der SPD einschließen ist. Wir wissen, wie das Triumphegefühl der SPD einschließen ist.

Arbeitsniederlegung in der chemischen Hüttenindustrie

Die Arbeiter des Pöhlwäldwerkes der Eisens- und Hüttenwerke A.G. in Bochum haben infolge von Arbeitsniederlegungen die Arbeit geschlossen. Die bisherigen Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Verwaltung scheiterten an der Unnachgiebigkeit der letzteren.

Neue Wucherforderungen der Zollräuber

Die Großagrarien verlangen weitere Millionen. Trotzdem die Bürgerkriegsregierung den Großagrarien schon viele Millionen zur „Linderung der Not der Landwirtschaft“ bewilligt hat, fanden in der gestrigen Sitzung des Reichshaushaltungs Ausschusses wiederum eine Anzahl von Neuverordnungen für die Landwirtschaft zur Debatte. Es ist kein Zweifel, daß die Bürgerkriegsregierung auch diesen zustimmen wird. Boretti hat sie dieselben an den Unter Ausschuh überwiesen. Auf Betreiben der Großagrarien wurde auch eine Entschädigung angenommen, durch welche die Regierung um eine Vorlage ersucht wird, welche das zollfreie Kentigent für die Einfuhr von Getreidefleisch aufhebt, um den Großagrarien freie Bahn für ihren überhöhten Fleischwucher zu schaffen. Andererseits wurde ein Antrag, welcher die Aufhebung der Futtermittelzölle verlangt, statt abgelehnt, die Forderung, für die Kinderpeisung wieder einen Betrag bis zu 5 Millionen Mark in den Etat einzulassen, lehnten die Vertreter der Bürgerkriegsregierung ab, da die Kinderpeisung Landespeise sei und bei der schweren Finanzlage das Reich dafür keine Mittel mehr bereitstellen könne.

Zusammenbruch des Kolomatprojektes

Der von der Bremer Polizei und Staatsanwaltschaft groß aufgesetzte Kolomatprojekt im Falle Kolomat hat jetzt mit einer blamablen Niederlage vieler Behörden geendet. Wie gemeldet wird, ist nämlich die Kronzeugin der Staatsanwaltschaft, die Prostituierte Gertrud Wolf, mit ihrem Namen vorangehebt, heimlich nach Holland geflohen. Dies kommt einem Eingekerkerten der Reichswehr und dem Zusammenbruch der ganzen Affäre gegen die Schuhmaderfrau Kolomat gleich, die nur auf die eitle Auslage von Gertrud Wolf beruht worden war.

Sie berufen sich auf Ebert

Im Haushaltsausschuß B des Sächsischen Landtages wurde mit Mehrheit die Zustimmung der sächsischen Regierung zum Arbeitsvertragsgesetz mißbilligt. Die Eingaben von Erwerbslosenvereinigungen und einiger Gemeinden im oberen Erzgebirge zur Wiedereröffnung des sächsischen Erzbergbaues wurden zum Teil der Regierung als Material überwiesen. Die Regierung und alle Parteien betrachteten die Wiedereröffnung des sächsischen Erzbergbaues nur vom Profitstandpunkt, während die kommunistische Fraktion für Arbeitsbeschaffung durch Wiedereröffnung des Erzbergbaues Sorge tragen will. Die Sächsischen Hüttenwerke begehren heute vom Auslande die Erze, während ausländische Gesellschaften dazu übergehen, die sächsischen Erzkontrakte auszuheben. Durch zwei Eingaben der Gemeinden Gersdorf und Oberhörsdorf bei Zwickau wurde die Frage der Bergschäden aufgeworfen. Die kommunistische Fraktion wird im Plenum einen Antrag einbringen, der die Bergschädenfrage grundsätzlich neu regelt. Die geschädigten Hausbesitzer und Kleingewerbetreibenden müssen heute langwierige Prozesse gegen die Grundbesitzer führen, wenn sie den von den Werken verursachten Schaden ersetzt haben wollen.

Zwei kommunistische und ein sozialdemokratischer Antrag über den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik verlangte Auflösung von der Regierung über Einziehung der Teno und Polizei im Streikgebiet. Der kommunistische Antrag forderte außerdem die Bewilligung der von den Gewerkschaften gestellten Forderungen. Der Regierungsvorsteher, der deutsche nationale Schachtmacher und Grubendirektor Rippe, und der Generaldirektor Müller von der ASW begründeten den Einspruch der Teno mit einer Verordnung, die Ebert früher, erster Reichspräsident der deutschen Republik erlassen hat, wonach bei Streiks in lebensnotwendigen Betrieben der Einsatz der Teno gefordert wird. Die reaktionäre Clique der deutschen Bourgeoisie stützt sich auf einen Sozialdemokraten als Begründung für ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen.

Ein neuer Regierungshandel verhinderte die Weiterberatung der Tagesordnung, auf der noch wichtige Anträge für die Arbeiter standen.

Die staatlichen Kraftwagenlinien haben im Jahre 1926 eine Einnahme von 5319 170,78 RM und eine Ausgabe von 4123 047,74 RM ergeben, so daß ein Bruttoüberschuh von 1196 123,02 RM erzielt worden ist. Im Geschäftsjahre 1925, vom 1. April 1925 bis 31. Dezember 1925, also 9 Monate, ergab sich eine Gesamteinnahme von 2581 265,81 RM und eine Ausgabe von 1816 369,10 RM, so daß ein Bruttoüberschuh von 764 896,71 RM verblieb.

Gegenüber dem Vorjahre eine gewaltige Steigerung von über 100 Prozent. Im Vorjahre haben Gemeinden und Fernverkehrsverbände als Garantiesummen für die Reliabilität einzelner Linien den Betrag von rund 150 000 RM aufbringen müssen. Wie hoch dieses Jahr die Zuschüsse der Gemeinden zum Uebertreibung der Kraftwagenlinien sind, ist noch nicht bekannt. Er dürfte aber bei der Vergrößerung des Liniennetzes ziemlich namhaft sein. Im Jahre 1926 freicht der Staat 587 677,65 RM als Reineinnahme ein. Es ist ein untragbares Verhältnis, daß der Staat von den Gemeinden, deren finanzielle Lage von Jahr zu Jahr unerträglich wird, Zuschüsse verlangt, die die Gemeinden belasten. Die kommunistische Fraktion des Landtages hatte bereits im Vorjahre einen Antrag eingebracht, daß erst dann Zuschüsse von den Gemeinden verlangt werden können, wenn im allgemeinen kein Gewinn aus dem Betrieb der staatlichen Kraftwagenlinien zu erzielen ist. Die Gemeinden verordnen müssen alle dahingehenden Anträge auf Gattungsabstimmung abgeben.

Die proletarische Jugend im Kampf um Brot und Freiheit

„Lehrlingschule“ in der Univerfelle (Jungarbeiter-Korrespondenz)

Die Firma hat mit dem Beginn des neuen Jahres eine pompöse „Lehrlingschule“ eingerichtet, die während der Arbeitszeit stattfindet. Am Sonnabend den 7. Januar wurden alle drei- bis vierjährigen Lehrlinge aufgerufen und sollten von früh 7 bis 8,30 Uhr am Unterricht teilnehmen. Wie dieser „Unterricht“ aussieht, davon ein kleines Beispiel.

Zuerst las man die gesamten Unfallverhütungsvorschriften vor. Die Betriebsleitung glaubt wahrscheinlich, daß dadurch die Unfälle verhindert werden können. Nachdem dies geschehen war, tröpfelte die Betriebsleitung einzelne Lehrlinge vor und zog sie „durch den Kaffee“. Bei dem Lehrling H. hatte man einen Zettel für die „Rote Revue“ des KJVD auf dem Tisch gefunden, ein anderer Lehrling (Mitglied des Lehrlingenausschusses) wurde bestraft, den Artikel: „Danzschneiden“ geschrieben zu haben. So wurden also den Lehrlingen ihre Sünden verlesen. Während man beim Namensaufruf sich in einen Kafertenhof verjagt glaubte, wählte man sich bei der Sündenbefragung in der katholischen Ohrenbeichte.

Bekanntgegeben wurde noch, daß sich alle Lehrlinge zur Geleitenprüfung melden sollen. Die Prüfungsgebühr vor der Gewerbestammer beträgt 18 Mark. Da sich aber sehr wenig Lehrlinge gemeldet haben, wahrscheinlich weil sie mit ihrem färslichen Lohn die 18 Mark nicht bezahlen können, ist die Firma so großzügig, 8 Mark Zuschuß zu geben. Nicht nur daß die Lehrlinge den Profit der Firma während ihrer vierjährigen Lehrzeit vergrößern helfen, sie sollen auch noch 18 Mark bezahlen für eine Geleitenprüfung. Weil aber die Firma „sozial“ empfunden, gewährt sie gütigst von dem aus den Knochen der Lehrlinge herausgeschundenen Profit 8 Mark Zuschuß! Wie dieses soziale Empfinden der Firma in Wirklichkeit aussieht, wird dadurch charakterisiert, daß die Lehrlinge, wenn ihre Lehre beendet ist, aufs Strohhalmfliegen fliegen sollen!

In der Schmiede muß ein dreijähriger Lehrling den „Arbeitspampel“ abgeben. Er muß vom Härteofen die Arbeit mit einer Karre breitsfahren. Und mittags — muß er den Hund füttern! Das sind wahrscheinlich alles Arbeiten, die ein Lehrling lernen muß, damit er ein qualifizierter Arbeiter wird. Wir raten der Firma, bei der Gewerbestammer zu beantragen, daß auch über diese Arbeiten eine „Geleitenprüfung“ abgelegt werden muß. Alle Kenntnis der Unfallverhütungsvorschriften kann nicht verhindern, daß Unfälle eintreten, wenn ein derartiges Antreiben und Schichten auch unter den Lehrlingen herrscht. Die Lehrlinge bekommen Leistungsulagen bis zu 70 Prozent, und so ist es ganz klar, daß sie, durch die schlechte Entlohnung gezwungen, würgen werden. Die Lehrlinge müssen erkennen, daß dies ein falscher Weg ist. Sie müssen verlangen, daß ihr Stundenlohn erhöht wird. Verlangt vom DNB, daß beim Ablauf des Tarifes am 31. März 1928 die Löhne der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter erhöht werden. — Am Dienstag dem 21. Januar ereignete sich folgender Unfall: ein Lehrling lagte sich beim Fräsen einen Finger weg, er mußte ins Krankenhaus übergeführt werden. Wer ist der Verantwortliche für diesen Unfall?

Lehrlinge in der Univerfelle! Verlangt, daß endlich einmal eine Jugendbetriebsversammlung stattfindet, wo zu all diesen Vorfällen Stellung genommen wird. Kämpft gemeinsam mit dem kommunistischen Jugendverband gegen das Antreiben und Schichten, für Lehrlingschule. Seht nach Sowjetrußland! Dort ist der jugendliche Arbeiter und Lehrling kein Ausbeutungsobjekt, sondern die Arbeiterklasse hat die Herrschaft in den Händen.

Jugendliche Arbeiterinnen schufen im Afford bei Geidel & Raumann (Jungarbeiter-Korrespondenz)

Von der Knochenmühle S. u. K. ist schon oft berichtet worden. Die Ausbeutung der Jugendlichen nahm mit der Rationalisierung immer traktere Formen an. Heute müssen selbst Mädchen, die noch nicht 16 Jahre alt sind, im Afford schuften, wenn sie etwas verdienen wollen. Beispielsweise in einer Abteilung, wo jugendliche Arbeiterinnen die Fahrräder montieren müssen. Sie bekommen pro Tag 11,5 M. Bei einer 12stündigen Arbeit tritt noch ein Zuschlag von 50 % hinzu. Es herrscht eine ungläubliche Heiarbeit. Man darf sich bei der Arbeit nicht umdrehen, man hat kaum Zeit zum Ausruhen, wenn man wöchentlich manchmal auf 15 Mark kommen will. Da die Schufterei während der Arbeitszeit stattfindet, hühen die Jugendlichen pro Woche circa 8 Arbeitsstunden ein, die sie von der Firma nicht bezahlt bekommen.

Weiter wird die Einführung des Kolonnen-Affords geplant. Hier tritt wiederum eine Verschlechterung für die jugendlichen Arbeiterinnen ein. Im Kolonnenafford sollen pro Tag 28 Räder montiert werden, eine jugendliche Arbeiterin erhält aber nur 20 Stück bezahlt. Sie ist aber im Kolonnenafford gezwungen, 24 Stück zu arbeiten, damit die übrigen Kolonnenmitglieder nicht darunter leiden. Das ist bewußt von den Unternehmern so ausgelegt worden, um die jugendlichen Arbeiter in Gegensatz zu den erwachsenen zu bringen.

Die jugendlichen Arbeiterinnen müssen von ihrem Verband verlangen, daß der Afford für Jugendliche besetzt wird und dafür menschenwürdige Löhne gezahlt werden. Auch die erwachsenen Arbeiter sollten einsehen, daß die Jugendlichen ihre Klassenbrüder sind, sie sollten sich für ihre Forderungen ebenfalls einsehen. Die jugendlichen Arbeiter müssen sich eigene Vertrauensleute wählen, die gemeinsam mit den Vertrauensleuten der Erwachsenen kämpfen, wie dies schon in einigen Betrieben verwirklicht ist. Zwängt den Verband dazu, daß er jetzt endlich die Wahl vornimmt.

Erscheint zu dem Lichtbildvortrag über die werktätige Jugend in der Sowjetunion, der am Mittwoch den 8. Februar, 16 Uhr, im Volkshaus, Wallerstraße, stattfindet.

Sozialdemokratischer Betriebsrat ohrfeigt Lehrlinge!

(Jungarbeiter-Korrespondenz)

Am 7. Januar wurde der Jungarbeiter Herbert T. im Hiltewert Dresden-I. von dem Betriebsratsvorsitzenden Schmidt geohrfeigt. Lediglich deshalb, weil T. sich beim DNB abmel-

dete und in den Transportarbeiterverband übertreten wollte. In einem Schreiben an den Metallarbeiterverband hatte T. über die Behandlung seitens Schmidt Beschwerde geführt und mit der unfollegalen Behandlung seinen Uebertritt begründet. Von der Ortsverwaltung wurden Schmidt Vorhaltungen gemacht über sein Verhalten. Wer nun etwas glaubte, daß der „Arbeitervertreter“ Schmidt Lehre annehmen und sein Verhalten ändern würde, der ist im Zertum. Die jungen Arbeiter müssen sich gegen diese Freigeizigkeit zur Wehr legen, im Betrieb Jugendl. Vertrauensleute wählen, die die Interessen der jugendlichen Arbeiter energisch vertreten. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter des Hiltewertes ihren Prügeltrat zum Teufel jagen und zur Betriebsratswahl ehrliche Arbeitervertreter wählen werden, die auch die Interessen der Lehrlinge nicht mit Füßen treten!



Denen, die noch abseits stehen

Tritt in die Reihe'n und laffe Schritt,
Genosse mein, und kämpfe mit!
Du bist Prolet so gut wie ich,
Drauf, eh's zu spät, ermanne dich!
Und zweifle nicht an unsrer Macht,
Unser Wille bricht die Niedertracht.
Der roten Fah'n halt fest die Treu.
Zusammen stahn macht alles frei!

Wer hilft der arbeitenden Jugend?

Die Jugendligen im Sächsischen Landtag

Im Haushaltsausschuß A standen am Mittwoch dem 25. Januar Anträge zur Beratung, die sich auf Fragen des jugendlichen Schuyes bezogen. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der vom Abgeordneten Dohbert begründet wurde, enthielt im wesentlichen die Forderungen der KJVD und bedeutet in der Praxis eine Anlehnung an die Forderungen des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände, die gegenwärtig in Leipzig eine Ausstellung „Das junge Deutschland“ veranstalten. Die Ausführungen des Abgeordneten Dohbert waren ein vollkommenes Solidaritäten mit den Bestrebungen der nationalsozialistischen Jugendverbände. Der Antrag der kommunistischen Fraktion, der vom Genossen Köhler begründet wurde, verlangt ganz konkret die Erledigung der Fragen, die im Interesse der proletarischen Jugendbewegung liegen. Er hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag möge beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung zu fordern:

1. die tägliche Arbeitszeit für das Alter von 14 bis 18 Jahren wird auf 8 Stunden und über 18 Jahre auf 8 Stunden festgelegt, der Arbeitsschluß an Sonnabenden und Tagen vor Feiertagen auf 12 Uhr mittags;
2. den Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren ist ein obligatorischer Erholungsurlaub von 4 Wochen zu gewähren, den Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren ein obligatorischer Erholungsurlaub von 3 Wochen;
3. für die erholungsbedürftige Jugend im Alter von 14 bis 16 Jahren sind Land- und Seebäder sowie Jugendherberge, die in Verbindung mit Ländern, Bezirksverbänden und Gemeinden zu errichten bzw. auszubauen sind, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen;
4. für alle außerhalb des Elternhauses wohnenden oder bei den Eltern gesundheitlich untergebrachten Jugendlichen sind Lehrheimstätten zu errichten;
5. alle Gesetze und Verordnungen auszuheben, die die politische Bewegungsfreiheit der Jugend einschränken.

Neben diesen Anträgen stehen die programmatischen Forderungen der kommunistischen Fraktion im Rechtsausschuß zur Beratung.

Der Vertreter der Regierung betonte, daß ein gesetzlicher Ausbau der Jugendferien notwendig sei. Die Regierung wurde beauftragt, statistisches Material über den Umfang des in den Staatsbetrieben durchgeführten Jugendlages, sowie über die Fragen der Ferien dem Ausschuß vorzulegen. Der Regierungsvertreter erklärte, daß dieses Material in spätestens einer Woche dem Ausschuß zugänglich gemacht werden könne. Hierauf wurde die Weiterberatung gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten vertagt.

Die proletarische Jugend und ihre Organisationen werden mit den Kommunisten auf das Entschiedenste gegen die Ver-

Kühnel genehmigt Heimabend-Filme Ruhlandvorträge werden vertagt

Daß sich Kühnel (angeblich „links“) Zugewandte immer mehr als Sozialfaschist entpuppt, sieht man an dem Glanzstück, das er sich in der KJVD Strieken Gruppe zu eigen gemacht hat. In ihrem Monatsprogramm, das beschlossen war, am 19. November 1927 ein Vortrag über die werktätige Jugend in der Sowjetunion zu halten, wurde dem KJVD-Kongreß in Paris, und am 18. Januar 1928 ein Vortrag über die werktätige Jugend in der Sowjetunion, der von Kühnel (Sekretär) gehalten werden sollte, genehmigt. Angeblich bekamen die KJVD-Strieken den Vortrag über die werktätige Jugend in der Sowjetunion, der von Kühnel (Sekretär) gehalten werden sollte, genehmigt. Angeblich bekamen die KJVD-Strieken den Vortrag über die werktätige Jugend in der Sowjetunion, der von Kühnel (Sekretär) gehalten werden sollte, genehmigt.

Den Lichtbildvortrag über die Jugend der Sowjetunion lehnte der Sekretär Kühnel kurz vor dem Beginn ab. Er verweigerte auf diesbezügliche Proteste zu antworten. Während andere Organisationen, wie z. B. der KJVD Strieken (Jugendabteilung), die Schwimmerjugend (KJVD) diesen Vortrag stattfinden lassen und auch den Lichtbildvortrag über die werktätige Jugend in der Sowjetunion, der von Kühnel (Sekretär) gehalten werden sollte, genehmigt. Angeblich bekamen die KJVD-Strieken den Vortrag über die werktätige Jugend in der Sowjetunion, der von Kühnel (Sekretär) gehalten werden sollte, genehmigt.

Die KJVD-Versammlung Strieken beschloß folgende Resolution, die von allen anwesenden Kollegen (KJVD, Partei) einstimmig angenommen wurde:

Resolution

Die KJVD Dresden, 4. Bezirk (Strieken) protestiert gegen die Haltung des Jugendsekretärs Kühnel den Lichtbildvortrag: „Aus dem Leben und Lernen der sowjetischen Jugend“, ferner auch das Referat über den KJVD-Kongreß Paris 1927 ohne jede Begründung abgelehnt hat. Wir fordern, daß der Jugendsekretär Kühnel andere Lichtbildvorträge, die nationale Propagandamittel sind, in den Abendstunden der KJVD durchführen läßt (z. B. Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet). Es ist ein trauriges Zeichen, wenn Vorträge, die einen bestimmten Wert besitzen, einfach abgelehnt werden und Unterhaltungsabende werden dagegen gern durchgeführt. Wir fordern, daß das Thema im nächsten Heimabend bestimmt behandelt wird. KJVD Dresden, 4. Bezirk (Strieken).

Alle KJVD-Gruppen Dresdens müssen jetzt verlangen, daß auch in ihrem Heimabend der russische Lichtbildvortrag gehalten wird, damit der Jugendsekretär Kühnel sieht, wie die proletarische Jugend denkt. Im übrigen ist diese Haltung Kühnels ein typisches Beispiel, wie Kühnel die Demokratie in proletarischen Organisationen aufhebt!

wischung ihrer wahren Forderungen durch die heuchlerische Kampagne der bürgerlichen Verbände und ihrer Ausbeutung anzukämpfen. Die proletarische Jugend weiß, daß nicht die Götter der Befehlenden und ihres Staates, sondern entschlossener Kampfsinn in einer Front mit der erwachsenen Arbeiterklasse ihrem Recht auf Licht und Freiheit Geltung verschaffen wird.

„Der Fragebogen“

Er spukt im Kopf einer Lehrerin (B. Mädchenberufsschule Hiltewert) und gibt Aufschluß über verärgerte Bedingungen der Lebensverhältnisse der Schülerinnen. Wohnungsüberfüllung, Verdienst usw. möchte der Rat zu Dresden, der diesen Fragebogen herausgegeben hat, genau beschreiben haben. Unsere Lehrerin hat zu ihrem Erschrecken aus den Antworten, daß einige Schülerinnen (Mitglieder der KJVD) sich in ihrer Jugendgruppe in lehrliche Fragen unterhalten hatten. Eine außerordentlich wirkende Entladung der Lehrerin wird bald einer gründlichen noch näheren Ausfragerel: z. B. ob denn auch Ursachen an der Ausfragerel teilgenommen hätten? Wir empfehlen der Lehrerin sich in Dr. Max Hobanus Buch „Gehsicht und Liebe“ über die lehrlichen Fragen zu informieren und — die daraus gewonnenen Eindrücke ihren Schülerinnen mitzuteilen. Aber: aus dem Rat der Kommunisten wird sich die gebildete Lehrerin nicht machen, denn sie bezeichnet die Kommunisten als „menig gebildete“ Leute, die im Stadtverordnetenkollegium mit Tinter fässern schmeißeln. Niemand solle sich von den Kommunisten um Schlichten verführen lassen. Daß diese Lehrerin ihre Schülerinnen als dumme Ziegen bezeichnet und ihnen Ohrenschmerzen zufügt, ist nicht weiter verwunderlich. Wir erinnern an Künige; er gibt über mancherlei Fragen Aufschluß und ist für eine bürgerliche Lehrerin „geeignetes“ Studienobjekt. Bitte!

Die Ergebnisse für diese Fragebogen-Ausfragerel sollen angeblich zu einer Statistik verwendet werden. Das steht bald in aus, als ob der Rat zu Dresden sich ernsthaft um das Wohl der Schüler und Schülerinnen der Dresdner Berufsschulen kümmern wollte. Unserer Meinung nach hat er dazu die beste Gelegenheit, wenn er u. a. die kostenfreie Gewährung von Lehr- und Lernmitteln beschließt, denn das würde den Berufsschülern mehr nützen, als die ewige Fragebogen-Ausfüllerei.

Die Berufsschüler werden aber nicht erst warten, bis sich der reaktionäre Bürgerklub-Rat dazu bequemt, sondern sie werden um diese Forderungen kämpfen müssen — gemeinsam mit dem kommunistischen Jugendverband. In jeder Klasse, in jeder Schule müssen die Schüler die Wahl von Schülerräten durchsetzen. (Jungarbeiterinnen-Korrespondenz.)

1 650 000 Rubel für Unterstützung Jugendlicher

Die Zentralverwaltung für Sozialversicherung bewilligte 1 650 000 Rubel für Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher.

Rußlandbericht im Sport- tarteil Graupa-Zeitung

Am 11. Januar 1928 berichtete Gen. Hofmann (SPD) über seine Eindrücke und Beobachtungen in Sowjetrußland. Er war von 100 Personen, darunter einige Sozialdemokraten, begleitet eingewandert. Die Besichtigung der Fabriken und der Zucht der Arbeiterdelegationen in Moskau, wo die Delegationen zusammengefaßt waren und durch Umkleen einen 48stündigen Aufenthalt hatten, fanden zur Freude der Bürgerlichkeitsparteien statt; dort wurde festgestellt, daß die bekannte kommunistische Propaganda, die als "Kommunisten" von der SPD als Hauptpropaganda verteilt wurde, bei der Abreise haben in Hamburg gewaltige Kundgebungen hervorgerufen. Auf dem Dampfer "Sowjet", der die Delegationen nach Rußland brachte, ist bereits auf der Fahrt durch den Ostsee-Kanal festgestellt worden, daß der Volkswut mit den Gewerkschaften nicht übereinstimmen, den Lebensstandard einzuführen. In Petersburg angekommen, ist die Delegation trotz großer Verleumdungen und anstößigen Reden von einem laute Arbeitern empfangen worden. Gen. Hofmann betont, daß die Delegation nicht Zwangsarbeit hatte und in mehreren Gruppen verschiedene Gegenden Rußlands bereiste.

Die Schmelzdelegation hat 283 Betriebe befragt. Von der größten Betriebe ist das Dutilow-Werk in Leningrad mit einer Belegschaft von 12.000 Arbeitern. Jeder Betrieb hat seine Betriebsrat, Kindertruppen und sanitären Einrichtungen, die sehr gut sind. Die Arbeiter sind größtenteils ehemalige Soldaten des Abels. Jeder Arbeiter bekommt 2-4 Wochen Urlaub unter Weiterzahlung seines Lohnes. Die sozialen Einrichtungen sind gut ausgebaut, wird ein Arbeiter krank, bekommt er bis zu 6 Monaten seinen vollen Lohn, bei Invalidität bis zu 12 Monaten. Die Sozialisten, die in Deutschland von den Arbeitern zum größten Teil selbst aufgebracht werden müssen, besitzt in Rußland der Betrieb. Die Gewerkschaften haben weitgehendes Mitbestimmungsrecht, und jede Gewerkschaft hat ein Krankenhaus in Leningrad ist für die Metallarbeiter z. B. eine Kasse des Arbeiterbetriebs. Jeder Betrieb hat einen roten Preiser (Kommunist), der einen Höchstlohn von 225 Rubel hat. Der technische Direktor (meist parteiloser "Spezialist") hat etwa einen Gehalt von 400-500 Rubel. In einer Textilfabrik (Belegschaft 2000) bekommen die Arbeiter neben ihrem Lohn noch Wohnlohn.

In gesundheitsförderlichen Betrieben beträgt die Arbeitszeit 6 Stunden.

Das es besonders in Form von Lebensmitteln, Milch etc. Die Miete wird in Rußland nach dem Einkommen berechnet. Zur Zeit besteht Wohnungsmangel. Der Staat hat große Mittel bereitgestellt, um Siedlungen zu bauen.

Der größere Betrieb hat keine eigene Sportanlage.

In Sport wird von der Regierung mit allen Mitteln gefördert. Einige Genossen der Delegation bekamen aus der Hand der sozialdemokratischen Bremer Volksmacht, in der befragten, daß in Rußland Lebensmittelkräften hatte gefunden; dies bezeichnete Gen. Hofmann als Verleumdung. Gen. Hofmann berichtete weiter über die Ukraine, wo die Delegation in Charkow einige Zeit Aufenthalt hatte. Die Delegation hat sich dort bei der Regierung angemeldet und einer Untersuchung Gen. Hofmann hebt die Einfachheit und Sittlichkeit der Volksbeauftragten hervor und zieht dabei einen Vergleich mit Deutschland. Die Hinnerkeit in der Ukraine hat als Schüler 60 Prozent Arbeiter, die auf Kosten des Staates studieren und sogar ihren Lohn weiter bekommen. Die Landwirtschaft ist mit neuzeitlichen Maschinen von der Regierung versehen worden. Gen. Hofmann kommt auf die Verhältnisse im Donchubden zu sprechen. Die Schulen haben sich in den letzten Jahren stark vermehrt. Das Analphabetentum ist zurückgegangen, 1913 betrug dasselbe 24 Prozent, 1926-27 12,8 Prozent. Ein Kehlband und Schmerzmittel für die Regierung sind die durch Krieg und ausländische Invasion verwahrlosten Kinder, die z. B. in Kostom a. d. Don zu leben waren. Die Regierung tut viel, um den Mangel zu beseitigen, es bestehen Pläne, die vorzüglich eingerichtet sind. Von Batu, den Delfeldern Rußlands, die von der Delegation befragt wurden, gibt Gen. Hofmann einige Zahlen über den Verdienst der Arbeiter bekannt. Unter dem Jarentegime bekamen die Arbeiter bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit 18-25 Rubel, heute bei einer 6-stündigen Arbeitszeit 35 Rubel.

Die Löhne liegen überall höher als in der Vorkriegszeit. Steuern bezahlen die Arbeiter nicht; Knechte, Geistliche, Großbauern usw. müssen Steuern entrichten. Auf der Rückreise nach Moskau über Tula sind dort einige Betriebe befragt worden, z. B. die Gewerkschaft und Samowarfabrik in Tula, wo die gleichen Verhältnisse angetroffen wurden. In Moskau hat die Delegation an der Feier der zehnjährigen russischen Revolution teilgenommen, eine gewaltige Demonstration, die allen ungehindert bleiben wird. Das Verhältnis der roten Armeen und Polizei zur Bevölkerung ist ein gesellschaftliches. Nachdem Gen. Hofmann nochmals feststellte, daß die Macht in Rußland in den Händen der Arbeiter liegt, schließt er seine Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, Rußland gegen den drohenden imperialistischen Krieg mit allen Mitteln zu verteidigen. Die ausgelegten Reden ("Einheit", "Offener Brief" und "Der Rote Heim") fanden guten Abgang. Nachdem Gen. Hofmann einige Fragen der Anwesenden zur allgemeinen Zufriedenheit beantwortet hatte, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

Im Eurgang
Prinz-Theater

In diesem Film gibt sich alles die große Mühe dem Kinobesucher etwas Erheiterndes zu bieten. In den ersten Szenen wird sogar der vorläufige Versuch unternommen, Monarchen und republikanische Präsidenten — ihre "ruhmvollen" Abdankung unter Mitnahme der Staatskasse — zu glücken. Gegen das "Egil" der getränkten und ungetränkten Hüupter und ihre vor-mittagelange Hölle anprobierenden Damen wird mancher Viehl dabei abgefahren. Köstlich die Szene, welche die Heberzeugung eines Ehrenabfalls an den "infernem" Großfürsten Nikita schildert. Dieser rettete das Leben von 4000 Matrosen, indem er — mit Blatte verflochten Ohren und "voller Wut" in der gepanzerter Kofe stehend — den Befehl zum Hochziehen der weißen Fahne gab.

Dieser gut charakterisierte Trottel ist eine der besten Figuren in der Handlung, die — man kann sagen: leider wie immer — einen süßlichen Schluß findet, von dem allerdings Monarchisten und andere sich immer auf dem Boden der Tatsachen bewegen. "Republikaner gleichermassen betrieblig sind. Jeder ein Teil der verschiedensten Arten von Hundstuden zeigt und den vielgeliebten Namen — "Edles Blut" trägt. Wilm.

Von einer Kralidrahte umgerissen wurde am Freitag auf der Schafstraße ein Kaufmann. Mit schweren Verletzungen wurde er dem Krankenhaus zugeführt. Während dem Heber-schreiten des Fährtenplatzes erlitt er eine Krone vor einem heran-nahenden Kraftwagen und kam dabei so unglücklich zu Fall, daß er dabei das Bein brach.

Wochenplan der Volksbühne

Opernhaus
Sonntag 29.1. Die Nacht des Schicksals — Montag 30.1. Habine Nr. 3271-3279. Dienstag 31.1. Salome 1999-2000 und 3221-3222. Mittwoch 1.2. Siliantische Saucenrebe, Der So-3223-3224. Donnerstag 2.2. Die Weiserfinger — Freitag 3.2. Sinfonie-Konzert — Sonnabend 4.2. — Sonntag 5.2. Die Babeme — Montag 6.2. Der Evangelmann 5173 bis 5555.

Schauspielhaus
Sonntag 29.1. Ein idealer Gatte Nr. 1153-1252. Montag 30.1. Der Mann — Dienstag 31.1. Amphitryon — Mittwoch 1.2. Familie 3258-3229. Donnerstag 2.2. Der letzte Ritter. 3230-3231. Freitag 3.2. Zwölfstündig 3272. Sonnabend 4.2. Domst-Calais 3243-3273. Sonntag 5.2. Zwölfstündig 3274-3253. Montag 6.2. Kofe Bernd.

Albert-Theater
Sonntag 29.1. Die Welt von der Pfalz Nr. 1591-1710. Montag 30.1. Der Geizhals 1711-1800. Dienstag 31.1. Die Welt von der Pfalz 1801-1900. Mittwoch 1.2. Der Geizhals 1901-2100. Donnerstag 2.2. Die Welt von der Pfalz 2101-2200. Freitag 3.2. — Sonnabend 4.2. Potisch u. Verlmutter 2221-2310. Sonntag 5.2. Potisch u. Verlmutter 2311-2400. Montag 6.2. Die Welt von der Pfalz 2401-2540.

Die Komödie	Abonnem.	ES.
Montag 30.1. 7.45. Der Geizhals	A 3	6211-6270
Dienstag 31.1. 7.45. Der Geizhals	B 3	6211-6270
Mittwoch 1.1. 3.30. Weihnachtsmärchen Der blinde Großchen	C 3	4271-4320
7.45. Der Geizhals	D 3	4321-4370
Donnerstag 2.2. 7.45. Der Geizhals	E 3	4371-4420
Freitag 3.2. 7.45. Weihnachtsmärchen Der blinde Großchen		4421-4470
Sonnabend 4.2. 3.30. Weihnachtsmärchen Der blinde Großchen		4471-4520
7.45. Zulu		4521-4570
Sonntag 5.2. 3.30. Weihnachtsmärchen Der blinde Großchen		4571-4620
7.45. Der Geizhals	A 4	4621-4670
Montag 6.2. 7.45. Der Geizhals		4671-4720

Verlangen Sie überall

hochqualifizierten AMOS-ZIGARETTEN
6 in Stassy 5 Pf.
di-Superb 6 Pf.
FREIBERGER STRASSE

erei Badelt
Str. 79 / empfiehlt
frische Dativaren
Kaffee

Bäckerei mit elektr. Betrieb
Frühstücksgedäck
Hering, Dresden - N.
Str. 13 / Fernsprecher 54157

rienhähne
Einger. 8 Pf.
elterwaden
einer Zingheit, verkauft
o Fischer, Dresden-Leuben
er Landstraße 1351.

ern-Reinigung mit
Betrieb (hygienisch)
rie Steiner
ben, Blossenweg 2

rnst Badofen
Druckerei / Buchbinderei
Neumark Dresden

Neue und gebrauchte Möbel
Polsterwaren aller Art
Kleidungsstücke
und Schuwaren
auch auf Teilzahlung, billigst bei
Frieda Wanzel / Bautzen
Töpferstraße 11

Reinste Fleisch- und Würstwaren
Richard Rong
Steifhermstr. Zoberichan

Ein jeder
Geschäftsinhaber, der
seinen Kundenkreis
erweitern will,

inseriert
in der Zeitung der werk-
tätigen Bevölkerung
Ostsachsens,

in der
Arbeiterstimme

Unser Gaijon-Musdverkauf

wird am 28. Januar geschlossen

Um jedoch denjenigen Mitgliedern, denen erst am Monatsende das Gehalt ausgezahlt wird, die Entnahme von Textilwaren, Schuhwaren und Hausrat zu besonders günstigen Bedingungen zu ermöglichen, gewähren wir ausnahmsweise auch auf den Wert der in der Zeit vom 30. Januar bis einschließlich 1. Februar 1928 aus den Sonderverteilungsstellen und den für den Ausverkauf vorgesehenen Gemischtwaren-Verteilungsstellen entnommenen Textilwaren, Schuhwaren und Hausrat die

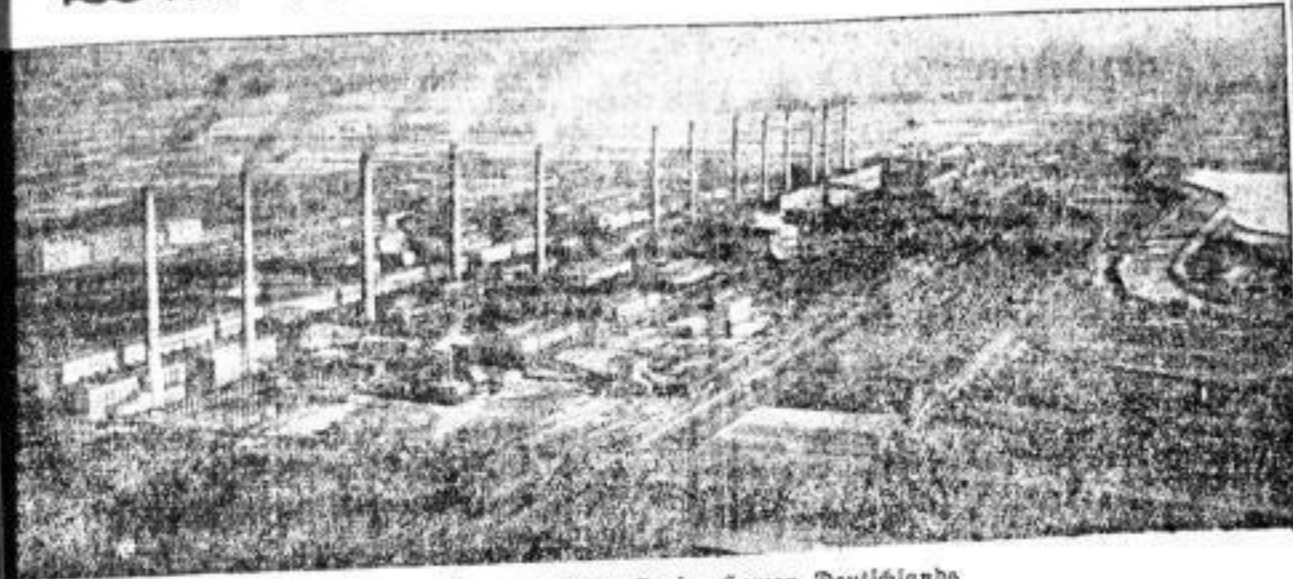
doppelte Rückvergütung

Die Warenabgabe erfolgt nur an Mitglieder.
Jeder Verbraucher kann Mitglied werden. / Eintritt 50 Pf.
Anmeldungen werden in allen Verteilungsstellen entgegengenommen.

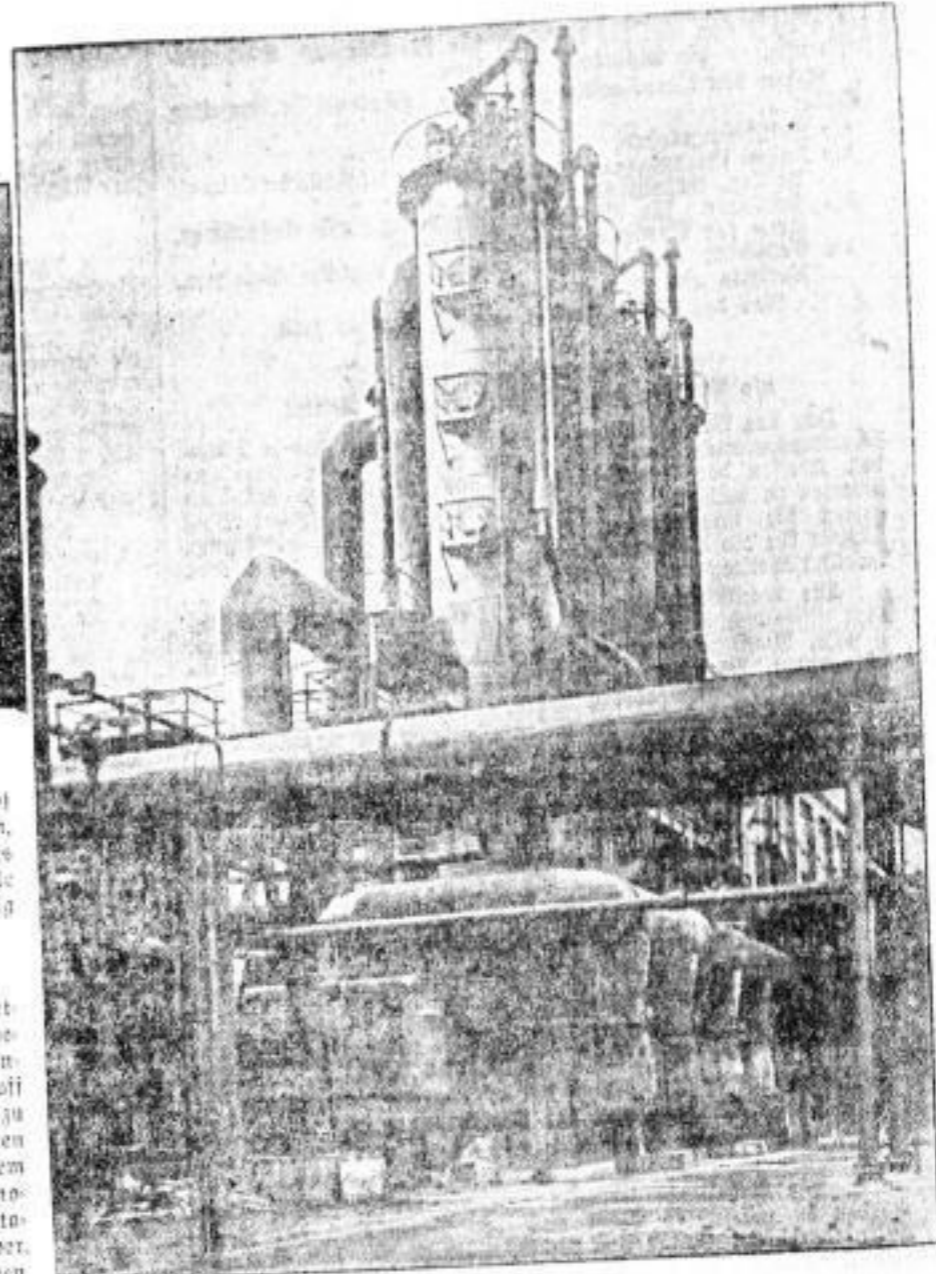
Konsumverein

Vorwärts

Was wird in Leuna erzeugt?



Leuna, die neue Delawelle im Herzen Deutschlands



Hiefeltürme für Gasreinigung

L. R. Die Leuna-Werke, die im Zentrum des ausgezeichneten mitteldeutschen Braunkohlengebietes liegen, sind im Laufe der letzten zehn Jahre entstanden. 1916, also mitten im Kriege, wurden hier die ersten Anlagen zur Stickstoff- und Gipsfabrikation mit Staatsmitteln errichtet. Schon während des Krieges entwickelten sich die Leuna-Werke sehr schnell. — Heute, im Besitze der I. G. Farbenindustrie, wird immer noch weiter gebaut. Die Leuna-Werke (der offizielle Name lautet „Kaiserliche Ammoniakwerke“) werden mit ihren 22.000 Arbeitern nach ihrer Fertigstellung das größte Industrieunternehmen Deutschlands sein. Sie gehören nämlich nicht zu der Reichsindustrie, sondern zu der Reichsindustrie. Die „Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland“ der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft setzt sich aus folgenden Werken zusammen: aus den Farben- und Chemiefabrikationen in Wölfen, Wittenberg, Leuna, Halle, Leipzig, Tschernitz und Weitzel, ferner aus den Werken in Mainz, Griesheim, Offenbach, Rühlheim und Rheinfeld. Außerdem gehören zum I. G. Farbenkonzern noch fünf Betriebsgemeinschaften: Die „Betriebsgemeinschaft Oberhessen“ mit den Werken in Ludwigshafen, Oppau und Niederlahmweiler. In dieser Oberhessen-Betriebsgemeinschaft gehört auch das Stickstoffwerk Leuna. Die „Betriebsgemeinschaft Mittelrhein“ umfasst die Farben- und Chemiefabrikationen in Höchst, Geröfen, Viebrich und Knappfeld. Ferner gehören zur I. G. Farbenindustrie A. G. die Betriebsgemeinschaft Niederrhein mit dem Hauptwerk in Leverkusen, dann die Betriebe der vormals Köln-Rotweil A. G., die in der Hauptsache Kunstfaserfabrikation betreiben, und schließlich eine Bergwerksunternehmung, die sowohl Braunkohlen- als Steinkohlegruben unterhält.

Das Leuna-Werk, das Herz des I. G. Farbenkonzerns, führt die beiden großartigsten Synthesen aus, die die Welt kennt: die Stickstoffherzeugung aus Luft und die Benzingerzeugung aus Kohle.

Die beiden Verfahren, die auf chemisch-technischem Wege unerschöpfliche Naturprodukte erschaffen, haben im Laufe der letzten Jahre gewaltige Fortschritte auf dem Weltmarkt verursacht, haben Deutschland vom Chilealpeter unabhängig gemacht und werden in kurzer Zeit auch den amerikanischen Benzolimport (etwa 800.000 Tonnen Mineralöl im Wert von 100 Millionen Mark jährlich) zu einem großen Teil ausschalten.

Bis zum Kriege war der Chilealpeter das wichtigste Ausgangsmaterial für die Stickstoffindustrie. 180 Millionen Mark wurden jährlich allein von Deutschland auf ausländischen Märkten für Chilealpeter ausgelegt. Durch die Gewinnung von Stick-

stoff aus Luft ist ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen Chilealpeter und Luftstickstoff entstanden, der mit dem vollkommeneren Siege des Stickstoffes endete. Die Ausfuhr an Chilealpeter ist um viele hunderttausende Tonnen zurückgegangen, etwa achtzig Werte müssten stillgelegt werden.

Die moderne Stickstoffindustrie

beruht auf der Tatsache, daß es technisch und wirtschaftlich möglich ist, den Stickstoff, der in unerschöpflichen Mengen in der Luft vorhanden ist, in einfache Verbindungen mit Wasserstoff und Sauerstoff zu bringen. Es gibt verschiedene Verfahren, die zu diesem Ziele führen. Die Leuna-Werke arbeiten nach dem Haber-Boch-Verfahren, dem ausdehnbaren Verfahren zur Bindung von atmosphärischem Stickstoff. Bei Gegenwart eines Katalysators (Katalysatoren sind chemische Körper, welche eine Reaktion beschleunigen, ohne sich an ihr zu beteiligen) läßt man unter Druck von 200 Atmosphären und bei einer Temperatur von 550 Grad Celsius Stickstoff auf Wasserstoff im Verhältnis 1:3 einwirken.

Die industrielle Auswertung dieser Stickstoff-Synthese machte bemerkenswert rasche Fortschritte, daß im Jahre 1923 Oppau und Leuna, die beiden größten deutschen Stickstoffwerke, 350.000 Tonnen Stickstoff erzeugten, das sind 93 Prozent der Gesamtproduktion der ganzen Welt. Heute sind in allen Staaten (Amerika, Norwegen, Dänemark, Polen usw.) zahlreiche Fabriken gebaut worden, so daß die beherrschende Stellung Deutschlands etwas zurückgedrängt worden ist.

Ein Teil des Stickstoffs wird heute zu friedlichen Düngeemitteln verarbeitet: Ammoniumsulfat, Kalisalpeternachschiff, Kalisalpeternachschiff, die Mischdünger: Leunaphos, Diamophos, Nitrophoska werden in den Leuna-Werken in Tausenden von Tonnen hergestellt und

in gewaltigen Silos,

die bis zu einviertel Million Tonnen fassen und in denen die Bevölkerung einer mittelgroßen Stadt Platz hätte, zu hohen Gebirgen aufgeföhrt.

Doch dieser harmlosen, fruchtbaren Verarbeitung des Stickstoffs steht keine unerschöpfliche Verwendung im Kriege gegenüber.

Bekanntlich ist die Industrie der Sprengstoffe im wesentlichen eine Industrie des Stickstoffs. Fast alle modernen Sprengstoffe, wie Nitroglycerin (18,5 Prozent Stickstoff), Nitrocellulose (11 bis 13 Prozent Stickstoff), Melinit, Rhabit, Dynamit usw., sind Stickstoffverbindungen. Die Friedensbeschäftigung der Leuna-Werke mit Kunstfaserindustrie ist eine nur schwach entwickelte Kriegindustrie und ist eine nur schwach entwickelte Kriegindustrie und das Anzeichen der Weiterzeugung an Stickstoff (1913: 820.000 Tonnen, 1924/1925: 1.250.000 Tonnen, 1926/1927: 1.350.000 Tonnen) ist gleichbedeutend mit internationalen Kriegsvorbereitungen.

Die Kunstbenzolinindustrie, das zweite großartige Verfahren der Leuna-Werke, steht in engem Zusammenhang mit der Erzeugung des Luftstickstoffs. Selbe Verfahren stellen eine auf die Spitze getriebene Veredlung der Kohle dar. Die „Veredlung“ von nur 2 Prozent der deutschen Steinkohleerzeugung nach den I. G. Farben-Verfahren würde genügen, um den gesamten deutschen Mineralölimport überflüssig zu machen.

Das teuerste an dem neuen Verfahren ist nicht die eigentliche Benzol-Synthese, die kaum 10 Prozent der Kosten beansprucht, sondern die Wasserkohleerzeugung und Reinigung. Die eigentliche Synthese besteht darin, daß man unter hohem Druck und hoher Temperatur bei Gegenwart von reaktionsbeschleunigenden Stoffen (Katalysatoren) genannt, Wassergas auf Kohle einwirken läßt.

Wassergas + Kohle = Kunstbenzol („Leuna-Benzin“).

Wassergas + Luftstickstoff = Ammoniak.

Das leuere Wassergas, das man also zu beiden Synthesen benötigt, wird in ganz neuartigen Hiefeltürmen aus Wasser und Braunkohle gewonnen. Ein einziger Wassergasgenerator in den Leuna-Werken nimmt täglich 750 Tonnen (50 Waggons) Rohbraunkohle auf, die er in Wassergas umwandelt. Aus dem Wassergas wird der Wasserstoff rein dargestellt und dann zur Drucksynthese mit Stickstoff zu Ammoniak oder mit Kohle zu Leuna-Benzin verarbeitet.

Leuna-Benzin und Leuna-Stickstoff

Auf diesen beiden Produkten beruht heute Deutschlands Monopolstellung auf dem Gebiete der chemischen Industrie. Mit Leuna-

benzin wird man vom Erdöl Amerikas und der Sowjetunion im kommenden Krieg unabhängig sein, wird man die Motoren der Panzerautos, Tanks und Flugzeuge betreiben — aus Leuna-Stickstoff wird man die wirksamsten Sprengstoffe herstellen, wird man die fürchterlichsten Giftgase produzieren.

Die Leuna-Werke, das Herz der I. G. Farbenindustrie, sollen im kommenden Krieg das beste Geschäft des Farbenkonzerns werden.

Für die Arbeiter ist Leuna ein Zuchthaus

In ganz Deutschland und sogar im Ausland ist das berühmte Leuna-Werk der I. G. Farbenindustrie als Zuchthaus bekannt. Kaum irgendwo findet man noch gleichartige raffinierte Ausbeutung und rigorose Menschenknechterei.

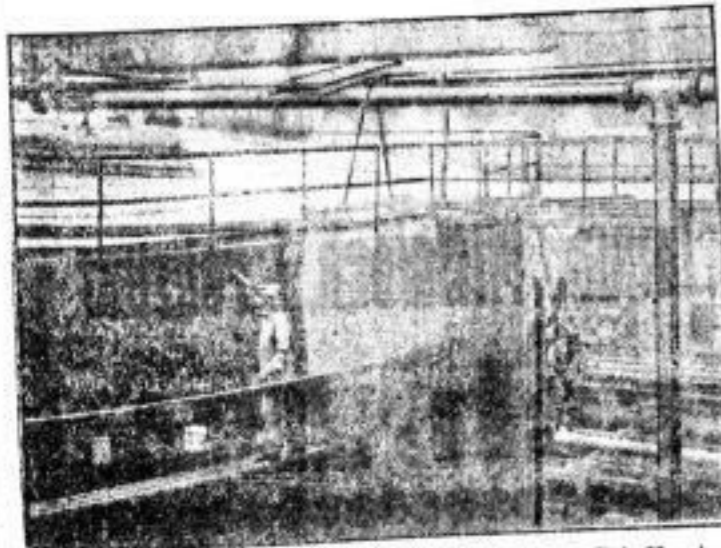
Wiederholt hat die Belegschaft versucht, die Fesseln des kapitalistischen Systems in dieser Hölle zu sprengen. Sie wurde aber stets mit allen Mitteln unterdrückt. Besonders hat der abgefeimte Reichsbannerführer Hering teil daran. Er hat die Leuna-Proleten mit Kräftebuchstäbchen zusammengeknüttelt lassen.

Durch einen großzügigen Spitzelapparat versuchen die Kräftegewaltigen die immer wieder sich erhebende und ständig wachsende revolutionäre Bewegung einzudämmen. Täglich kommen Maßnahmen, Entlassungen vor. Dennoch erhebt die Belegschaft erregt wieder mit allem Nachdruck die Forderung nach einer zwischenstaatlichen Lohnregelung. Es werden 15 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde gefordert.

Was in Leuna noch fehlt ...



Eine interessante Kontrollvorrichtung gegen Eisen Diebstahl. Beim Durchstreifen des Tores wird bei Vorhandensein von Eisenstücken durch Induktion ein Kontrolltelefon betätigt.



Arbeiter mit Gasmasken in den sogenannten „Stinkbauten“

Die oben veröffentlichten Fotos und der Text sind entnommen der großen aktuellen

Leuna-Sondernummer

die die „U. J. Z.“ am 1. Februar herausbringt. Die oben gebrachten Fotos bilden nur einen kleinen Ausschnitt aus dieser Sondernummer, die, wie bisher, zum Preise von 20 Pf. bei allen Zeitungshändlern und Botenfrauen unserer Zeitung zum Verkauf steht.

Wir empfehlen allen unseren Lesern den Erwerb dieser Nummer aufs wärmste.

Vertical text on the right edge of the page, including various advertisements and notices.

Unfälle Bekanntheitsgrad

Die Verpflegung im hiesigen Städtischen Krankenhaus werden ab 1. Februar dieses Jahres wie folgt festgelegt:

für Erwachsene	6,- RM	7,- RM
Rinder bis zur Erfüllung der	4,- RM	5,50 RM
Säuglinge im Krankenhaus	50 RM	1,- RM

Wünscht der Kranke in einem Zimmer allein untergebracht zu werden und geschieht diese Unterbringung nicht auf Anordnung des Chefarztes wegen besonders schwerer Erkrankung, so ist dafür ein Zuschlag für hiesige Erwachsene und Kinder in Höhe von 2,- M. zu zahlen. Meberdes haben beratende Patienten die ärztliche Tätigkeit des Chefarztes einstellt, der Operationskosten an diesen und die Unkosten für Medikamente, Verbandstoffe usw. an die Stadtkasse zu zahlen.

Neben den Verpflegungskosten werden gefordert in Rechnung gestellt:

- die Zuführungskosten,
- die Kosten für außergewöhnliche Heilmittel (künstliche Glieder, Brillen, Krücken usw.),
- die Gebühren für Röntgenaufnahmen und Aufnahmen, sowie für Pneumothoraxnachbildungen,
- die Gebühren für besonders wertvolle ärztliche Gutachten, Berichte, Zeugnisse u. dergl.

Kat der Stadt Freital, am 26. Januar 1928.

Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer des Versicherungsamtes Freital

Für das Versicherungsamt der Stadt Freital sind je 6 Versicherungsvertreter sowie die gleiche Anzahl Stellvertreter aus den Kreisen der Arbeitgeber und aus den Kreisen der Versicherten zu wählen. Für die Art und Durchführung der Wahl gelten die nachstehenden Bestimmungen der Wahlordnung. Muster für die Verträge zu den Vorschlagslisten (§ 10) können im Versicherungsamt eingeholt werden.

Die Vorschlagslisten sind bis zum 18. Februar 1928 bei dem unterzeichneten Wahlleiter einzureichen. Auf Grund von § 11, 2. Wahlordnung, wird angeordnet, daß von den vorzuziehenden Personen je 1 Arbeitgeber und Versicherten der Landwirtschaft anzugehören haben.

Gleichzeitig werden die Erleichterten und die Krankenlosen, die außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamtes ihren Sitz und mindestens 50 Mitglieder im Bezirke haben, aufgefordert, bis zum 11. Februar 1928 ihre Beteiligung an der Wahl anzumelden. In der Anmeldung ist anzugeben:

1. die Zahl der nach § 3 der Wahlordnung anrechnungsfähigen Mitglieder;
2. Familien- und Rufnamen, Beruf, Wohnort und Wohnung der nach § 3 der Wahlordnung Wahlberechtigten, getrennt nach Arbeitgebern und Versicherten;
3. Vendenungen, die vor der Wahl eintreten, sind unverzüglich dem Wahlleiter mitzuteilen.

Freital, am 28. Januar 1928.

Der Wahlleiter, Baumgarten.

Auszug aus der Wahlordnung

Art der Wahl.

1. Die Arbeitgebervertreter und die Versichertenvertreter werden in getrennter Wahl nach den Grundzügen der Verhältniswahl auf Grund von Vorschlagslisten mit den Stimmzetteln gewählt, die der Wahlleiter den Wahlberechtigten zu gehen läßt (§ 10 Absatz 1 und 2).

2. Zur Einreichung von Vorschlagslisten sind nur berechtigt (§ 4 Absatz 1 der WVO)

- a) bei der Wahl der Arbeitgebervertreter: wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern oder Verbände solcher Vereinigungen;
- b) bei der Wahl der Versichertenvertreter: wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern oder Verbände solcher Vereinigungen.

3. Die Wahl ist geheim.

Wahlberechtigung.

1. Wahlberechtigt sind die Ausschussmitglieder der Krankenkassen, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens fünf

als Mitglieder haben. In der Wahl nehmen ferner die Krankenkassenvertreter teil, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens fünf Mitglieder haben. Die Krankenkassenvertreter sind nach dem Sinne anzusehen, der im § 10 der WVO angedeutet ist.

2. Während ist die Zahl der Mitglieder, deren Beschäftigungsart (§§ 153 bis 156 der WVO) sich zur Zeit des letzten Jahrtages (31. XII. der WVO) vor der Wahl im Bezirke des Versicherungsamtes befindet. Bei Mitgliedern von Erleichterten, die Kosten auf Grund der §§ 153 und 154 der WVO anrechnen und einen Beschäftigungsart nicht haben, tritt an Stelle des Beschäftigungsart der Wohnort. Bei Hausgewerbetreibenden ist der Ort ihrer Betriebsstätte (§ 470 der WVO), bei den Gewerbetreibenden Betriebsstätten der Ort anzunehmen, bei denen Erwerbstätigkeit vorwiegend besteht (§ 459 der WVO).

3. An Stelle der Vertreter der Versicherten im Versicherungsamt wählen die Erleichterten, die örtliche Verwaltungsstellen haben, die Geschäftsleiter der für den Bezirk des Versicherungsamtes zuständigen örtlichen Verwaltungen (§ 42 Absatz 2 der WVO).

Wahlbarkeit.

1. Wähler sind nur volljährige Deutsche, die im Bezirke des Versicherungsamtes wohnen oder ihren Betriebsort haben oder beschäftigt werden (§§ 47, 12 der WVO).

2. Wähler als Arbeitgebervertreter sind nur Arbeitgeber, die Personen beschäftigen, die nach der Reichsversicherungsordnung versichert sind, und ihre demnachrichtigen Betriebsleiter. Den Arbeitgeber werden Versicherte zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen (§ 47 Abs. 2 Satz 2 der WVO).

3. Wähler als Versichertenvertreter sind nur Versicherte (§ 47 Abs. 2 Satz 1 der WVO).

4. Nicht wählbar ist (§ 47 Abs. 1, § 42 Abs. 2 der WVO) 1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Teilnahme öffentlicher Wahlen verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verurteilt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist;

2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist;

5. Die Versicherungsvertreter und ihre Stellvertreter dürfen nicht zugleich behaltene Beamte des Versicherungsamtes, nichtöffentliche Mitglieder des Reichs, oder eines Landesversicherungsamtes, Beisitzer eines Oberversicherungsamtes oder Versicherungsvertreter bei einem anderen Versicherungsamt sein (§ 41 Abs. 2 der WVO).

Aufstellung und Einreichung der Vorschlagslisten.

1. Die Vorschlagslisten sind nach dem als Anlage 1 beigefügten Formulare für jedes Versicherungsamt sowie für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Versicherungsvertreter getrennt aufzustellen und dem Wahlleiter bis zu dem im Wahlaufrufe angegebenen Zeitpunkt einzureichen. Jede Person, die in jeder Gruppe (§ 2 Abs. 2) darf für jede einzelne Wahl, für die sie wahlberechtigt ist, nur je eine Vorschlagsliste einreichen.

2. In den Vorschlagslisten sind die einzelnen Benannten unter fortlaufender Nummer oder in leicht erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Vor- (Nach-) und Zunamen, Alter, Beruf, Wohnort und Wohnung in doppelt zu bezeichnen, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

3. In die Vorschlagsliste darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu gegeben hat. Mit der Vorschlagsliste sind die Bestimmungen der Benannten, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in die Vorschlagsliste zustimmen, nach dem als Anlage 2 beigefügten Formulare einzureichen.

Inhalt der Vorschlagslisten.

1. In jeder Vorschlagsliste sollen sowie nach § 4 wählbare Personen benannt werden, wie Versicherungsvertreter und Stellvertreter nach dem Wahlaufrufe insgesamt zu wählen sind. Die aus dem Kreise der Arbeitgeber und die aus dem Kreise der Versicherten Benannten sollen mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt sein (§ 48 der WVO).

2. Unter den Benannten einer jeden Gruppe sollen die hauptsächlichsten Erwerbsweine, insbesondere die Landwirtschaft, und die verschiedenen Teile des Bezirkes des Versicherungs-

amts bei den Versicherten auf die verschiedenen Kreise der Unfallversicherung verteilt sein. Der Vorsitzende des Versicherungsamtes ordnet an welcher Teil der vorzuziehenden Personen in der Vorschlagsliste benannt sein soll. Er kann auch vorzuziehende, welche Betriebsweine und Betriebsorte besonders zu berücksichtigen sind.

3. Mindestens ein Drittel der Benannten jeder Gruppe soll am Orte des Versicherungsamtes leben oder nicht über sechs Kilometer, bei dem Umkreise der Stationen von der Mitte der Stadt Chemnitz nicht über zehn Kilometer vom Ort der Station entfernt wohnen, in der das Versicherungsamt seinen Sitz hat (§ 47 der Verordnung über die Reichsversicherungsämter vom 28. Juni 1912, GVOB. S. 377).

Unvollständige Vorschlagslisten.

Die Vorschlagslisten sind mehrere als eine einzige Liste gefaßt, ist unzulässig (§ 11).

Unterschrift und Kennwort der Vorschlagslisten.

1. Die Vorschlagslisten müssen unter Angabe des Namens der Vereinigung oder des Verbandes von den Personen unterschrieben sein, denen die Vertretung der Vereinigung oder des Verbandes zusteht.

2. Jede Vorschlagsliste soll mit einem Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Vorschlagslisten deutlich unterscheidet. Tragt eine Vorschlagsliste kein Kennwort, so gilt der Name des darin an erster Stelle Benannten als Kennwort der Vorschlagsliste.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Dresden

Dienstag, den 31. Januar 1928, 18.30 Uhr
im Reglerheim, Friedrichstraße 12.

Jahres-Generalversammlung

Z Tagesordnung: 1. Tätigkeits- und Kassenbericht vom Jahre 1927; 2. Neuwahl der Ortsverwaltung; 3. Neuwahl der Tarifkommission; 4. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz; 5. Beratung geistlicher Anträge; 6. Verbandsangelegenheiten.

Ausweis, Vertrauensmännerkarte und Verbandsbuch
zusammen legitimiert. — Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Meißen

Dienstag, den 31. Januar 1928, 19.30 Uhr
im Saale des Gewerkschaftshauses

Hauptversammlung.

Z Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht; 2. Neuwahl der Ortsverwaltung; 3. Neuwahl von 4 Delegierten zum Ortsauswahlgang; 4. Wahl von 3 Delegierten zur Bezirkskonferenz; 5. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Am Saaleingang ist das Mitgliedsbuch vorzulegen, ohne Buch kein Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Lejer!
beruft Euch bei Einkäufen auf die **Arbeiterstimme!**

Mein großer

INVENTUR- AUSVERKAUF

bietet Ihnen etwas ganz Besonderes!

Schlußtage: Montag, 30. Januar, Dienstag, 31. Januar, Mittwoch, 1. Februar

Modehaus F. R. Pöttsch, Pirna

Ecke Obermarkt

Beginn: 28. Januar 1928

Unser Inventur-Ausverkauf

bietet Ihnen seltene Einkaufsmöglichkeiten und überaus große Preisvorteile, darum verpassen Sie nicht die günstige Kaufgelegenheit auszunutzen

Kirst & Bartsch, Zittau

Das Haus der gewaltigen Auswahl, der bekannt guten Qualitäten und sprichwörtlich gewordenen niedrigen Preise für moderne Herren-, Knaben-, Sport-, Reise- und Berufsbekleidung

Innere Weberstraße 31
Fernruf 3000/3093

Go sehen die SPD-Führer aus!

Gotteslästerungsanfrage von SPD-Führern gegen SPD-Arbeiter — Um den katholischen Feiertagsdienst des Reichsbanners — Ein kraßes Beispiel für die politische Verleumdung der SPD-Führer

In Krefeld hat sich innerhalb der SPD ein Skandal ereignet, der in kraßester Weise die Auswirkungen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik mit dem Bürgerblock-Zentrum verdeutlicht. Die Krefelder Straßammer beschließt sich hier Tage mit einer Klage des Gewerkschaftssekretärs und SPD-Stadtratsordneners Karl Medrow gegen die Arbeiter P. M. und K. M. aus Krefeld wegen „Gotteslästerung“ und „Körperverletzung“. Die beiden Angeklagten sind höhere Mitglieder der Sozialdemokratie und des Reichsbanners.

Die Vorgeschichte dieser Klage spielt in einer Mitgliederversammlung des Reichsbanners am 17. Juli in Krefeld. Bei der Ablehnung eines Reichsbanner-Tages für den August erhob der spätere Protest der SPD-Arbeiter dagegen, daß in diesem Mittelpunkt ein katholischer Feiertagsdienst in dem das Reichsbanner geschlossen beteiligt sollte, gestellt an dem das Reichsbanner in der SPD organisierte Arbeiter. Auch der seit 19 Jahren in der SPD organisierte Arbeiter M. und seine beiden Söhne wandten sich mit aller Entschiedenheit gegen die Herabwürdigung der Reichsbannerzeitung. In der Diskussion bezeichnete der Arbeiter P. M. den katholischen Feiertagsdienst als „Kummel“ und betonte, daß die sozialdemokratischen Arbeiter solchen religiösen Kummel nicht mitmachen würden. Sozialdemokratische Führer zeigten nunmehr, daß sie reaktionäre Zentrumsleute noch zu übersteifen vertrieben.

In der Diskussion griff der SPD-Stadtratsordner und Angehörige des Gewerkschaftsbundes, Karl Medrow, seinen Parteigenossen, den sozialdemokratischen Arbeiter P. M., lässlich an.

Sechshundertfünfzig sprangen Vater und Sohn dem Angegriffenen zu Hilfe, und es entstand — durch Verleumdung der sozialdemokratischen Führer — eine wilde Schlägerei in der Reichsbanner-Versammlung.

Der reformistische Bureaukrat Medrow stellte daraufhin gegen seinen eigenen Genossen einen Strafantrag wegen „Gotteslästerung“ (!) und „Körperverletzung“, verurteilte außerdem von dem Arbeiter P. M. 150 Mark Schmerzensgeld (!). In dem Antragstellung des Krefelder Schöffengericht vom 28. Dezember 1927 heißt es:

„Der M. sei hinsichtlich verdächtig, öffentlich eine der christlichen Kirchen oder ihre Einrichtungen beschimpft zu haben (!), indem er in einer Versammlung des Reichsbanners die vorgeschriebene Abhaltung eines Feiertagsdienstes als „Kummel“ bezeichnete, sowie vom „religiösen Kummel“ oder „Kloßlinn“ sprach.“

Als Hauptbeschuldigungen traten in dem Prozeß gegen die sozialdemokratischen Arbeiter u. a. folgende prominente Arbeiter Sozialdemokraten auf: Heinrich Effers, Konstantin Müller, Heinrich Malina, Gewerkschaftssekretär, Karl Medrow, Stadtratsordner und Gewerkschaftssekretär, Arno Krahnert, ehemaliger Betriebssekretär, und Klemens Bude, Lehrer an der westlichen Schule.

Die SPD-Vertreter haben vor der Klassenjustiz „bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ geschworen, daß ihre Parteigenossen in frivoler Weise Gott lästerten, die Einrichtungen und Gebäude der katholischen Kirche demütigten und herabsetzten (!) und den Gewerkschaftsangehörigen Medrow misshandelten.

Auf Grund der Aussagen dieser arbeiterfeindlichen Koalition „Sozialisten“ wurden die beiden sozialdemokratischen Arbeiter wegen Gotteslästerung und Körperverletzung (sowohl Medrow nachweislich zuerst tatlich gegen die oppositionellen Arbeiter vorging) verurteilt. Der Arbeiter P. M. erhielt 1 Monat Gefängnis und K. M. 10 Mark Geldstrafe, außerdem mußte P. M. an den Gewerkschaftssekretär noch 150 Mark Schmerzensgeld zahlen.

Diese Tatsachen könnten schier ungläublich klingen, wenn sie nicht gerichtsamtlich fest abgeurteilt hätten. Sie zeigen, daß die sozialdemokratischen Führer politisch und kulturell im Lager des Klassenfeindes, als Schildehalter der humanen großkapitalistischen Massenpartei stehen. Sie scheuen keine sozialfaschistischen Propaganden, vor der brutalen Seite der Klassenjustiz gegen christliche sozialdemokratische Arbeiter, die sich nach der Klassenbewußtsein bewahrt haben, nicht zurück. Der Krefelder Prozeß spiegelt ein aufreizendes Bild der ideologischen und politischen Verleumdung der Spitzen der SPD.

Um diese kulturreaktionäre Politik zu beden, führt der sozialdemokratische Vorstand des Reichsbannerverbandes seine Hinmurraktionen gegen Kommunisten und alle anderen Freidenker durch.

Wir glauben, daß jeder sozialdemokratische Arbeiter einer Partei, in der solche Leute, wie die Krefelder Verleumdung „Gottes“, nicht zum Teil gezeigt werden, empört den Rücken kehren wird. Einer Partei, die in Freuden das Konfortat vorgeben will, den Zentrumsplanken dienlich die Streitigkeiten hat, die religiöse Verleumdung der Arbeiterköpfe offen propagiert und durch all dies die Rechte des Marxismus höhnlisch mit Füßen tritt — eine solche Partei ist eine Partei gegen den Arbeit!

Ein Angriff auf das Außenhandelsmonopol der Sowjetunion

Durch eine der Reichsregierung nahestehende Korrespondenz wird mitgeteilt, daß in nächster Zeit auf Anregung der Reichsregierung Verhandlungen mit der Sowjetregierung über die „weitere Gestaltung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“ stattfinden sollen.

Handelte es sich dabei darum, wie in Zukunft die Ausnutzung des 300-Millionen-Kredits erfolgen soll, dann wäre zu dieser Angelegenheit nichts Besonderes zu bemerken. Aus den Redaktionen der bürgerlichen Presse geht aber deutlich hervor, daß es sich um einen offenen Angriff auf das Außenhandelsmonopol der USSR handelt. Die ruhmreichen Dresdner Nachrichten lassen aber gestern die Frage im vollen Umfange aus dem Saal. Sie schreiben, der Export nach Rußland habe nicht zu, sondern abgenommen. Das Geschäft sei miserabel. Der Kredit sei zum Fenster hinausgeworfen. In Sowjetrußland regte sich der Handel nicht wie anderwärts nach Aufhebung und Nachfrage, der Staat schriebe sich überall ein und reguliere oder drohete. Aus diesen Ausführungen zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Inzuchtigkeiten damit rechnen, das Außenhandelsmonopol zu befestigen. Der Kredit sollte also eine Maßnahme zum Kampf für die Einführung des Privathandels werden. Die feindschaftlichen kapitalistischen Kräfte in Rußland sollten gestärkt werden.

Wie liegen die Dinge wirklich? Gemäß dem Plan der Inzuchtialisierung der USSR wurde die Einfuhr von Maschinen aus Deutschland nach der Sowjetunion stark gesteigert. Die deutschen Kapitalisten wollen aber dem Sowjetstaat aus Waren aufzwingen, die den Aufbau des Sowjetstaates fördern. Daneben neigen die Kapitalisten, die durch niedrige Arbeiterlöhne die deutschen Arbeiter ausplündern, durch Wucherpreise auch die russischen Arbeiter auszuplündern. Andere deutsche Kapitalistengruppen wollten sich in Rußland ein Rohstoffmonopol sichern. Die Sowjetunion besteht aber diese Rohstoffe selbst billiger aus den Rohstoffländern.

Die deutschen Kapitalisten toben, weil ihnen der Raubzug auf die 300 Millionen nicht so gelingt, wie sie ihn in ihrer Raubgier durchführen wollten. Die Drohung mit der Aufhebung des ganzen Vertrages liegt in der Linie der Weltpolitik der deutschen Kapitalisten. Die deutschen Kapitalisten organisieren die Front gegen die Sowjetunion. Unter der Führung des Pantheiles Mendelsohn hat sich eine Gruppe rheinischer Kapitalisten als Gläubiger Rußlands zusammengeschlossen und verlangt „Entschädigung für die in Rußland erlittenen Verluste“. Der Angriff auf den Kapitalverkehr ist in vollem Gange.

Hinter diesem Treiben steht der englische Petroleummagnat Deterding, oder dessen holde Gattin, die ehemalige Großfürstin. Der Tischerwonekschischer organisiert jetzt die „Gläubiger Rußlands“ oder die durch die Volkswirtschaftlichen Geschädigten“ zu dieser internationalen Front. Dann sind Bestrebungen im Gange, deutsche und französische Kapitalisten zu einer Front gegen die Sowjetunion zusammenzuschließen. Angriff auf die Sowjetunion ist die Parole. Bedeutend ist dabei noch, daß diese Bestrebungen jetzt einsehen, wo in Paris durch den Sowjetbotschafter neue Wirtschaftsverhandlungen stattfinden sollen. Deterding setzt seine Arbeiten fort.

Er deutete sich zu ihr nieder; während er sie küßte, kam ihm der seltsame Gedanke: jetzt nehme ich von Grace Abschied, Abschied für immer. Sie sank auf das Sofa, verkrampfte die Hände, zwang sich zur Ruhe, blidete erwartungsvoll auf ihn. Er verließ den großen Väter, ließ nur die Schreibtischlampe brennen, deren Strahl gerade auf Graces Gesicht fiel. Dann setzte er sich ihr gegenüber und nahm alle Willenskraft zusammen.

Achtzehntes Kapitel Die Pforte öffnet sich

Nach einigen Minuten wurden Graces Augen Starr und leblos, dann fielen sie zu. Ihr Körper sank weich, widerstandslos in die Kissen zurück, ihre Brust hob und senkte sich langsam und regelmäßig; sie schlief.

„Schliffst du?“ fragte Harven.

Und mit seltsam fremd klingender Stimme kam die Antwort:

„Ich schlafe.“

Er blickte sie an. Nun ist die Angst aus ihren Jüngen gewichen, sie ist von ihrer Qual befreit. Soll er es nicht dabei bewenden lassen, soll er wirklich eindringen in die dunklen Geheimnisse des Unterbewußtseins, die durch den hypnotischen Schlaf gelöst werden?

Sie verlangte es von ihm, und er muß es tun, will er sie heilen. Weshalb zögert er noch? Was bedeutet die kalte Furcht, die ihm die Kehle zuschnürt?

Sein Widerstreben bewingend, fragte er:

„Wo bist du?“

„In einem Zimmer.“

„Beschreibe das Zimmer.“

Sie gehorchte und er erschauderte, da er an der Beschreibung John Rawleys Arbeitszimmer erkannte.

Die großen Lampen sind verloscht, nur eine kleine Lampe brennt, das Zimmer ist fast dunkel,“ murmelte ihre eintönige Stimme.

„Ist das Zimmer leer?“

„Nein, zwei Menschen sind da.“

„Wer sind diese Menschen?“

„John Rawley und Mariel Brice.“

„Mariel Brice? Harvens Herz begann heftig zu pochen. Ist es möglich, daß er auf diese Art etwas über die geheimnisvolle Frau erfahren wird? Oder spielt bloß das Bewußtsein mit seinem Gedächtnis im Unterbewußtsein hinüber, trägt ihn?“

Büroerblock-Steuerbilanz 1927

971 Millionen Mark Lohnabzüge in 9 Monaten
Das Ergebnis der Steuer- und Zolleinnahmen im Monat Dezember 1927 ergibt ein würdiges abschließendes Bild über die Steuer- und Zollpolitik der Bürgerblock-Regierung im vergangenen Jahre.

Die Lohnsummensteuer hat im Dezember 1927 gegenüber dem Vormonat 5,8 Millionen Mark mehr eingebracht. Das Steueraufkommen aus Lohnabzügen ist seit April v. J. fast ununterbrochen von Monat zu Monat angewachsen. Im März 1927 hat es 81,4 Millionen Mark Lohnabzüge gegeben, im Dezember aber 129,3 Millionen Mark.

Die Einkommensteuer, die von den Privatkapitalisten gezahlt wird, zeigt gerade die entgegengesetzte Entwicklung der Einnahmen aus den Lohnabzügen auf; von Monat zu Monat ein Rückgang mit nur wenigen Ausnahmen. Im Oktober 1927 wurden 358,6 Millionen Mark derartige Einkommensteuer gezahlt, im November nur 219 Millionen Mark, im Dezember nur 197,3 Millionen Mark. Die Ergebnisse der „anderen Einkommensteuer“ sind gar im Dezember v. J. auf 60,5 Millionen Mark zusammenschmolzen gegenüber 99 Millionen Mark im Vormonat.

Sierbei ist aber noch zu berücksichtigen, daß im verflochtenen Haushaltsjahre Hunderte von Millionen Mark Steuern den Kapitalisten von der Bürgerblock-Regierung gestundet worden sind. Trotzdem sind die Dezembersteuern, die von den Kapitalisten gezahlt werden, so gering. Die Steuerbilanz ist also zugunsten des Großkapitals weitaus günstiger, als aus dem bloßen Rückgang der Einnahmeergebnisse aus den Einkommensteuern hervorgeht.

In dem verflochtenen Haushaltsjahr sind insgesamt an Lohnabzügen 971,6 Millionen Mark vereinnahmt worden. Das sind über 37 Prozent der gesamten Einnahmen aus der Einkommensteuer.

Auch die Zollsabgaben haben im Dezember gegenüber dem Vormonat eine Mehrerinnahme von 2,8 Millionen Mark, insgesamt 244,4 Millionen Mark, gebracht. Die Bürgerblock-Regierung hat im wesentlichen aus den Lohnabzügen und den Verbrauchsabgaben, die auch den Mittelstand belasten, in den vergangenen neun Monaten des Haushaltsjahres 1926 Millionen Mark eingenommen.

Die ständig anziehende Steuerlast unter dem Bürgerblockregime geht aus den vierteljährlichen Einnahmehöhen hervor. Das Reichsfinanzministerium hat von Januar bis März 1927 1,88 Milliarden Mark, April bis Juni 1927 1,92 Milliarden Mark oder 33,5 Prozent mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, Juli bis September 2,19 Milliarden Mark oder 16,2 Prozent mehr, Oktober bis Dezember 1927 2,22 Milliarden Mark oder 20,5 Prozent mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Natürlich kommt in diesen Zahlen auch die aufsteigende Industriekonjunktur zum Ausdruck, wodurch automatisch die Steuerlast der wertaktiven Massen größer geworden ist (besondere Zunahme der Lohnsummensteuer und der Zoll- und Verbrauchsabgaben). Bei wieder absteigender Konjunktur werden sich vor allem die geringfügigen direkten Steuern der Kapitalisten (Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) vermindern, also relativ die Steuerlast der Wertaktiven noch mehr zumeinern.

Der Monat Dezember bildet demnach einen würdigen Jahresabschluss für die Steuerpolitik der Bürgerblock-Regierung. Es darf aber dabei nicht vergessen werden, daß das gegenwärtige Steuerregime der Lohnabzüge und Verbrauchsabgaben bereits von der früheren Regierung der großen Koalition, einschließlich der Sozialdemokratie, ausgearbeitet und eingeführt worden ist.

Oppositionelle Gewerkschafter!

Metallarbeiter! Erweiterte Fraktionierung am Sonnabend dem 28. Januar 18,30 Uhr im Parteisekretariat. Alle Betriebe müssen unbedingt vertreten sein. Fraktionsleitung: Holzarbeiter! Am Sonnabend dem 28. Januar 18 Uhr findet eine wichtige Versprechung im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße, statt. Alle Genossen müssen erscheinen.

Alle kommunistischen Tabakarbeiter treffen sich am Sonnabend dem 28. Januar 19,30 Uhr im Parteibureau, Columbusstraße 9.

Verantwortlich für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden. — Druck „Neuwag“, Dresden.

„Was geschieht jetzt?“ fragte er weiter mit erklühter Stimme.

„Auf dem Tisch liegt ein kleiner Dolch... Das Licht fängt sich in ihm... er glüht...“

Die murmelnde Stimme wurde lauter, schwoll zu jammern-dem Stöhnen an.

„Blut... Blut... der Revolver wäre ja doch besser gewesen...“

Dann kam ein seltsamer Triumph in die Stimme, da sie rief:

„Er ist tot.“

Harvens Hände begannen zu zittern. Doch beruhigte er sich selbst; Grace hat sich diese Szene so oft vorge stellt, daß sie sogar in der Trance nicht ihrem Gedächtnis entweichen konnte. Schier mechanisch fragte er weiter:

„Wer hat John Rawley getötet?“

„Mariel Brice.“

„Wer ist Mariel Brice?“

„Ich bin Mariel Brice.“

Mit übermenschlicher Anstrengung erklühte Harven den von seinen Lippen aufsteigenden Schrei, rumpfte die Finger um die Stuhllehne, starrte die Frau an, wiederholte leuchtend:

„Du bist Mariel Brice?“

„Ja, ich bin Mariel Brice.“

Harvens Wangen begannen im Fieber zu glühen, seine Zähne schlugen gegeneinander. Dennoch gelang es ihm, sich zu beherrschen. Jetzt muß er alles erfahren.

„Weshalb hast du John Rawley getötet?“

„Weil ich ihn hasste.“

„Du hast es John Rawley?“

„Ja, er war unser Feind.“

„Wessen Feind?“

„Amerikas Feind.“

„Wer gab dir den Auftrag, ihn zu töten?“

„E A.“

„Wer ist E A?“

Keine Antwort.

„Wer ist E A?“ wiederholte Harven mit verzweifelter Angst. Wird er jetzt den gefürchteten Namen hören?

„E A, dessen Namen wir nicht wissen dürfen.“

„Kannst du John Rawley gut?“

„Nein, ich sah ihn vor jener Nacht bloß ein einziges Mal.“

„Du sahst ihn bloß ein einziges Mal?“

(Fortsetzung folgt.)

An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(44. Fortsetzung)

„Was du sagst, Harven, hilft mir nicht,“ jammerte sie. „So kannst du mir nicht helfen. Die Gedanken, lurchbare Gedanken, wirbeln durch mein Gehirn. Ich muß verrückt werden, wenn ich nicht zu denken aufhören kann. Harven, sei nicht so grausam, kannst du mir denn nicht helfen? Hypnotisiere mich, vielleicht höre ich dann zu denken auf...“

Daran hatte auch er schon gedacht, aber eine unerklärliche Scheu hielt ihn davon zurück. Doch würde er es wohl dennoch tun müssen, in ihrem aufgeregten Zustand wäre ein Schlafmittel wirkungslos.

Grace deutete annehmend dieser Gedanke der Hypnose eine Erlösung, eine sichere Rettung. Mit aufgehobenen Händen flehte sie ihn an:

„Hypnotisiere mich, Harven, hypnotisiere mich. Und wenn ich schlafe, lasse ich mich ergötzen, woher diese Angst kommt, diese lurchbare Angst, die mich tötet.“

Er lächelte noch immer.

„Ich bin selbst erschöpft, überreizt, Grace, weiß gar nicht, ob die Hypnose gelänge.“

Sie beachtete seinen Einwand nicht, rief sich von ihm los, ließ im Zimmer auf und ab wie ein eingeläufigtes wildes Tier, jammerte verzweifelt:

„Ich werde verrückt! Ich werde verrückt!“

Ihr Gesicht war verzerrt, die Augen sprangen schier aus den Höhlen, ihre Stimme klang groß und kreischend.

Er vermochte ihre Qual nicht länger mit anzusehen. Er muß es verhindern, muß eben alle Kräfte zusammenschlagen

„Komm her, Grace, beruhige dich, ich werde dir den Willen tun, werde dich hypnotisieren. Setze dich her, zwinge dich ein wenig zur Ruhe, damit du es mit nicht allzu sehr erschwerst.“

„Danke, Liebster, danke.“

Sie würgte sich in seine Arme, schmeigte den Kopf an seine Brust, hob ihm dann das Gesicht entgegen.

Dresdener Volksbühne E. V.
10. Sinfonie-Konzert
 Nächsten Mittwoch, 1. Februar, 10 Uhr, Gewerkschaftshaus
 Pflichtveranstaltung für Nr. 3911-4300 und 2401-2500, Anwesen A.
Richard-Wagner-Abend
 Dirigent: Dresden-Palastrakademie / Dirigent: Eduard Mücke
 Solisten: Kammerorganist Margarethe Siema, Dresden
 Simon Goldberg (Viola)
 1. Flöt. Holländer-Ouverture. 2. Tannhäuser, Arie der Elisabeth.
 3. Siegfried-Johli (Orchestral). 4. Tannhäuser, Vorsp. III. Akt.
 5. Drei Lieder m. Orch. (für Engel Schürmann, Trümel). 6. Albnacht.
 7. Tristan und Isolde, Vorsp. u. Liebestod. 8. Rienzi-Ouverture.
 Die zum Konzert zugelassenen Mitglieder werden ersucht, diese Konzerte zu besuchen. Freier Konzertkartenverkauf für nicht zugelassene Mitglieder zu 1,50 M. nur an der Abendkasse. Karten für Nichtmitglieder zu 2,-- M. bei F. Ries, Spitzstraße 21, und an der Abendkasse. Mitglieder, Studenten, Schüler höherer Lehranstalten, Jugendbünde und Reichwertrangehörige erhalten gegen Ausweis an der Abendkasse Galerie-Platzes für 75 Pf.

Stadtbank Dresden
 — Stadtkonto —
 Öffentlich-rechtliche Bankanstalt unter Gewähr der Stadt Dresden
 16 Kassenstellen in allen Stadtteilen / Hauptkassenstelle: Gewandhausstraße 2
 Annahme von Einlagen auf Anlagen und Girokonten
 Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte
 Oberweisungsverkehr
 Versicherungsabteilung — Stadtkammer

Möbelhaus
L. ZIEGEL
 Dresden-N. 1
 Jüdenhof 3
 Fernsprecher 10270

Planetarium
 AUF DEM AUSSTELLUNGS-GELÄNDE
 AN DER STÜBELALLEE
 NEUES PROGRAMM:
 Vorstellungen:
 Täglich um 16 Uhr: „Was bringen uns die Sterne im neuen Jahr“
 auch Sonntags um 17,30 Uhr: „Guter Mond, Du gehst so stille“
 Eintrittspreise: Erwachsene RM. 1.—
 Kinder unter 14 Jahren RM. 0.50

Arbeiter, Angestellte und Beamte!
 Benutzt und propagiert für den Abschluß von Versicherungen nur Euer eigenes Unternehmen, die **Volksfürsorge**
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsanstalt
 Es gibt keine einseitige Versicherung: denn eine Versicherung schützt den Versicherten nicht an / Diebstahl / Diebstahl / Diebstahl werden an allen Orten gewährt. / Die Versicherungsgesellschaft in Dresden-21, Zögnerstr. 6, I und der Zweigverein in Chemnitz 4

Rödelburg-Linien
 Dresden-N., Großenhainer Str. 14b
 Fernspr. 10771 / Straßenbahnlinien 6 u. 12
 Heute Sonntag letzter Tag
„Kleinstadtsünder“
 Nachmittags nur 2 Uhr
Große Kindervorstellung
 mit „Larzen der Mänchsmatte“
Das Mädchen aus Frisco
 nach einer Novelle v. Karl Pflaum
 nach dem Leben und Treiben der Halbwelt von Frisco (die 1920er Jahre)
 mit dem glänzenden Ensemble: In der Hauptrolle: Erna Morana, Helga Thomas, Rudolf Klein-Rogge, Egon v. Jordan
 Vorstellungen: Sonntag 16 Uhr, 20 Uhr
 Werktagen 19 Uhr, 20 Uhr

Dresdener Volksbühne E. V.
Mitgliederversammlung
 am 5. Februar 1928 (Sonntag), vormittags 10 Uhr,
 im Volkswahl-Trianonsaal, Ostra-Allee/Kl. Parkholstr.
 Tagesordnung wie bereits bekanntgegeben.
 Der Gesamtvorstand

WARNEVAL
 Maskenstoffe / Maskensammeln
 Tarlatans / Hüte / Mützen
 Halsrüschen / Fertige Kostüme
Modehaus F. R. Pötzsch
 Ecke Obermarkt PIRNA Ecke Obermarkt

Die Internationale
 Unter **Berichterstattung**
 hat von der letzten Aufführung der Tragikomödie
Die Internationale in 4 Akten
 deshalb nicht berichtet, weil er der Meinung war, es könnten viele Arbeiter glauben, es sei nicht notwendig, hinzugehen, wenn sie es gelesen haben. Sie sind deshalb eingeladen, wollen sie wissen, was die Internationale bringt, am Freitag, dem 3. Februar 1928, abends 7,30 Uhr, (nach neuer Zeit 10,30 Uhr), die zweite Aufführung im **Volkshaus Pirna** zu besuchen.
 Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind am Massenbesuch interessiert. Eintritt 50 Pfennig, Erwerblos und Pensioner an der Kasse 30 Pfennig. Wer spielt? Die Antwort erhalten Sie bei ihrem Besuch.

Kaufen Sie ihre sämtlichen Haus- und Küchengeräte
 in dem allbekanntesten seit 45 Jahren bestehenden Spezialgeschäft von
Hugo Rückert, Dresden-A.
NUR Große Brüdergasse 8
 Beachten Sie bitte genau: Eckhaus an der Quergasse, roter Anstrich / Bei Vorzeigen dieses Inserates 10% Rab.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund / Ortsausschuß Pirna
Achtung! Filmvorträge des Herrn Professors Wempe, Oldenburg
Aus dem Wunderbuche der Natur
 Sonnabend, den 4. Februar 1928, im Feldschlößchen, Pirna
 Sonntag, den 5. Februar 1928, im Kurhaus, Bad Schandau
 Montag, den 6. Februar 1928, im Deutschen Haus, Heidenau
 Die Vorträge beginnen sämtlich Punkt 7 Uhr
 Bei Beginn werden die Säle ihren geschlossenen
 Eintrittspreis 60 Pfennig / Karten bei den Gewerkschaften
 Raschen kann nicht gestattet werden!
 Organisierte Jugendliche und organisierte Erwerbslose mit ihren Frauen erhalten Karten zu 30 Pf. gegen Vorzeigen eines Ausweises ihrer Organisation in Heidenau im Büro des Metallarbeiterverbandes, Dresden, Straße 81, und des Fahrbarer-Verbandes, Heidenau, Straße 4, in Pirna im Sekretariat (Volkshaus, Zimmer 4), in Käufelsheim beim Kollegen Lechner, Heidenau, Straße 45, in Bad Schandau beim Kollegen Paulner, Reichenaustr. 10 und an den Säulorten.
 Es ladet an starkem Interesse ein
 der Vorstand

Kaditz a. d. Elbe
 Kaditz, einst ein Wendendörfchen, jetzt ein Groß aus alter Zeit. Wanderer, komm! beschau und Einmal von Vergangenheit! Träume Willst Du Gegenwart, dann kehre Dort im trauten Gasthof ein: Trink und is, tanz Sonntags fein, Stets wird es Dir Erinnerung bleiben!

Wol
 ist das beliebteste Bier- und Speiseisobal
 Sommer im **Vittoriateller**
 Wolkenhausstraße 20
 Tägl. Rührlimonette
 Mittagsgedebe von 50 Pfennig an

Verlangt überall nur Flaschenbiere
OSKAR FUHRMANN
 DRESDEN-LÖBTAU, Stollestraße 24
 Fernsprecher 29425
Zeitungsausträgerin
 für Stadtteil Zentrum II findet sofort Beschäftigung. Meldungen bei der **Dresdner Verlagsgesellschaft**
 Dresden-21, Ollerbahnstr. 2

Carolabad **Feldschlößchen, Pirna**
 Sonntag **Pirna** Sonntag **Große Ballschau**
Große Ballschau
 Radfahrersstation / Großer schattiger Garten mit Markisen / Kegelbahn
 Saal renoviert
 Es laden ergeb. ein P. Taggesell u. Frau
 H. Eckert und Frau

Gasthof Vorkigt
 Sonntag, den 29. Januar, von 18 Uhr ab im festlich dekorierten Saal die **große Ballschau**
 Die neuesten Schlager, die schönsten Walzer
Heiterer Blick
 Tal. 425 Cunnersdorf bei Pirna Tel. 425
 Morgen Sonntag ab 16.30 Uhr
Vornehmer Ball
 In der Gaststätte musikalische Unterhaltung
 Neue Bewirtung
 Es laden ergebend ein A. Haldan und Frau.
Jäpelts Restaurant
 Heim der Arbeiter-Sportler
 Hermann Jäpel u. Frau, Pirna

Trinkt einheimische Erzeugnisse!
Dresdner Felsenkeller Pilsner
Reisewitzer Löwenbier

Grammophon
 modern, trichterlos, Klänge rein im Ton, mit Platte 15 Mk. zu verk. Dresden
Oppellstr. 19

Prinzels Theater
Im Luxuszug
 Ein Filmlustspiel mit einer über alle Maßen frischen und lustigen Darstellung durch:
Dina Gralla / Ida Wüst / Adele Sandrock
Ernst Verebes / Wilhelm Bendow / Julius Falkenstein / L. v. Ledebour-Henry Bender
 Beginn der Vorstellungen: täglich 16, 18, 15 und 20,30 Uhr
Prinzels Theater

Lages
 Beilagen
 4. Jah
 Neue S
 Die lin
 Koalition
 geirigen
 ung über
 zeit geblie
 zu dem bel
 „In de
 lennt
 oder n
 Rechte
 wurde mit
 des Zentr
 men. Die
 weite der
 hat habe
 nachziehen
 von Leinung
 Grundford
 Es ist
 betrüger
 kammern
 zur geite
 lichen W
 von Inter
 seien eine
 dem welle
 genommen
 scheiden je
 parter lei
 von Ein
 Einultau
 Die
 hoh von
 werden k

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildungs- und -vertriebsverein in Dresden

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Post 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.)), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2, / Geschäftsstelle u. Expedition: Winterbahnpoststr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-2, Winterbahnpoststr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,20 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Winterbahnpoststr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 28. Januar 1928

Nummer 24

Die Verpflanzung der Volksschule

Neue Krisengerichte — Täuschung der Arbeiter — Verschärft den Kampf gegen die Reaktion

Die linksbürgerliche Presse jubelt „Offene Krise der Koalition“ (11), weil die Bürgerblockregierung in der gestrigen Sitzung des Bildungsausschusses bei der Entscheidung über die Frage der Simultanfächer in der Minderheit geblieben ist. Der Antrag der Deutschen Volkspartei zu dem bekannten § 20:

„In den Gebieten des Reiches, in denen eine nach Bekennnisschulen nicht getrennte Volksschule gleichschon oder nach Herkommen besteht, bleibt es bei dieser Rechtslage.“

wurde mit 15 gegen 13 Stimmen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen. Die linksbürgerliche Presse macht daraus eine „neue Krise der Koalition“, da das Zentrum bereits erklärt habe, daß es seine Minister aus dem Kabinett zurückziehen werde, wenn sich nicht bis zu Beginn der zweiten Lesung ein Weg finden läßt, der den kulturpolitischen Grundforderungen des Zentrums entgegenkommt.

Es ist nicht im mindesten damit zu rechnen, daß die gestrige Abstimmung im Bildungsausschuß zu einem Zusammenbruch der Bürgerblockregierung führen wird. Wie wir gestern bereits berichteten, und wie dies die bürgerlichen Wähler heute erneut feststellen, hofft man in späteren interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien einen Einigungsweg zu finden. Außerdem soll ja dem vorkommenden Antrag keine Wirksamkeit dadurch genommen werden, daß der Staatsgerichtshof darüber entscheiden soll, auf welche Länder dieser Antrag der Volkspartei seine Anwendung finden soll, das heißt es bleibt dem Staatsgerichtshof überlassen, über den Bestand der Simultanfächer oder ihre Auflösung zu entscheiden.

Die Tägliche Rundschau unterstreicht unsere Ansicht, daß von einer „offenen Krise der Koalition“ nicht geredet werden kann, und diese vorläufig an eine Selbstauflösung

gar nicht denkt. Sie schreibt zu der Abstimmung im Bildungsausschuß:

„Man wird nicht verkennen dürfen, daß damit die bisherige Regierungskoalition in einer wichtigen Frage auseinandergegangen ist. Es ist aber nicht damit zu rechnen, daß daraus sofort irgendwelche Konsequenzen gezogen werden. Das Zentrum und die Deutschnationalen haben mit der Umgestaltung des § 20 des Reichsschulgesetzes einen Antrag nach dem Antrag der Deutschen Volkspartei gerechnet. (1) Man scheint sich darüber einig zu sein, daß man jetzt zunächst einmal zwischen der ersten und zweiten Ausschusslesung eine größere Pause eintreten läßt und in dieser Zwischenzeit erneut interfraktionelle Besprechungen abhält.“

Die Ausführungen der Täglichen Rundschau sind klar. Das Geschrei wegen der „Regierungskrise“ ist ein überflüssiges Geschrei. Die Dresdener Zeitung der Volkspartei verkündet heute in großer Schlagzeile, „Ruhige Behandlung“. Diese Zeitung verkündet dabei, daß bei den Deutschnationalen und auch bei den Volksparteilern die Auffassung vorherrscht, daß trotz der Verkündung des Zentrums, daß es seine Minister zurückziehen wolle, es nicht zu einer offiziellen Krise komme. Die Haltung des Zentrums entspreche nur einer taktischen Absicht. Es sollen jetzt Einigungsverhandlungen herbeigeführt werden. Es seien genug Anregungen für eine Einigung und ferner noch starke Interessen für eine solche vorhanden.

Wir verweisen immer wieder darauf, daß das ganze Geschrei über die angebliche Auflösung der Arbeiterirreführung. Die Arbeiterklasse kann nur eine Aufgabe kennen, den härtesten Kampf gegen den Bürgerblock, außerparlamentarische Aktion, Zuspitzung der Lohn- und Wirtschaftskämpfe.

Die Streiffront in Mitteldeutschland

Salle 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Streiffront in Halle steht weiterhin unerstickt. Alle Versuche der Unternehmer, durch persönliche Schreiben an die einzelnen Metallarbeiter, in denen ihnen Vergünstigungen, unter anderem Vorratserparitionen versprochen werden, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen, die Streiffront zu zerlegen, scheitern an dem geschlossenen Kampfwillen der Metallarbeiter. In der Abteilung Schlosserei und Dreherei der Firma H. V. G. dehnt herrscht über den ungenügenden Kampfwillen der Metallarbeiter große Befürchtung. So arbeiten dort 1 Ingenieur, 1 Drehermeister und 1 Schlossermeister, um wenigstens eine Maschine klappen zu lassen.

Nach und vorzogen ist die Meldung der Leipziger Neuesten Nachrichten, wonach 300 Metallarbeiter der Maschinenfabrik Zimmermann und Co. in Halle ausgesperrt seien. Tatsache dagegen ist, daß nur 20 Prozent der Belegschaft ausgesperrt wurden und die übrigen 80 Prozent sich mit den Ausgeperrten solidarisch erklärten.

Die Aussperrung seitens der Unternehmer hat die erhoffte Wirkung verfehlt. Die Streikenden begrüßen sogar die Aussperrung, weil dadurch die Front der Streikenden erweitert wird und die Aussichten zum vollen Siege dadurch bedingt sind.

In Eisenburg ist nun auch in der Maschinenfabrik Bude die Aussperrung erfolgt. In diesem Falle ist somit die gesamte Metallindustrie hilfslos.

In Zschitz geht die passive Resistenz bei der Firma Opel u. Kühn (Abteilung Tischlerei) weiter. Die Kollegen leisten die Arbeit ein, weil die Unternehmer eine Akkord-Reduzierung vorgenommen haben.

Trotz der Aufforderung der SPD, daß die Arbeiterchaft in den Sammelkassen der IAB keine Beträge einzuliefern sollen, werden die Sammelkassen im ganzen Bezirk mit aller Energie fortgesetzt und zeigen sehr gute Erfolge. Die Belegschaft der Produktionsgenossenschaft hat in ihrer gestrigen Belegschaftsversammlung eine Entschliebung angenommen, in der der Metallarbeiterchaft die volle Solidarität ausgesprochen wird, mit dem Wunsch, daß die Kämpfenden bis zum endgültigen Sieg ausharren mögen. Es wurde der Beschluß gefaßt, an die Streikenden wöchentlich einen Stundenlohn abzuführen.

Dem höchsten Landesvorstand der IAB sind seitens der SPD des Freistaates Sachsen 500 Mark für die streikenden Metallarbeiter überwiesen worden.

Die Berliner Metallarbeiter vor dem Kampf

Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat in den Verhandlungen am Donnerstag eine generelle Lohnerhöhung für die Werkzeugmacher abgelehnt und Verhandlungen betriebsweise vorgeschlagen. Hierzu beschloß gestern Abend die Vertrauensmännerkonferenz der Berliner Werkzeugmacher, das Angebot des VBMZ abzulehnen und die Branchenversammlung am Sonntag die Aufnahme des Kampfes um den Mindestlohn von 1,50 Mark zu empfehlen. Die hierzu notwendige Abstimmung über den Streik erfolgt Anfang nächster Woche. Eine Funktionärskonferenz beschloß einstimmig, der Branchenversammlung am Sonntag zu empfehlen, das Angebot der Unternehmer, betriebsweise Verhandlungen einzuleiten, abzulehnen. Zur Aufnahme des Kampfes auf zentraler Basis wird die Abstimmung über den Streik durchgeführt.

Die schwarze Reichswehr

Die gesamte Reichswehr besteht augenblicklich aus vier verfallenen Kampagne für die Freilassung der Fremden der Schulklappern usw., trotzdem dieselben, wie mitgeteilt wird, Vergünstigungen erhalten, die einem proletarischen politischen Gefangenen nur ganz selten bewilligt werden. So haben die Fremden der Schwarzen Reichswehr das Recht, sich lärmliche Festungen zu halten, lärmliche Raucherlaubnis und können so viel Befehle bekommen, wie sie wollen.

Aus dem Geschrei der Hugenberg-Presse zur Freilassung dieser Fremden sind folgende Ausführungen sehr interessant, die deutlich zeigen, daß die preussische SPD-Koalitionsregierung, wie wir dies schon öfters festgestellt haben, das Bestehen der Schwarzen Reichswehr usw. in jeder Weise gefördert hat.

Der Sozialdemokrat schreibt:

„Es handelt sich bei den Fremden (die Red.) um vollwertige Kampfruppen, die in Kärnten aufgestellt und gebildet werden sollten, Maschinenabwehrabteilungen, Stochtruppen usw. . . . Selbstverständlich hat der Reichswehrminister dies gewußt, selbstverständlich hat die preussische Regierung dies gewußt, selbstverständlich hat die preussische Regierung dies gewußt. Sie haben nur die Taktik eingeschlagen, die Menschen, die sich für Preußen und Deutschland aufopfert (1), elend in Stich zu lassen.“

Es wird in ganz Deutschland wohl keinen Arbeiter geben, der glaubt, daß die Fremden ernstlich gefährdet seien. Die Hindenburg-Republik läßt ihre Getreuen nicht im Stich.

Der Sturmtrupp der Revolution

Zur Bezirkskonferenz des Bezirks Ostschlesien des KPD
Rudolf Renner, M. d. L.

Der Kampf um die Gewinnung der Jugend wird das immer härtere Problem aller Parteien. Die bürgerlichen Parteien bereiten den großen Angriff auf die Jugend des Proletariats durch das jetzt im Reichstag behandelte Reichsschulgesetz vor. Mehr wie bisher soll die Schule den Unterwerfungsgebunden durch die Verkleinerung der jungen Gehirne mit religiösen Märchen in die Jugend hineinschieben. Der neue deutsche Imperialismus, der sich vorbereitet, den aktiven Kampf um neue Weltmärkte zu beginnen, weiß, daß er zur Durchführung seiner Ziele die Jungmannschaften der breiten Massen der Westlichen benötigt. Die breiten Schichten der proletarischen Jugend werden entweder eingeschlagen und irreführt von dem Gift der bürgerlich-religiösen Erziehung, werden billiges und williges Kanonenfutter und Ausbeutungsobjekt für die Trustkapitalisten, oder aber sie werden, aufgeführt durch die proletarische Bewegung, erfasst von der Avantgarde des Jungproletariats, des kommunistischen Jugendverbandes, und der Organisation der Jungparteilistenbewegung, entschlossene Kampftruppen der arbeitenden Klasse.

Die Periode der relativen Stabilisierung, die rückwärtige Rationalisierung und Schematisierung der Arbeit hat besonders die Jungarbeiterchaft schwer betroffen. Die Jungarbeiterchaft wird herangezogen zu Arbeiten, die früher und nicht einmal in diesem Hefttempo von der qualifizierten Arbeiterchaft ausgeführt wurden. Den deutschen Kapitalisten ist es durch die brutale Ausbeutung der Arbeiterchaft gelungen, die Produktionsquote trotz des Arbeiterabbaus mit der stärkeren Heranziehung der Frauen und Jungarbeiter über den Vorkriegsstand hinaus zu steigern. Der monatliche Durchschnitt der Rohleistung ist gegenüber 1918 von 910 000 Tonnen auf 1 165 000 Tonnen im September 1925 gestiegen. Die Wertleistungsergebnisse stiegen von 419 000 Tonnen auf 1 122 000 Tonnen. Der Anteil der Wertproduktion in der Stahlindustrie stieg in Deutschland im Verhältnis zu 1923 von 15,7 auf 31 Prozent oder von 121 000 auf 45 000 Tonnen zu 1925. Die Ausbeutung des Jungproletariats in diesen Betrieben stieg verhältnismäßig noch höher. Das Jungproletariat wird am fliehenden Band als Rohdrücker beschäftigt, das Arbeitslosigkeitsgehalt steht immer noch als drohend bevor. Die Jungarbeiterchaft auf der Tagesordnung der nationalpolitischen und sozialistischen Verbände. Der durch das Reichsschulgesetz geführte Angriff gegen die Volksschule soll die Jugend nach der Entlassung aus der Schule in die christlichen und nationalistischen Verbände überführen. In der sozialdemokratischen Jugendbewegung wird das Jungproletariat bewußt und systematisch vom proletarischen Klassenkampf, von der Erkenntnis seiner Lage abgelenkt. In diesen Organisationen wird das Jungproletariat zur Anerkennung und Eingliederung in die kapitalistische Republik erogen, um diese Jungmänner dem Reichsbanner Hörnings als Kämpfer für die Großkapitalisten gegen das Proletariat zu überstellen.

Besonders die Frage des Reichsbanners spielt neben der Frage der Irreführung des Jungproletariats durch die sozialdemokratische Jugendbewegung eine außerordentlich bedeutsame Rolle. Im gegenwärtigen Moment ist die Frage des Reichsbanners deswegen besonders aktuell geworden, weil durch den Beschluß der Bundesleitung des Reichsbanners, die KPD-Deuts aus dem Reichsbanner zu entfernen, eine neue Irreführung des proletarischen Teils der Arbeiter und damit nicht zu ferner der proletarischen Jugend versucht wird. Die Jugend ist immer radikal und kämpferisch. Sie fühlt ihre Klassenlage und Klasseninteressen instinktiv. Gerade deswegen ist das Mandat der Reichsbanner-Bundesleitung für die proletarische Jugend besonders beachtlich. Das Hinauswerfen der KPD-Deuts aus dem Reichsbanner, bei dem obenstehenden Eintritt von Einzelmitgliedern aus der KPD offen gelassen wird, bedeutet keineswegs, gliedern aus der KPD-Bundesleitung den Kurs des Reichsbanners dem Kurs der KPD entgegenstellen wird. Wie die KPD, so auch der Parteivorstand der SPD und damit auch die Bundesleitung des Reichsbanners für die Anerkennung der Hindenburgrepublik und die Wehrhaftmachung dieser Republik. Diese Wehrhaftmachung soll erfolgen, um in den Reichsbannerleuten neben den nationalpolitischen Verbänden Stahlhelm, Jungbo, neue Kampftruppen für den neuen deutschen Imperialismus und Heerstruppen gegen das revolutionäre Proletariat zu gewinnen.

Die Epoche des Imperialismus, die Epoche des sterbenden Kapitalismus verschärft die Gegensätze im Lager der internationalen Imperialisten. Diese Epoche des untergehenden Kapitalismus ist deswegen der Zeitabschnitt der Kriege und Bürgerkriege. In unterbrochen wächst die Kriegsgefahr. Krieg gegen die Sowjetunion, Niederwerfung des Arbeiter- und Bauernstaates ist seit Jahren das planmäßige Bestreben der Politik des englischen Imperialismus. Ueber alle Hindernisse im Lager der Imperialisten hinweg verfolgt die englische Bourgeoisie konsequent dieses Ziel. Bis jetzt ist es zwar den Diebards nicht gelungen, dieses Ziel zu verwirklichen, doch der erst eben bekannt gewordene neue Vorstoß der internationalen Kapitalisten unter der Führung Deterdings gegen Sowjetrußland, der Angriff auf den deutsch-russischen Kreditvertrag zeigen das Anwachsen der Kriegsgefahr gegen Sowjetrußland. Dagegen sind die wachsenden kriegerischen Konflikte im Lager des Imperialismus selbst. Die Erhebung der Kolonialsklaven treibt die imperialistischen Räuber zu schnellerem Vormarschtreiben des Angriff-

Der gerechte Kultusminister

Hg. Unser vorkommlicher Kultusminister ist ein „stets gerechter“ Mann. Jetzt soll er sogar eine Entscheidung gefällt haben, wonach den Schülern der Oberschule in Bischofswerda die Teilnahme an einer Reichsgründungsfeier der vaterländischen Verbände verboten worden ist. So behaupteten es wenigstens die „vaterländischen“ Blätter, und Herr Dr. Kaiser heilte sich diese „unerhörten Verdächtigungen“ zu widerlegen. Natürlich, wie sollte auch der reaktionäre Kultusminister seine Verordnungen, die er gegen den Jungpartei- und den kommunistischen Jugendverband erließ, wonach keinem vollen- und fortbildungsschulspflichtigen Schüler die Teilnahme an politischen Kundgebungen gestattet werden soll, dieselbe gegen vaterländisch-schwarz-weiß-rote Gymnasialisten anwenden? Wie war die Sachlage in Bischofswerda? Die schwarz-weiß-rotten Verbände hatten einen großen Kummel anlässlich des Reichsgründungstages inzieniert, an dem der gesamte Schulkörper und eine Schulkartelle der Deutschen Oberschule geschlossen mitwirken sollten. Das hatte der Schulleiter angeordnet; aus Elternkreisen, die ihre Kinder nicht in den schwarz-weiß-rotten Pöbel ziehen lassen wollten, waren daraufhin Beschwerden eingegangen, da die Teilnahme des Gesamtkörpers und der Niege Zwang für Andersdenkende bedeute. Nun besann sich nicht etwa das Ministerium auf seine „antipolitische“ (tatsächlich antikomunistische) Verordnung, sondern teilte den Schülern mit, daß „selbstverständlich jedem einzelnen die Beteiligung an der Feier freistehe“, nur solle aus Gründen der „Neutralität“ der Schule eine geschlossene Mitwirkung von Einrichtungen der Schule unterlassen werden und kein Zwang auf Schüler zur Teilnahme ausgeübt werden.

Ein naiver Republikaner wird vielleicht eine solche Handlungsweise als Gipfelleistung der „Objektivität“ betrachten. Nun, wir wollen in diesem Falle daran erinnern, daß bei der Durchführung des Internationalen Jugendtages in Jittau im September 1927 unter Berufung auf eine Verordnung desselben sächsischen Ministers jedem Schüler auch eine Einzelteilnahme an den Veranstaltungen verboten wurde und den Verantwortlichen mitgeteilt worden ist, daß bei Teilnahme vollen- und fortbildungsschulpflichtiger, also bis 18 Jahre alter Menschen die Kundgebungen und Veranstaltungen Gefahr laufen würden, polizeilich aufgelöst zu werden . . .

Die Genehmigung einer Jugendveranstaltung, der kein Jugendlicher beiwohnen darf, ist eine Glanzleistung deutsch-republikanischer „Demokratie“; die „neutrale“ und tolerante Haltung des Ministers und damit der Regierung bei den Feiern der schwarz-weiß-rotten Kampfbünde die zweite. Nebeneinander gestellt ergibt dies aber ein geradezu verblüffend getreues Konterfei des Charakters bürgerlicher Demokratie überhaupt. Wie lange noch werden die

geschworenen „Demokraten“ schwarz-rot-goldener und roter Couleur mit diesem durchlöcherigen „Prinzip“ den Arbeitern ihre politische Erbärmlichkeit zu verbergen wagen dürfen?

Es geht vorwärts

Niederberwisch. Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Ortsgruppe Ober- und Niederberwisch, veranstaltete am Sonntag im Deutschen Haus eine gemeinsame Winterfeier. Der Saal war erfrischenderweise bis auf den letzten Platz besetzt. Einige gute Musikstücke von Wagner und Beethoven, ausgeführt von Oberberwischer Musikern, fanden guten Anklang. Genußgenossen Glathe brachte einige Reitationen von Arno Holz zum Vortrag, des weiteren Genosse Riedemann eine heitere Vorlesung in oberlausitzer Mundart von Wichs Karls. Dem folgte eine Deklamation einer Genossin, welche alle reichen Beifall erntete. Genosse Lehner Rühn (Jittau) zeigte in längeren und trefflichen Ausführungen den Anwesenden, wie die Kirche als Bollwerk des Kapitalismus versucht, durch ihre Irrlehren den Proleten als willfähriges Instrument den bescheiden Klassen gefügig zu machen. Für uns als Freidenker gilt der Wahlspruch: Wir wollen auf dieser Welt ein Leben führen, wie sich als Mensch gehört, und dieses Recht nicht nur einigen tausend Ausbeutern überlassen. Hoffentlich ist die Rede des

Neugersdorf. Die erste Sitzung der Stadtverordneten im neuen Jahre fand unter starker Beteiligung der Einwohnerschaft im Audimax statt. Besonders die werftätige Bevölkerung hatte ein großes Interesse, zu erfahren, ob im neuen Jahre die vorhandene proletarische Mehrheit angewandt wird gegenüber denen, die im umgekehrten Falle begünstigt sind. Im ersten ist dem leider nicht immer so gesehen, was wir mehrmals feststellen konnten. Die Sozialdemokraten glauben jedoch, auch in Zukunft ihre bisherige Taktik fortsetzen zu müssen. Schon die Stellungnahme zur Wahl des Präsidiums ließ erkennen, daß die SPD auf klare Klassencheidung verzichtete. Ihren Höhepunkt erreichte die Sitzung mit dem Erscheinen des Renegaten Hanisch, der unter den Jittauer der SPD als „komische Figur“ inmitten der unteren Fraktion Platz genommen hatte. Genannter holte sich als Denunziator und Verleumder die Ohren der Rotfrontarbeiter müssen ihn für seine unwahren Behauptungen beim Gericht verklagen) auf dem Amtsgericht Ebersbach eine wüßige Niederlage. Wer nun glaubt, daß diese „Jerde des Parlamentarismus“ sich würde fernhalten von diesem Parteil, der konnte erleben, daß Hanisch sich auch für die Zukunft als Krösus hintert. Die proletarischen Wähler werden ihn für seine „Verdienste“ zur späteren Gemeinderatswahl für immer in die „Verbannung“ schicken. Glaubt er doch, bei den Feinden der Arbeiterklasse Wohlwollen zu können, wenn er in seinen eigenen Ansprüchen die in Rußland „Verbannten“ mit sich selbst in Vergleich zu bringen versucht (der Kerntel). Die SPD lehnt ihn zur Zeit noch ab (wie lange?).

Bürgermeister Reich (SPD) eröffnet mit einseitigen Worten die Sitzung, erlittet einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Geschäftsjahr unter besonderer Berücksichtigung des Wasserleitungs- und Wasserdienstes. Erstere ist, durch Witterungsverhältnisse beeinträchtigt, noch nicht beendet, während das Volkswirtschaftliche Defizit erheblich ungenügend ist. Um die vorhandene Wohnungsverhältnisse zu lindern, werde er für dieses Jahr ein Wohnungsbauprogramm vorlegen. (Hoffentlich nicht mit der bekannten Heimstättengeilheit; bei seinem Amtsantritt versprach er nur in eigener Regie bauen zu lassen.) Bei der Wahl des Präsidiums wird als erster Vorkämpfer der bisherige SPD-Mann Heinig einstimmig wiedergewählt. Als zweiter Vor-

Genossen Rühn auf fruchtbaren Boden gefallen! Ten beiden Arbeiter-Gesangsvereinen von Ober- und Niederberwisch mit ihren Männern- und gemischten Chören, sowie den übrigen wirkenden, welche mit beitragen, die Feier zu unterstützen, le hiermit im Auftrage der Freidenker herzlich gedankt.

Aus Könnigstein

(Arbeiterkorrespondenz)

Je mehr es vorwärts geht in - Keenigstein, desto mehr und mehr ist die Politik auf den Beinen. Vergessen wir alles, was einstmal war . . . Keiner will nachsehen, um zu zeigen gegen die „Koten“ zu bringen. Ganz besonders rühmte sich der Polizeihauptwachmeister Schmidt, ehemaliges Mitglied der SPD. Des Nachts, wenn einen Genossen des Bureaus er gesehen sieht, hat auch er denselben Weg und folgt in mittlerer Abstand. Aber, ach, wie so trügerisch ist seine Hoffnung, mal „enen“ beim Kleben zu erwischen . . . Erstaunlich ist es nur, mit welcher Gründlichkeit die heilige Hermandad gegen alles „kommunistische“ vorgeht, und immer, immer ist es erfolglos. Erreichen sie doch das Gegenteil; nicht rückwärts, sondern vorwärts geht es - trotz alledem! Und so wird es künftig immer sein - in Keenigstein.

Königsbrunn (Tödtlich verunglückt.) Am Mittwoch 9 Uhr ereignete sich im Steinbruch Hohendahl und Müllers ein tödlicher Unfall. Beim Heben von Steinen mit der Schwebelbahn ging ein Stein aus der Kette - während der Fahrt - der in den Brust fiel und den 27-jährigen Steinarbeiter Hofmann aus Lauscha zerquetschte.

Mann über Bord . . .

stehender wurde Weber (bürgerl.) und als dessen Stellvertreter Zimmermann (SPD) gegen die Stimmen der Kommunisten gewählt. Genosse Dutschke gibt dazu eine sachliche Begründung ab. Unter Eingängen war ein Protestschreiben der Erwerbslosen gegen die Bestimmungen der Erwerbslosenversicherung betr. Wagniszeit, Gegenstand einer längeren Diskussion. Genosse Dutschke präziserte unseren Standpunkt und sprach die Erwartung aus, das Kollegium erkläre sich, obwohl er selbst anwesend ist, daß er sein früher geteiltes Mandatsentbindungsgeheimnis zurückziehe. Bekanntlich hatte die sozialdemokratische und bürgerliche Vertreter diesem Gelehr nicht zugestimmt, so daß Hanisch nach dem Scheitern dieses Protestschreibens, an die sächsische Regierung gerichtete, Unterstützung. In einer Zuschrift an das Kollegium erklärte Hanisch, obwohl er selbst anwesend ist, daß er sein früher geteiltes Mandatsentbindungsgeheimnis zurückziehe. Bekanntlich hatte die sozialdemokratische und bürgerliche Vertreter diesem Gelehr nicht zugestimmt, so daß Hanisch nach dem Scheitern dieses Protestschreibens, an die sächsische Regierung gerichtete, Unterstützung. In einer Zuschrift an das Kollegium erklärte Hanisch, obwohl er selbst anwesend ist, daß er sein früher geteiltes Mandatsentbindungsgeheimnis zurückziehe. Bekanntlich hatte die sozialdemokratische und bürgerliche Vertreter diesem Gelehr nicht zugestimmt, so daß Hanisch nach dem Scheitern dieses Protestschreibens, an die sächsische Regierung gerichtete, Unterstützung. In einer Zuschrift an das Kollegium erklärte Hanisch, obwohl er selbst anwesend ist, daß er sein früher geteiltes Mandatsentbindungsgeheimnis zurückziehe.

Der Herr Weber (bürgerl.) und als dessen Stellvertreter Zimmermann (SPD) gegen die Stimmen der Kommunisten gewählt. Genosse Dutschke gibt dazu eine sachliche Begründung ab. Unter Eingängen war ein Protestschreiben der Erwerbslosen gegen die Bestimmungen der Erwerbslosenversicherung betr. Wagniszeit, Gegenstand einer längeren Diskussion. Genosse Dutschke präziserte unseren Standpunkt und sprach die Erwartung aus, das Kollegium erkläre sich, obwohl er selbst anwesend ist, daß er sein früher geteiltes Mandatsentbindungsgeheimnis zurückziehe. Bekanntlich hatte die sozialdemokratische und bürgerliche Vertreter diesem Gelehr nicht zugestimmt, so daß Hanisch nach dem Scheitern dieses Protestschreibens, an die sächsische Regierung gerichtete, Unterstützung. In einer Zuschrift an das Kollegium erklärte Hanisch, obwohl er selbst anwesend ist, daß er sein früher geteiltes Mandatsentbindungsgeheimnis zurückziehe.

„Der sterbende Löwe“

(Arbeiterkorrespondenz)

Die erste öffentliche Sitzung der Jischawitzer Gemeindeverordneten war kurz, aber interessant. Vor Eintritt in die Tagesordnung ereignete sich ein kurzer Zwischenfall. Ein Einwohner K. von der Leutnantskollone interpellierte den Bürgermeister Genossen Schreiter, er wolle eine Beschwerde gegen einen Beamten in der Sitzung anbringen. Genosse Schreiter legte schnelle Erledigung dieser Angelegenheit zu.

Als erster Punkt stand die Wahl des Vorstehers und eines Stellvertreters auf der Tagesordnung. Andere Fraktion schlug wieder den bisherigen Vorsteher, Genossen Schulz, vor, welcher auch bei 3 bürgerlichen Stimmhaltungen wiedergewählt wurde. Als Stellvertreter standen die Verordneten Lehner (SPD) und Saupe (bürgerl. Arbeitsgemeinschaft) zur Wahl. Genosse Lehner mit 12 Stimmen gewählt wurde. Unter Mitteilung ist zu erwähnen die eröffnete Einrichtung einer Autohalle bei Schades Restaurant, Ortsteil Sporitz, des Zinnwaldbaus, sowie die zweimalige Postbestellung des Ortsteils Sporitz. Die weiteren Punkte von 3 bis 11 wurden ohne Diskussion einstimmig angenommen. Der letzte Tagesordnungspunkt war der interessanter, und zwar lautete er: Beschlußfassung nach § 72 der Gemeindeordnung zum Antrag des Herrn Gemeindevorsteher Röhme (SPD) auf Wiederwahl. „An der Genosse Röhme erklärte treffend, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, Röhme wiederzuwählen. Es kommt hier nicht nur darauf an, einen verantwortungsvollen Posten besetzt zu haben, sondern man muß mindestens der wertvollsten Bevölkerung Nutzen bringen. Das aber wird bei Herrn Röhme vermisst. Als Vorsitzender vom Bauausschuss hat er es klar bewiesen, daß er nicht dazu imstande ist, was man von ihm verlangt (darüber werden wir später noch zu reden haben). 1922 schuf sich die SPD-Fraktion insofern ihrer Zweidrittelmehrheit diese Position bedenkter Gemeindevorsteher. Wer dagegen arbeiten nicht für Kosten und Wemter und halten die Einrichtung dieser Position für berechtigt. Demzufolge beantragte unsere Fraktion Forderung der Verfassung. Dieser Antrag wurde an den Verwaltungsausschuss verwiesen. Herr Röhme hatte er 1923-1924 anders mit dem Jischawitzer Proletariat umgehen müssen. Lehnt als Antragsteller wüßte nicht viel zu

erwidern. Seine stammelnden Worte waren: „Mehr hat meine Schuldigkeit getan, nun bekommt er den Trist.“ Von den wenigen Worten des Gemeindevorordneten Hindelsen (SPD) ist nichts zu erwahnen, sie sind ohne Belang, denn eine Rede hat der andere kein Auge aus. Gemeindevorordnete Hindelsen, betratete keine Rolle im Schachspiel, dort steht zu genau so im Wege, wie Röhme unter den Jischawitzer Arbeitern. Auf die lächerliche Tragödie mit einem angeblichen Konkurs der Gemeinde erwiderte Gen. Braun richtig, man soll sich doch nicht vom Amtshauptmann verführen lassen. Es wurde sogar vom Verordneten Lehner geäußert, daß dem Röhme kein Adhanten noch eine Rechtsfrage sei, da er in der alten Verfassung gewählt wurde und die halbjährliche Kündigung verpackt worden sei. Somit hat vielleicht Herr Röhme die Aussicht, Lebenslanglich 50 Prozent Gehalt von einer Arbeitergemeinschaft zu entnehmen.

Als letzter wollte sich auch noch Gemeindevorsteher Enge (SPD) bemerkbar machen. Er konnte es nicht überwinden, seinen Freund Scheiden zu leben, trotzdem er selbst wegen seiner wankelmütigen Anschauungen aus dem Kollegium zum Gemeindevorstandsmitglied gewählt wurde. Er „wollte seine Lobhudelei über Röhme singen“, und es wurde dann eine daraus, denn alles „Rühmeiswerte“ wurde zusammengefaßt und geschlossen mit der Fabel: „Der sterbende Löwe bekommt einen Elefantstulptritt.“ Aber beim Genossen Bürgermeister Schreiter wollte es Enge doch nicht ganz verdrängen und ließ gnädigst auf ihm ein Verdienst an der Jischawitzer Populistik übrig. Somit wurde nun Röhme mit 12 Stimmen nicht wiedergewählt.

Unter Mitteilungen ist noch ein Schreiben des Bezirkswohlfahrtsausschusses eingegangen. Scheinbar einmütig mit SPD und Bürgerlichen hat der Bezirkswohlfahrtsausschuss ein Protestschreiben der Jischawitzer Pfleger wegen Forderung der Unterhaltungsgebühren, die für eine große Anzahl statt Erhöhung eine Verminderung der Fürsorgeunterstützung brachte, beantwortet.

Einwohner, Werttätige von Jischawitz! Befucht weiter die öffentlichen Sitzungen so wie das letztmal, und kontrolliert die Politik eurer Vertreter.

Rundfunk

Sonntag den 28. Januar:

- 9 Uhr: Morgenfeier.
- Hans-Bredow-Schule
- 11-11,30 Uhr: Vortragreihe: „Nähe und Weisungen im 18. jählichen Leben und in der Technik.“ 7. Vortrag: Prof. Dr. Karl Bangert von der Königl. Gewerbeakademie zu Chemnitz: „Elektrische Waage II.“
- 11,30-12 Uhr: Vortragreihe: „Der Geist des 19. Jahrhunderts.“ 3. Vortrag: Prof. Dr. Ernst Bergmann von der Leipziger Universität: „Die Lebensform des künstlerischen und wissenschaftlichen Menschen.“
- 12-13 Uhr: Musikalische Stunde.
- 16 Uhr: Nachmittagskonzert.
- 17,45-18,15 Uhr: Funkhoch. Schachmeister K. K. Klümlich: „Das Echo als Idee im Schachproblem.“
- Hans-Bredow-Schule
- 18,15-18,45 Uhr: Vortragreihe: „Vorzellan.“ 2. Vortrag: Prof. Dr. Max Adolf Pfeiffer, Generaldirektor der Porzellanmanufaktur Reichen: „Die Porzellanindustrie der Welt.“
- 18,45-19,15 Uhr: Direktor Julius Witte: „Probleme des Sports.“
- 19,30 Uhr: Hörspiel: Zwei Rand Schlüssel.
- 21-22 Uhr: Deutsche Volkslieder.
- 22 Uhr: Sportfunk.
- 22,30-00,30 Uhr: Tanzmusik.

Das ist sie

Deutschemeister

Die überaus glänzend bewertete Qualitäts-Cigarette. Sie steht hoch in der Gunst der Raucher, denn sie hat Vorzüge wie keine andere!

leicht und mild

Deutschemeister 4s

Die proletarische Jugend im Kampf um Brot und Freiheit

„Lehrlingsschule“ in der Univerfelle (Jungarbeiter-Korrespondenz)

Die Firma hat mit dem Beginn des neuen Jahres eine „Lehrlingsschule“ eingerichtet, die während der Arbeitszeit stattfindet. Am Sonntag den 7. Januar wurden alle bis vierjährigen Lehrlinge aufgerufen und sollten von 12 bis 8 Uhr am Unterricht teilnehmen. Wie dieser Unterricht aussieht, davon ein kleines Beispiel.

Nur so man die gesamten Unfallverhütungsvorschriften. Die Betriebsleitung glaubt wahrscheinlich, daß dadurch die Unfälle verhindert werden können. Nachdem dies geschehen war, machte sich die Betriebsleitung einzelne Lehrlinge vor und jagte sie durch den Kalas. Bei dem Lehrling H. hatte man einen Brief für die „Kote Reue“ des KJB auf dem Platz gefunden, in dem der Lehrling (Mitglied des Lehrlingsausschusses) wurde beschuldigt, den Artikel: „Hautschneide“ geschrieben zu haben. So wurden also den Lehrlingen ihre Sünden verlesen. Während man beim Namensaufruf sich in einem Kalernhof versammelt glaubte, wachte man sich bei der Sündenbekanntgabe in der katholischen Ohrenbelichte.

Bekanntgegeben wurde noch, daß sich alle Lehrlinge zur Gefellenprüfung melden sollen. Die Prüfungsgebühr vor der Gewerbesteuern beträgt 18 Mark. Da sich aber sehr wenig Lehrlinge gemeldet haben, wahrscheinlich weil sie mit ihrem mütterlichen „Lohn“ die 18 Mark nicht bezahlen können, ist die Firma so großzügig, 8 Mark Zuschuß zu geben. Nicht nur daß die Lehrlinge den Profit der Firma während ihrer vierjährigen Lehrzeit vergrößern helfen, sie sollen auch noch 18 Mark bezahlen für eine Gefellenprüfung. Welt aber die Firma „sozial“ empfindet, gewährt sie gütlich von dem aus den Knochen der Lehrlinge herausgeschundenen Profit 8 Mark Zuschuß! Wie dieses soziale Empfinden der Firma in Wirklichkeit aussieht, wird dadurch charakterisiert, daß die Lehrlinge, wenn ihre Lehre beendet ist, aufs Straßenpflaster fliegen sollen!

In der Schmiede muß ein dreijähriger Lehrling den „Arbeitspompel“ abgeben. Er muß vom Hirtosen die Arbeit mit einer Karte befristet. Und mittags — muß er den Hund füttern! Das sind wahrscheinlich alles Arbeiten, die ein Lehrling lernen muß, damit er ein qualifizierter Arbeiter wird. Wir raten der Firma, bei der Gewerbesteuern zu beantragen, daß auch über diese Arbeiten eine „Gefellenprüfung“ angelegt werden muß. Alle Kenntnisse der Unfallverhütungsvorschriften kann nicht verhindern, daß Unfälle eintreten, wenn ein vierjähriges Anreibe- und Heftstern auch unter den Lehrlingen verstreut. Die Lehrlinge bekommen Leistungsurlagen bis zu 70 Prozent, und so ist es ganz klar, daß sie durch die schlechte Entlohnung gezwungen, mühen werden. Die Lehrlinge müssen erkennen, daß dies ein falscher Weg ist. Sie müssen verlangen, daß ihr Stundenlohn erhöht wird. Verlangt vom DMB, daß beim Ablauf des Tarifes am 1. März 1928 die Löhne der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter erhöht werden. — Am Dienstag den 21. Januar ereignete sich folgender Unfall: ein Lehrling stieg sich beim Tragen eines Zinners weg, er mußte ins Krankenhaus übergeführt werden. Wer ist der Verantwortliche für diesen Unfall?

Lehrlinge in der Univerfelle! Verlangt, daß endlich einmal eine Jugendbetriebsversammlung stattfindet, wo zu all diesen berechtigten Stellen genommen wird. Kämpft gemeinsam mit dem kommunistischen Jugendverband gegen das Anreibe- und Heftstern, für Lehrlingsschutz. Seht nach Sowjetrußland! Dort ist der jugendliche Arbeiter und Lehrling kein Ausbeutungsschiff, sondern die Arbeitertafel hat die Herrschaft in den Händen.

Jugendliche Arbeiterinnen schufen im Afford bei Geidel & Raumann (Jungarbeiter-Korrespondenz)

Von der Knochenmühle S. u. N. ist schon oft berichtet worden. Die Ausbeutung der Jugendlichen nahm mit der Nationalisierung immer fröhlicher Formen an. Heute müssen selbst Mädel, die noch nicht 16 Jahre alt sind, im Afford schuften. Man hat etwas verdienen wollen. Beispielsweise in einer Abteilung, wo jugendliche Arbeiterinnen die Fahrräder sentrierten. Sie bekommen pro Rad 11,5 Pf. Bei einer 1000-er Produktion teilt sich ein Zuschlag von 50 Pf. hinzu. Es herrscht eine ungläubliche Hegebarbeit. Man darf sich bei der Arbeit fast nicht umdrehen, man hat kaum Zeit zum Ausruhen, wenn man überhaupt manchmal auf 15 Min. kommen will. Da die Schichtzeit während der Arbeitszeit stattfindet, büßen die Jugendlichen pro Woche fünf 8 Arbeitsstunden ein, die sie von der Firma nicht bezahlt bekommen.

Weiter wird die Einführung des Kolonnen-Affords geplant. Hier tritt wiederum eine Verschlechterung für die jugendlichen Arbeiterinnen ein. Im Kolonnenafford sollen pro Tag 28 Mädel sentriert werden, eine jugendliche Arbeiterin erhält aber nur 30 Pf. bezahlt. Sie ist aber im Kolonnenafford gezwungen, 28 Stück zu arbeiten, damit die übrigen Kolonnenmitglieder nicht darunter leiden. Das ist bewußt von den Unternehmern so angelegt worden, um die jugendlichen Arbeiter in Gegensatz zu den Erwachsenen zu bringen.

Die jugendlichen Arbeiterinnen müssen von ihrem Verband verlangen, daß der Afford für Jugendliche beseitigt wird und dafür menschenwürdige Löhne gezahlt werden. Auch die erwachsenen Arbeiter sollten einsehen, daß die Jugendlichen ihre Klassenbrüder sind, sie sollten sich für ihre Forderungen einsetzen. Die jugendlichen Arbeiter müssen sich eigene Vertrauensleute wählen, die gemeinsam mit den Vertrauensleuten der Erwachsenen kämpfen, wie dies schon in einigen Betrieben verwirklicht ist. Zwingt den Verband dazu, daß er jetzt endlich die Wahl vornimmt.

Erscheint zu dem Lichtbildervortrag über „Die wertvolle Jugend in der Sowjetunion“, der am Mittwoch den 8. Februar, 16 Uhr, im Bellevue, Walthertstraße, stattfindet.

Sozialdemokratischer Betriebsrat ohrfeigt Lehrlinge! (Jungarbeiter-Korrespondenz)

Am 7. Januar wurde der Jungarbeiter Herbert T. im „Kloster Dresden-N.“ von dem Betriebsratsvorsitzenden Schmidt ohrfeigt. Lediglich deshalb, weil T. sich beim DMB abmü-

dete und in den Transportarbeiterverband übertreten wollte. In einem Schreiben an den Metallarbeiterverband hatte T. über die Behandlung seitens Schmidt Beschwerde geführt und mit der unsozialen Behandlung seinen Abtritt begründet. Von der Ortsverwaltung wurden Schmidt Vorhaltungen gemacht über sein Verhalten. Wer nun etwa glaubte, daß der „Arbeitervertreter“ Schmidt Lehre annehmen und sein Verhalten ändern würde, der ist im Irrtum. Die jungen Arbeiter müssen sich gegen diese Prügelstrafe zur Wehr setzen. Im Betrieb Jugends-Vertrauensleute wählen, die die Interessen der jugendlichen Arbeiter energisch vertreten. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter des Hilfswerkes ihren Preislohn zum Teufel lassen und zur Betriebsratswahl ehrliche Arbeitervertreter wählen werden, die auch die Interessen der Lehrlinge nicht mit Füßen treten!



Denen, die noch ableits stehen

Tritt in die Reihe'n und laß' Schritt,
Genosse mein, und kämpfe mit!
Du bist Prolet so gut wie ich,
Dum, eh's zu spät, ermanne dich!
Und zwelle nicht an unrer Macht,
Unser Wille bricht die Niedertracht.
Der roten Fah'n halt fest die Treu.
Zusammen Rahn macht alles frei!

Wer hilft der arbeitenden Jugend?

Die Jugendfragen im Sächsischen Landtag

Im Haushaltsauschuss A fanden am Mittwoch den 25. Januar Anträge zur Beratung, die sich auf Fragen des jugendlichen Lebens bezogen. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der vom Abgeordneten Döbberl begründet wurde, enthielt im wesentlichen die Forderungen der KJ und bedeutet in der Praxis eine Anlehnung an die Forderungen des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände, die gegenwärtig in Leipzig eine Ausstellung „Das junge Deutschland“ veranstalten. Die Ausführungen des Abgeordneten Döbberl waren ein vollkommenes Solitärstücken mit den Forderungen der nationalen jugendlichen Jugendverbände. Der Antrag der kommunistischen Fraktion, der vom Genossen Köhler begründet wurde, verlangt ganz konkret die Erleichterung der Fragen, die im Interesse der proletarischen Jugendbewegung liegen. Er hat folgenden Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung zu fordern:

1. die tägliche Arbeitszeit für das Alter von 14 bis 18 Jahren wird auf 6 Stunden und über 18 Jahren auf 8 Stunden festgelegt, der Arbeitsschluß am Sonnabenden und Tagen vor Feiertagen auf 12 Uhr mittags;
2. den Jugendlichen im Alter von 14 bis 16 Jahren ist ein obligatorischer Erholungsurlaub von 4 Wochen zu gewähren, den Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren ein obligatorischer Erholungsurlaub von 3 Wochen;
3. für die erholungsbedürftige Jugend im Alter von 14 bis 16 Jahren sind Land- und Seebäder sowie Jugenderholungsheime, die in Verbindung mit Ländern, Bezirksverbänden und Gemeinden zu errichten bzw. auszubauen sind, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen;
4. für alle außerhalb des Elternhauses wohnenden oder bei den Eltern gesundheitlich untergebrachten Jugendlichen sind Lehringsschulen zu errichten;
5. Alle Gesetze und Verordnungen aufzuheben, die die politische Bewegungsfreiheit der Jugend einschränken.

Neben diesen Anträgen stehen die programmatischen Forderungen der kommunistischen Fraktion im Rechtsausschuss zur Beratung.

Der Vertreter der Regierung betonte, daß ein geistlicher Ausbau der Jugendferien notwendig sei. Die Regierung wurde beauftragt, statisches Material über den Umfang des in den Staatsbetrieben durchgeführten Jugendschulens, sowie über die Fragen der Ferien dem Ausschuss vorzulegen. Der Regierungsvertreter erklärte, daß dieses Material in spätestens einer Woche dem Ausschuss zugänglich gemacht werden könne. Hierauf wurde die Weiterberatung gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten vertagt.

Die proletarische Jugend und ihre Organisationen werden mit den Kommunisten auf das Entschiedenste gegen die Ver-

Kühnel genehmigt Heimdienst-Filme — Ruhlandvorträge werden verboten!

Daß sich Kühnel (angeblich „Hinter“ Sozialdemokrat) immer mehr als Sozialfahst empuppt, zeigt sein neues Glasstück, das er sich in der KJZ Striesen ließte. Die KJZ Gruppe verlangte in ihrem Monatsprogramm, das einstimmig beschlossen war, am 10. November 1927 ein Referat über den KJZ-Kongress in Paris, und am 18. Januar einen Lichtbildervortrag über die wertvolle Jugend in der Sowjetunion. Beide Vorträge wurden vom Kartell (Sekretär Kühnel) ohne schriftliche Begründung abgelehnt. Angeblich bekommt Kohl, Kühnel für das Thema KJZ-Kongress keine Referenten, da das Protokoll noch nicht herausgegeben ist! Das demonstriert am besten die Selbstgröße derartiger „Jugendführer“, daß sie angeblich nicht einmal imstande sind, über ein gesellschaftliches Thema einen Vortrag zu halten.

Den Lichtbildervortrag über die Jugend der Sowjetunion lehnte der Sekretär Kühnel kurz vor dem Beginn der Verhandlung ab. Er verweigerte auf diesbezügliche Anfragen die Antwort. Während anderer Organisationen, wie z. B. der KJZ Striesen (Jugendabteilung), die Schwimmerabend Groß-Dresden, diesen Vortrag stattfinden lassen und nach dem Urteil der Jugendlichen diese Bilder sehr gut ansprechen, bringen sie etwas nur die reformistischen Gewerkschafts-Jugendführer fertig! Auf der einen Seite Referenten wie Pawlowitsch, der sich rühmt, an der Niederlegung des Spartakus-Aufstandes beteiligt gewesen zu sein, auf der anderen Seite Verbot der Lichtbildervorträge über Ruhland. Das zeigt am besten, daß die „Hinter“ heimlichen Gewerkschaftsführer genau so sind, wie die Reformer, die so auch Jugendgruppen auflösen, weil sie gegen den Faschismus kämpfen wollen.

Die KJZ-Verammlung Striesen beschloß folgende Resolution, die von allen anwesenden Kollegen (KJZ, Parteileute, KJ) einstimmig angenommen wurde:

Resolution

Die KJZ Dresden, 4. Bezirk (Striesen) protestiert energisch dagegen, daß der Jugendsekretär Kühnel den Lichtbildervortrag: „Aus dem Leben und Lernen der russischen Jugend“, ferner auch das Referat über den KJZ-Kongress in Paris 1927 ohne jede Begründung abgelehnt hat. Wir stellen fest, daß der Jugendsekretär Kühnel andere Lichtbildervorträge, die nationale Propagandamittel sind, in den Heimabenden der KJZ vorkommen läßt (z. B. Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet). Es ist ein trauriges Zeichen, wenn man Vorträge, die einen bestimmten Wert besitzen, einfach ablehnt. Seitere und Unterhaltungsabende werden dagegen gern ausgeführt. Wir fordern, daß das Thema in nächsten Heimabend bestimmt behandelt wird. KJZ Dresden, 4. Bezirk (Striesen).

Alle KJZ-Gruppen Dresdens müssen jetzt verlangen, daß auch in ihrem Heimabend der russische Lichtbildervortrag gehalten wird, damit der Jugendsekretär Kühnel fest, wie die proletarische Jugend denkt. Im übrigen ist diese Haltung Kühnels ein typisches Beispiel, wie Kühnel die Demokratie in proletarischen Organisationen auffaßt!

wahrung ihrer wahren Forderungen durch die deutsche Kampagne der bürgerlichen Verbände und ihrer Ausstellung anzukämpfen. Die proletarische Jugend weiß, daß nicht die Gnade der Besitzenden und ihres Staates, sondern entschlossener Klassenkampf in einer Front mit der erwachsenen Arbeiterschaft ihrem Recht auf Licht und Freiheit Geltung verschafft wird.

„Der Fragebogen“

Es spult im Kopf einer Lehrerin (3. Mädchenberufsschule IIIc) und gibt Auskunft über verschiedene Bedingungen der Lebensverhältnisse der Schülerinnen. Wohnungsverhältnisse, Verdienst usw. möchte der Rat zu Dresden, der diesen Fragebogen herausgegeben hat, genau bestritten haben. Andere Lehrerin erließ zu ihrem Erschrecken aus den Antworten, daß einige Schülerinnen (Mitglieder der KJZ) sich in ihrer Jugendgruppe über jegliche Fragen unterhalten hatten. Eine außerordentlich nam wirkende Enttarnung der Lehrerin wird bald einer jugendlichen, nach manchen Ausstragerei: z. B. ob denn auch Wünsche an der Aussprache teilgenommen hätten? Wir empfehlen der Lehrerin, sich in Dr. Max Hobeus Buch „Geldsack und Liebe“ über diese speziellen Fragen zu informieren und — wo daraus gewonnenen Eindrücke ihren Schülerinnen mitzuteilen. Aber: aus diesem Rat der Kommunisten wird sich die geübte Lehrerin nicht viel machen, denn sie bezeichnet die Kommunisten als „wenig gebildete“ Leute, die im Stadteroberungsprogramm mit „Intensivkaffern kameien“. Niemand solle sich von den Kommunisten fätern lassen. Doch diese Lehrerin ihre Schülerinnen als dumme Regen bezeichnet und ihnen Oberlippen anbieten soll, ist nicht weiter verwunderlich. Wir erinnern sie an Kniege; er gibt über mangelnde Fragen Kaffstuck und ist für eine bürgerliche Lehrerin „gezeichnetes“ Studienobjekt. Bitte!

Die Ergebnisse für diese Fragebogen-Austragerei sollen angeblich in einer Statistik verwendet werden. Das steht bald so aus, als ob der Rat zu Dresden sich ernsthaft um das Wohl der Schüler und Schülerinnen der Dresdner Berufsschulen kümmern wollte. Unserer Meinung nach hat er dazu die beste Gelegenheit, wenn er u. a. die kostenlose Gewährung von Lehr- und Lernmitteln beschließt, denn das würde den Berufsschülern mehr nützen, als die ewige Fragebogen-Austragerei.

Die Berufsschüler werden aber nicht erst warten, bis sich der reaktionäre Bürgerblock-Rat dazu bequemt, sondern sie werden um diese Forderungen kämpfen müssen — gemeinsam mit dem kommunistischen Jugendverband. In jeder Klasse, in jeder Schule müssen die Schüler die Wahl von Schülerräten durchführen. (Jungarbeiterinnen-Korrespondenz)

1.650.000 Rubel für Unterstützung jugendlicher
Die Zentralverwaltung für Sozialversicherung bewilligt
1.650.000 Rubel für Unterstützung arbeitsloser jugendlicher.

BLUMEN FÜR FREUD u. LEID G. GÖHLICHS

Zigarren, Zigaretten, Tabake Billy Krause

Musik- und Tabakwaren GEORG HIPPE

Konditorei Paul Israel, Hauptstraße 60

Spezialhaus für Herrenmoden

Fleischerei J. Purschwitz, Hauptstraße

LEBENSMITTEL Schackert, Hauptstr.

Dampfbackerei Max Schreiber, Mühlstraße 18

METROPOL- LICHTSPIELE

Kaufhaus Wernicke

Lebensmittel Elsa Klemann, Schillerstraße 34

Hotel Deutsches Haus

KOTZSCHENBRODA Konzert- und Ballhaus

Sporthaus Erich Brandl

Schuhhaus Paul Jutz

S. Schöckert, Bahnhofstraße 8a

L. Köstlich Nachf.

Rieder-Winkler

Kaiserbrauerei u. Wanderheim

Paul Naumann

COSWIG Julius Papprik, Karolastraße 1

MAXLEUPOLD, Kolonialwaren

Guldo Wippler, Hauptstraße 1

Bierhandlung Neu-Coswig

RADEBURG Carl Schaefer, Großenhainer Str. 62

Gasthaus und Fleischerei

Alle Möbel- und Bauteilarbeiten

Markt-Drogerie / Bruno Berg Nachf.

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Paul Klotzschke

Spezial-Puhgeschäft

KAUFHAUS VOSS

Mechan. Schuhreparaturanstalt

Kolonialwaren / Grünwaren

Schokoladen und Süßwaren

Alfred Oelschlägel, Hauptstraße 34

Musikhaus A. W. Wernicke

FLEISCHEREI SCHIFFNER

Brot- und Weißbäckerei

Brot- und Weißbäckerei

Brot- und Feinbäckerei

KADEBERG Textil-Wagner

UHREN, GOLDWAREN, OPTIK

Konfektionshaus

Bubikopf

Kohlen Landesprodukte

Fahrräder, Nähmaschinen

Möbel- u. Lino'eumhaus

Lebensmittel

Elektro-Licht

Bierhandlung

Kolonialwaren

RADEBEUL E. Röder

Kurt Hode

Albert Klunker

J. Dieberichs

Carl Friedrich & Co.

PROHLIS Marie Röhrer

HELLERAU RÄHNITZ LINDENGARTEN

Albert Schmiedgen

WILSCHDORF Paul Lehnert

Schuhhaus Baum

Herren- und Damen- u. Kinderbekleidung

Herren- und Damengarderobe

Fleischerer

Schuhhaus

Drogerie / Drogerie

Felzwaren, Hüte, Mützen

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Radeberger Fischhalle

Herren- und Damenfrisur

Möbelhaus und Werkstätte

Warenhaus Trebbin

Eisenhandlung

Nähmaschinen- und Fahrradhaus

Photokamera

Schuhhaus Winkler

Teleskopen und Bildwaren

Drogen und Farben

Herren- und Damenfrisur

Herren- und Damenfrisur

Fahrräder, Kraftfahrzeuge

Erste Radeberger Markthalle

Schuhzentrale Radeberg

Wir empfehlen Euch Goldstern cigarette 4 Pf. Cigarettenfabrik „Türkenperle“, Dresden-N.

MEIßNER Fleisch- und Wurstwaren

Alpina-Uhren

Radio-Apparate

Drogen- und Farbenhandlung

Kolonialwaren, Spirituosen

Schuhhaus Gebr. Kunze

BRUNO KEMPE

Musikapparate

Fahrrad-Göthe

Messow & Waldschmidt Nchl.

Optiker Wagner

Walter Richter

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe

Trinkt Meißner Felsenkeller

Fleisch- und Wurstwaren

Fluß- u. Seefisch-Spez. Geschäft

Emil Behmann

Fleisch- und Wurstwaren

F. W. Bier

RADEBEUL E. Röder

Kurt Hode

Albert Klunker

J. Dieberichs

Carl Friedrich & Co.

PROHLIS Marie Röhrer

HELLERAU RÄHNITZ LINDENGARTEN

DRESDEN REICH Uhren, Goldwaren

Wäsche, Textilwaren

Elekt. Anlagen

Kaufhaus Reich

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Gasthof Reich

Kolonialwaren

Feinkost- Kolonialwaren

Reiser Drogerie

KOLONIALWAREN

KAMENZ H. Köstlich

KURT BENAD

Trinkt Bier der Kamenzer Brauerei

DRESDEN-FRIEDRICHST. Konditorei und Bäckerei

Otto Lecker

DRESDEN-COTTA Schusterhaus

Restaurant zur Schanze

Friseur Kühn

Marie Fleck

Uhren, Goldwaren, Optik

Zigarrenhaus

Schuhreparatur

Fabrikation

Schuhhaus Rujau

Drogen, Farben, Kolonialwaren

DRESDEN-KADITZ Karl Rodschinka

Rußlandbericht im Sport- carrié Graun-Becken

Am 11. Januar 1928 berichtete Gen. Hofmann (SPD) über seine Erlebnisse und Eindrücke in Sowjetrußland. Anwesend waren rund 100 Personen, darunter einige Sozialdemokraten. Gen. Hofmann schilderte eingehend seine Ausführungen über die politischen und den Stand der Arbeiterdelegationen in Moskau, wo die Delegation zusammengefaßt wurde und durch die Hände eines (sowjetischen) Agenten, fanden zur selben Zeit die Bürgerbewegungen statt, dort wurde festgestellt, daß die bekannte kommunistische Propaganda „Kommunistische Arbeiterbewegung“ von der SPD als Wahlpropaganda verteilt wurde. Bei der Arbeit haben in Domburg gewaltige Kundgebungen stattgefunden. Auf dem Dampfer „Sowjet“, der die Delegation nach Rußland brachte, ist bereits auf der Fahrt durch den Ostsee über dem Meeresspiegel, daß der Volkspartei mit den Gewerkschaften beizutreten haben, den Lebensbedingungen einführen. In Leningrad angekommen, ist die Delegation schon großer Verehrung und stromenden Regens von einigen tausend Arbeitern empfangen worden. Gen. Hofmann betonte, daß die Delegation volle Parteifreiheit hatte und in mehreren Gruppen verschiedene verschiedene Rußlands besuchte.

Die Gesundheitsdelegation hat 293 Betriebe besichtigt. Einer der größten Betriebe ist das Kuzinow-Werk in Leningrad mit einer Belegschaft von 12.000 Arbeitern. Jeder Betrieb hat eine Betriebsrat, Arbeiterparlament und sanitären Einrichtungen, die vorbildlich sind. Die Arbeiter haben größtenteils ehemalige Schlösser des Adels. Jeder Arbeiter bekommt 2-4 Wochen Urlaub unter Weiterzahlung seines Lohnes. Die sozialen Einrichtungen sind gut ausgebaut, wird ein Arbeiter krank, bekommt er bis zu 6 Monaten seinen vollen Lohn, bei Invalidität seines Lohnes. Die Sozialisten, die in Deutschland von den Arbeitern um größten Teil selbst aufgebracht werden müssen, verhalten sich in Rußland der Betrieb. Die Gewerkschaften haben weitestgehend Mitbestimmungsrecht, und jede Gewerkschaft hat ein Schulhaus. In Leningrad ist für die Metallarbeiter v. B. eine Schule zum eingerichtet worden. Jeder Betrieb hat einen roten Direktor (Kommunist), der einen Gehalt von 225 Rubel hat. Der Technische Direktor (meist parteilose „Spezialist“) hat einen Gehalt von 300-500 Rubel. In einer Textilfabrik (Belegschaft 20.000) bekommen die Arbeiter neben ihrem Lohn noch Wohnungsgeld.

In gesundheitsgefährlichen Betrieben beträgt die Arbeitszeit 6 Stunden, dort gibt es besondere Zuschüsse in Form von Lebensmitteln, Milch usw. Die Miete wird in Rußland nach dem Einkommen berechnet. Zur Zeit besteht Wohnungsnot. Der Staat hat große Mittel bereitgestellt, um Wohnungen zu bauen. Jeder größere Betrieb hat seine eigene Sportanlage. Der Sport wird von der Regierung mit allen Mitteln gefördert. Einige Genossen der Delegation bekamen aus der Heimat die sozialdemokratische Premier Postkarte, in der berichtet wurde, daß in Rußland Lebensmittelmangel stattgefunden hätte; dies berichtete Gen. Hofmann als Verleumdung. Gen. Hofmann berichtete weiter über die Ukraine, wo die Delegation in Charkow einige Zeit Aufenthalt hatte. Die Delegation hat sich dort bei der Regierung angemeldet und eine Unterredung mit Gen. Hofmann über die Einfachheit und Schönheit der Volkswirtschaften hervor und zieht dabei einen Vergleich mit Deutschland. Die Unterredung in der Ukraine hat als Schüler 60 Prozent Arbeiter, die auf Kosten des Staates studieren und sogar ihren Lohn weiter bekommen. Die Landwirtschaft ist mit neuesten Maschinen von der Regierung versehen worden. Gen. Hofmann kommt auf die Verhältnisse im Donbass zu sprechen. Die Schulen haben sich in den letzten Jahren stark vermehrt. Das Alphabetentum ist zurückgegangen. 1913 betrug dasselbe 21 Prozent, 1926-27 128 Prozent. Ein Arbeitsstand und Schmerzenskind für die Regierung sind die durch Krieg und ausländische Invasionen verwaisten Kinder, die v. B. in Kostom a. d. Don zu leben waren. Die Regierung tut viel, um den Arbeitsstand zu beleben, es bestehen Pläne, die vorzüglich eingerichtet sind. Von Kaja, den Delfiden Rußlands, die von der Delegation besichtigt wurden, gibt Gen. Hofmann einige Zahlen über den Verdienst der Arbeiter bekannt. Unter dem zaristischen Regime bekamen die Arbeiter

bei einer zwölfstündigen Arbeitszeit 18-28 Rubel, heute bei einer 6-8stündigen Arbeitszeit 85 Rubel. Die Löhne liegen überall höher als in der Postkriegszeit. Steuern bezahlen die Arbeiter nicht. Kleinsten, gewöhnlichen Großbauern usw. müssen Steuern entrichten. Auf der Rückreise nach Moskau über Tula sind dort einige Betriebe besichtigt worden, v. B. die Gewerkschaft und Samowarfabrik in Tula, wo die gleichen Verhältnisse angetroffen wurden. In Moskau hat die Delegation an der Feier der zehnjährigen russischen Revolution teilgenommen, eine gewaltige Demonstration, die allen unerschrocken blieb. Das Verhältnis der roten Armee und Polizei zur Bevölkerung ist ein genossenschaftliches. Nachdem Gen. Hofmann nochmals feststellt, daß die Macht in Rußland in den Händen der Arbeiter liegt, schließt er seine Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, Rußland gegen den drohenden imperialistischen Krieg mit allen Mitteln zu verteidigen. Die ausgesetzten Broschüren („Einheit“, „Offener Brief“ und „Der Fall Preuß“) fanden guten Abzug. Nachdem Gen. Hofmann einige Fragen der Anwesenden zur allgemeinen Zufriedenheit beantwortet hatte, schloß der Vorsitzende die interessante Berichterstattung.

Im Zugzug

In diesem Akt gibt sich alles die größte Mühe dem Kinobesucher etwas Erheiterendes zu bieten. In den ersten Szenen wird sogar der vorläufige Versuch unternommen, Monarchen und republikanische Präsidenten — ihre „ruhmvollen“ Abdankung unter Mitnahme der Staatskasse — zu glorifizieren. Gegen das „Gill“ der getränkten und ungetränkten Häuser und ihre vor-mittageliche Hilfe anprobierenden Damen wird mancher Heißdabei abgehöhnt. Kostlich die Szene, welche die Heberreichung eines Ehrenabends an den „Inoperen“ Großrußlands schildert. Dieser rettete das Leben von 1000 Matrosen, indem er — mit Waite verstopften Ohren und „voller Mut“ in der gepanzerten Kofe stehend — den Befehl zum Hochziehen der weissen Fahne gab.

Dieser gut charakterisierte Zettel ist eine der besten Figuren in der Geschichte, die — man kann sagen: leider wie immer einen stillen Schlag findet, von dem allerdings Monarchisten und andere sich immer „auf dem Boden der Tatsachen bewegen“ Republikaner gleichermaßen betroffen sind. Vorher ein Tierfilm, der verschiedene Arten von Jagdhunden zeigt und den verschiedenen Namen „Golden Retriever“ trägt.

Von einer Kratze geißelt ungerissen wurde am Freitag auf der Schalerstraße ein Kaufmann. Mit schweren Verletzungen wurde er dem Krankenhaus zugeführt. Während dem Heber wurde er dem Krankenplatz einmal eine Frau vor einem herannahenden Kraftwagen und kam dabei so unglücklich zu Fall, daß sie dabei das Bein brach.

Wochenplan der Volksbühne

Opernhaus
Sonntag 29.1. Die Nacht des Schicksals — Montag 30.1. Undine Nr. 3274-3279. Dienstag 31.1. Salome 1909-5035 und Mittwoch 1.2. Stille Nacht, heilige Nacht, Der Zauberflut Nr. 3393-3472. Donnerstag 2.2. Die Meistersinger — Freitag 3.2. Sinfonie-Konzert — Sonnabend 4.2. — Sonntag 5.2. Die Bohème — Montag 6.2. Der Evangelist Nr. 3473 bis 3553.

Schauspielhaus
Sonntag 29.1. Ein idealer Gatte Nr. 3153-3252. Montag 30.1. Der Mann — Dienstag 31.1. Amphitruon — Mittwoch 1.2. Hamlet 3253-3322. Donnerstag 2.2. Der letzte Ritter. 1.2. Bestvorstellung. 3223-3272. Freitag 3.2. Zwölfstündig bis 3842. Sonnabend 4.2. Pover — Samstag 5.2. 3843-3873. Sonntag 5.2. Zwölfstündig 3871-3953. Montag 6.2. Rufe Bernd.

Hilbert-Theater
Sonntag 29.1. Die Welt von der Pfalz Nr. 1591-1710. Montag 30.1. Der Heger 1711-1800. Dienstag 31.1. Die Welt von der Pfalz 1801-1900. Mittwoch 1.2. Der Heger 1901-2100. Donnerstag 2.2. Die Welt von der Pfalz 2101-2220. Freitag 3.2. — Sonnabend 4.2. Die Welt u. Perlmutter 2221-2340. Sonntag 5.2. Die Welt u. Perlmutter 2341-2460. Montag 6.2. Die Welt von der Pfalz 2461-2540.

Die Komödie		Abonnem.	RS.
Montag 30.1. 7.45. Der Geisterzug	A 3	6211-6270	
Dienstag 31.1. 7.45. Der Geisterzug	B 3	4211-4270	
Mittwoch 1.2. 3.30. Weihnachtsmärchen Der blinde Großchen	C 3	1271-1330	
7.45. Der Geisterzug	D 3	4321-4370	
Donnerstag 2.2. 7.45. Der Geisterzug	E 3	4371-4420	
Freitag 3.2. 7.15. Schaufführung Kula			
Sonnabend 4.2. 3.30. Weihnachtsmärchen Der blinde Großchen			1121-1180
* 7.45. Kula			
Sonntag 5.2. 3.30. Weihnachtsmärchen Der blinde Großchen			1461-1520
* 7.45. Der Geisterzug	A 4	1501-1560	
Montag 6.2. 7.45. Der Geisterzug			

Verlangen Sie überall

die hochqualifizierten
YRAMOS-ZIGARETTEN
Gräfin Stassy 5 Pf.
Audi-Superb 6 Pf.
LEWIN, FREIBERGER STRASSE

Bäckerei Badelt
Schanbauert Str. 79 / empfiehlt
frische Backwaren
Kaffee

Dampfbäckerei mit elektr. Betrieb
ff. Frühstücksgedäck.
Otto Hering, Dresden-N.
Lößnitzstraße 13 / Fernsprecher 54137

Kanarienhähne
zur Gänger. 3 202.
ein Leiterwagen
3 Jahre lang, verkauft
Arno Fischer, Dresden-Deuben
Bismarck Landstraße 135L

Bettfedern-Reinigung mit elektr. Betrieb (hygienisch)
Marie Steiner
Meißen, Ploßentweg 2

Ernst Badofen
Buchdruckerei / Buchbinderei
Remise-Vermeberg

An- und Verkauf von Gegenständen aller Art
Neue und gebrauchte Möbel
Polsterwaren aller Art
Kleidungsstücke und Schuhwaren
auch auf Teilzahlung, billigt bei
Frieda Wenzel / Bautzen
Töpferstraße 11

Feinste Fleisch- und Wurstwaren
Richard Rood
Fleischermeister, Döberitz

Ein jeder
Geschäftsinhaber, der seinen Kundenkreis erweitern will,
inseriert
in der Zeitung der werklahgen Bevölkerung Ostsachsens,
in der Arbeiterstimme

Unser Gaijon-Ausverkauf

wird am 28. Januar geschlossen

Um jedoch denjenigen Mitgliedern, denen erst am Monatsende das Gehalt ausgezahlt wird, die Entnahme von Textilwaren, Schuhwaren und Hausrat zu besonders günstigen Bedingungen zu ermöglichen, gewähren wir ausnahmsweise auch auf den Wert der in der Zeit vom 30. Januar bis einschließlich 1. Februar 1928 aus den Sonderverteilungsstellen und den für den Ausverkauf vorgesehenen Gemischtwaren-Verteilungsstellen entnommenen Textilwaren, Schuhwaren und Hausrat die

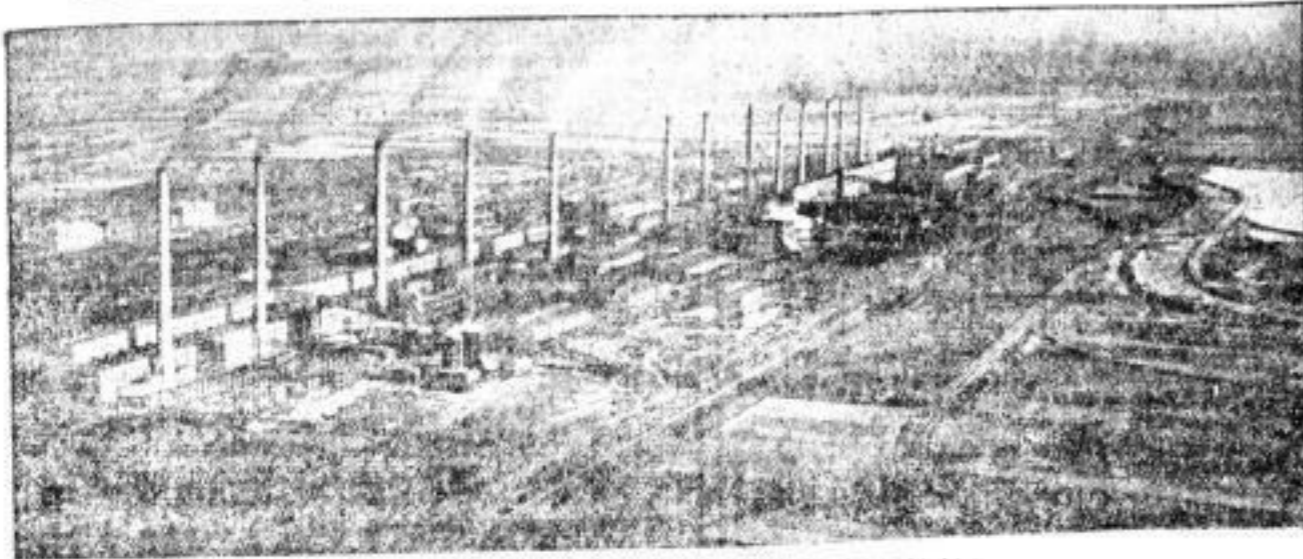
doppelte Rückvergütung

Die Warenabgabe erfolgt nur an Mitglieder. Jeder Verbraucher kann Mitglied werden. / Eintritt 50 Pf. Anmeldungen werden in allen Verteilungsstellen entgegengenommen.

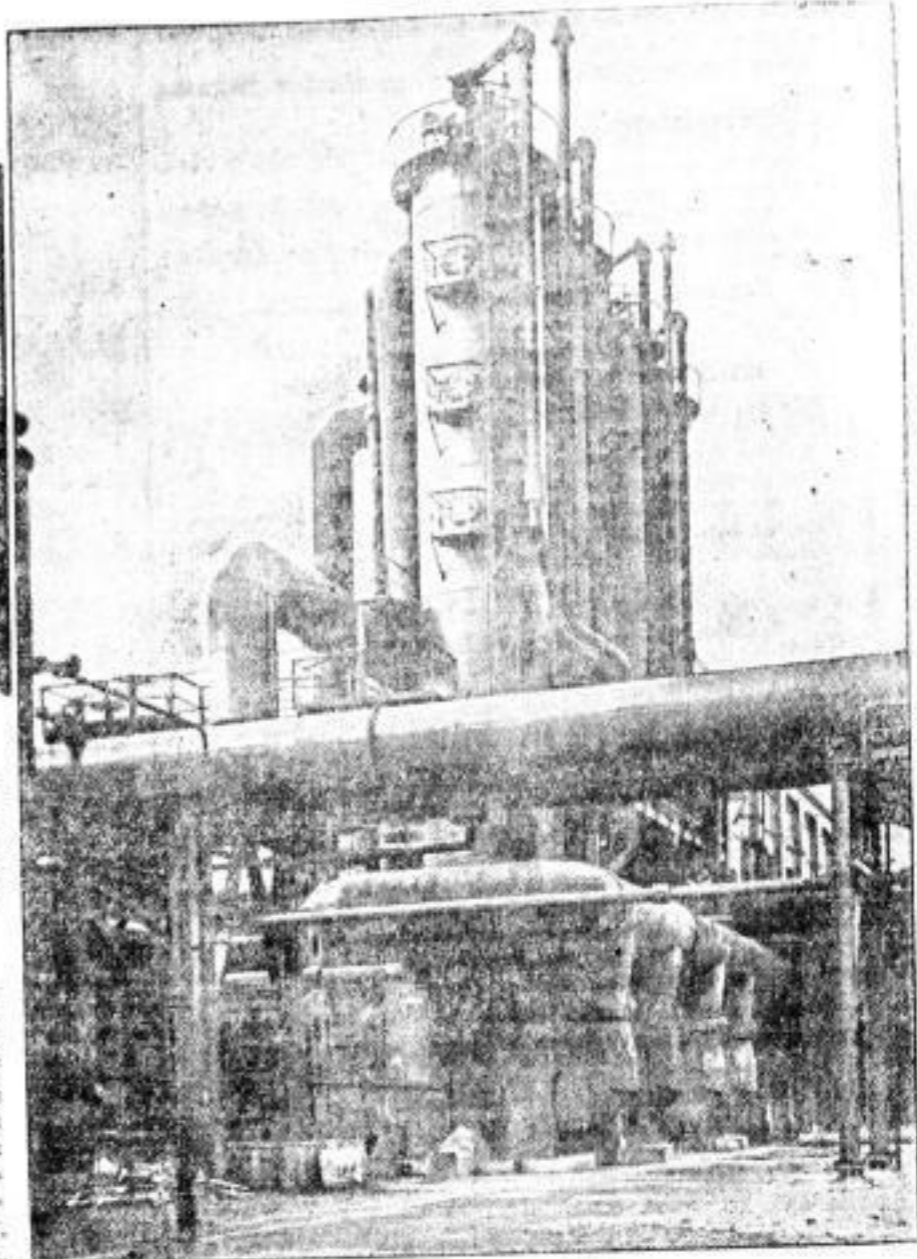
Konsumverein

Vorwärts

Was wird in Leuna erzeugt?



Leuna, die neue Delaunay im Herzen Deutschlands



Riesentürme für Gasreinigung

Die Leuna-Werke, die im Zentrum der deutschen Mitteldeutschen Chemiewerke liegen, sind im Laufe der letzten fünf Jahre entstanden. 1916, als mitten im Krieg wurden hier die ersten Anlagen zur Stickstoff- und Chlorsäureherstellung mit Staatsmitteln errichtet. Schon während des Krieges zum Ende lag die Leuna-Werke fast schon, — warte, im Jahre vor J. G. haben begonnen, wird immer noch weiter gebaut. Die Leuna-Werke (der alte Name lautet „Berthold'sche Ammoniakwerke“) werden mit etwa 20000 Arbeitern nach ihrer Fertigstellung das größte Industrieunternehmen Deutschlands sein. Sie gehören nämlich nicht zu der „Mitteldeutschen Chemiewerke“, die „Betriebsgemeinschaft Mitteldeutsche“ der J. G. Farbenindustrie AG, sondern zu der „Betriebsgemeinschaft Mitteldeutsche“ der J. G. Farbenindustrie AG, die sich aus folgenden Werken zusammensetzt: aus den Farben- und Chemiewerken in Wolfen, Bitterfeld, Leuna, Halle, Torgau, Dornitz und Bitterfeld, sowie aus den Werken in Mainz, Greinheim, Offenbach, Mühlheim und Rheinlöhde. Außerdem gehören zum J. G. Farbenkonzern auch fünf „Betriebsgemeinschaften“: Die „Betriebsgemeinschaft Oberthale“ mit den Werken in Dornitz, Oppau und Niederschweibitz. In dieser Oberthale-Betriebsgemeinschaft gehört auch das Stickstoffwerk Leuna. Die „Betriebsgemeinschaft Mitteldeutsche“ umfasst die Farben- und Chemiewerke in Wolfen, Greinheim, Bitterfeld und Knappfeld. Ferner gehören zum J. G. Farbenkonzern die „Betriebsgemeinschaft Niederthale“ mit dem Hauptwerk in Leuna, dann die Betriebe der vormals Köln-Rheinener Eisen- und Stahlwerke in Leuna, die in der Haupt- und Nebenindustrie betreiben, und schließlich eine Bergbau- und Hüttenindustrie, die sowohl Braunkohle- als auch Steinkohlegruben umfasst.

Die Leuna-Werke, die im Zentrum der deutschen Mitteldeutschen Chemiewerke liegen, sind im Laufe der letzten fünf Jahre entstanden. 1916, als mitten im Krieg wurden hier die ersten Anlagen zur Stickstoff- und Chlorsäureherstellung mit Staatsmitteln errichtet. Die Ausfuhr an Chlorsäure ist um viele hunderttausend Tonnen zurückgegangen, etwa achtzig Werke müssen stillgelegt werden.

Die moderne Stickstoffindustrie

beruht auf der Tatsache, daß es technisch und wirtschaftlich möglich ist, den Stickstoff, der in unbegrenzten Mengen in der Luft vorhanden ist, in einfache Verbindungen mit Wasserstoff und Sauerstoff zu bringen. Es gibt verschiedene Verfahren, die zu diesem Ziele führen. Die Leuna-Werke arbeiten nach dem Haber-Bosch-Verfahren, dem aus schließlichsten Verfahren zur Bindung von atmosphärischem Stickstoff. Bei Gegenwart eines Katalysators (Katalysatoren sind chemische Körper, meistens Metalle, die eine Reaktion beschleunigen, ohne sich an ihr zu beteiligen) läßt man unter Druck von 200 Atmosphären und bei einer Temperatur von 500 Grad Celsius Stickstoff auf Wasserstoff im Verhältnis 1:3 einwirken.

Die industrielle Auswertung dieser Stickstoff-Synthese machte verhältnismäßig rasche Fortschritte, daß im Jahre 1923 Oppau und Leuna, die beiden größten deutschen Stickstoffwerke, 50 000 Tonnen Stickstoff erzeugten, das sind 90 Prozent der Gesamtleistung der ganzen Welt. Heute sind in allen Staaten (Amerika, Norwegen, Dänemark, Polen usw.) zahlreiche Fabriken gebaut worden, so daß die beherrschende Stellung Deutschlands etwas zurückgedrängt worden ist.

Ein Teil des Stickstoffs wird heute zu friedlichen Düngemitteln verarbeitet: Ammoniumsulfat, Kalisaltpeterharzstoff, Kalisaltpeter, die Mischdünger: Leunaphos, Diammonphosphat, Nitrophoska werden in den Leuna-Werken in Tausenden von Tonnen hergestellt und

in gewaltigen Silos.

die bis zu einviertel Million Tonnen fassen und in denen die Bevölkerung einer mittelgroßen Stadt Platz hätte, zu hohen Gebirgen aufgetürmt.

Doch dieser harmlosen, fruchtbaren Verarbeitung des Stickstoffs steht keine ausgedehnte Verwendung im Kriege gegenüber.

Bekanntlich ist die Industrie der Sprengstoffe im wesentlichen eine Industrie des Stickstoffs. Fast alle modernen Sprengstoffe, wie Nitroglycerin (18,5 Prozent Stickstoff), Nitrocellulose (11 bis 13 Prozent Stickstoff), Melinit, Lyddit, Dynamit usw., sind Stickstoffverbindungen. Die Friedensbeschäftigung der Leuna-Werke mit Kunstdüngemittel-Industrie ist eine nur schwach verkleidete Kriegsindustrie und das Anwachsen der Weltzeugung an Stickstoff (1913: 820 000 Tonnen, 1925/1926: 1 250 000 Tonnen, 1926/1927: 1 350 000 Tonnen) ist gleichbedeutend mit internationalen Kriegsvorbereitungen.

Die Kunstbenzolinindustrie, das zweite großartige Verfahren der Leuna-Werke, steht in engem Zusammenhang mit der Erzeugung des Luftstickstoffs. Beide Verfahren stellen eine auf die Spitze getriebene Veredelung der Kohle dar. Die „Veredelung“ von nur 2 Prozent der deutschen Steinkohleförderung nach den J. G. Verfahren würde genügen, um den gesamten deutschen Mineralölimport überflüssig zu machen.

Das teuerste an dem neuen Verfahren ist nicht die eigentliche Benzol-Synthese, die kaum 10 Prozent der Kosten beansprucht, sondern die Wassergasgewinnung und Reinigung. Die eigentliche Synthese besteht darin, daß man unter hohem Druck und hoher Temperatur bei Gegenwart von reaktionsbeschleunigenden Stoffen (Katalysatoren) genannt, Wassergas auf Kohle einwirken läßt.

Wassergas + Kohle = Kunstbenzin („Leuna-Benzin“).

Wassergas + Luftstickstoff = Ammoniak.

Das teure Wassergas, das man also zu beiden Synthesen benötigt, wird in ganz neuartigen Riesengeneratoren aus Wasser und Braunkohle gewonnen. Ein einziger Wassergasgenerator in den Leuna-Werken nimmt täglich 750 Tonnen (50 Waggon) Braunkohle auf, die er in Wassergas umwandelt. Aus dem Wassergas wird der Wasserstoff rein dargestellt und dann zur Druckgaswäsche mit Stickstoff zu Ammoniak oder mit Kohle zu Leuna-Benzin verarbeitet.

Leuna-Benzin und Leuna-Stickstoff

Auf diesen beiden Produkten beruht heute Deutschlands Monopolstellung auf dem Gebiete der chemischen Industrie. Mit Leuna-

benzin wird man vom Erdöl Amerikas und der Sowjetunion im kommenden Krieg unabhängig sein, wird man die Motoren der Panzerautos, Tanks und Flugzeuge betreiben — aus Leuna-Stickstoff wird man die wirksamsten Sprengstoffe herstellen, wird man die furchtbarsten Giftgase produzieren.

Die Leuna-Werke, das Herz der J. G. Farbenindustrie, sollen im kommenden Krieg das beste Geschäft des Kartentruffs werden.

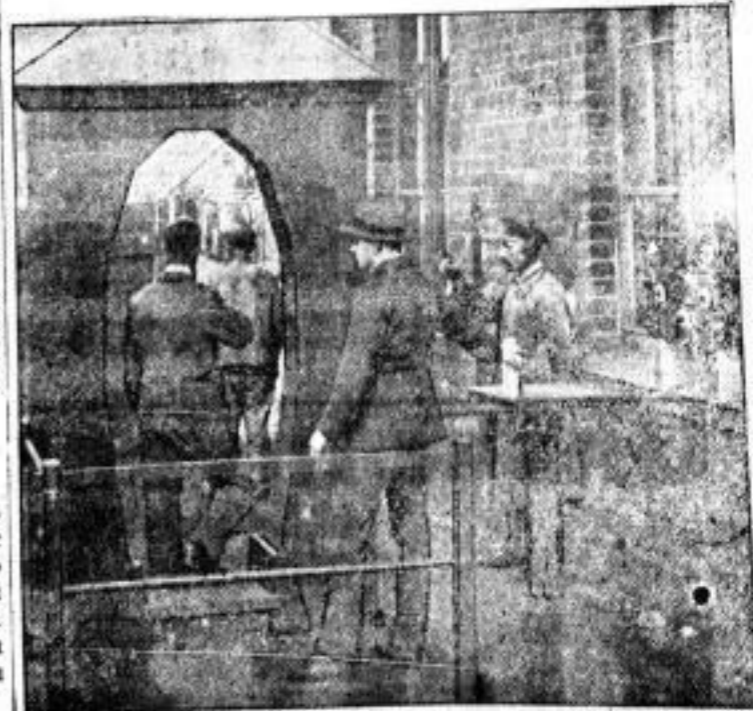
Für die Arbeiter ist Leuna ein Zucht haus

In ganz Deutschland und sogar im Ausland ist das berühmteste Leuna-Werk des J. G. Kartentruffs als Zucht haus bekannt. Kaum irgendwo findet man noch gleichartige raffinierte Ausbeutung und rigorose Menschenhänderei.

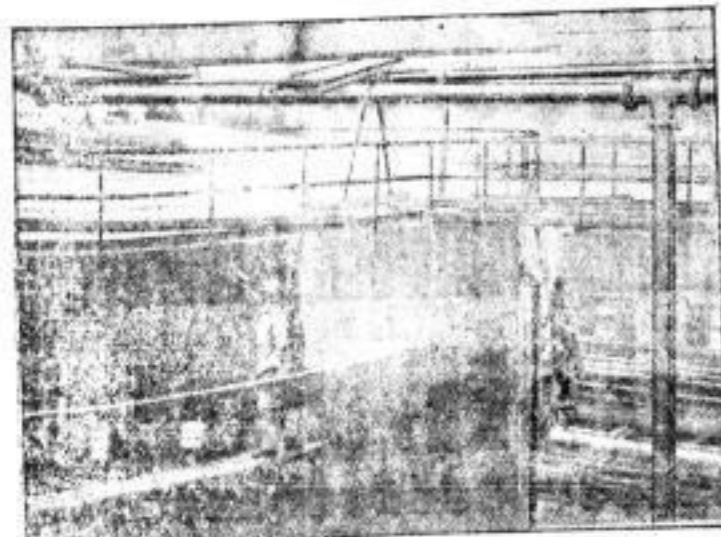
Wiederholt hat die Belegschaft versucht, die Fesseln des kapitalistischen Systems in dieser Hölle zu sprengen. Sie wurde aber stets mit allen Mitteln unterdrückt. Besonders hat der abgefeimte Reichsbannerhüuptling Hörsing teil daran. Er hat die Leuna-Proleten mit Artillerie buchstäblich zusammengeknallt lassen.

Durch einen großartigen Spittelapparat versuchen die Arbeiter gewaltigen die immer wieder sich erhebende und ständig wachsende revolutionäre Bewegung einzudämmen. Täglich kommen Maßnahmen, Entlassungen vor. Dennoch erhebt die Belegschaft erst jetzt wieder mit allem Nachdruck die Forderung nach einer zwischen-tarifflichen Lohnregelung. Es werden 15 Pfennig Lohnhöhung pro Stunde gefordert.

Was in Leuna noch fehlt ...



Eine interessante Kontrolleinrichtung gegen Eisen diebstahl. Beim Durchschreiten des Tores wird bei Vorhandensein von Eisen durch Induktion ein Kontrolltelefon betätigt.



Arbeiter mit Gasmasken in den sogenannten „Steinbauten“

Die oben veröffentlichten Fotos und der Text sind entnommen der großen aktuellen

Leuna-Sondernummer

die die „N.Z.“ am 1. Februar herausbringt. Die oben abgebildeten Fotos bilden nur einen kleinen Ausschnitt aus dieser Sondernummer, die, wie bisher, zum Preise von 20 Pf. bei allen Zeitungshändlern und Postämtern unserer Zeitung zum Verkauf steht.

Wir empfehlen allen unseren Lesern den Erwerb dieser Nummer aufs wärmste.

Vertical text on the right edge of the page, including various small advertisements and notices.

Zünftliche Bekanntmachungen

Die Verpflegung im hiesigen Krankenhause werden ab 1. Februar dieses Jahres wie folgt festgesetzt:

Art	Einzel	auswärtig
für Erwachsene	6,- RM	7,- RM
Kinder bis zur Erfüllung der Volljährigkeit	4,- RM	5,50 RM
Saunabgange im Krankenhaus	-	50 RM
gebühren	-	1,- RM

Wünscht ein Kranke in einem Zimmer allein untergebracht zu werden und geschieht diese Unterbringung nicht auf Anordnung des Chefarztes wegen besonders schwerer Erkrankung, so ist dafür ein Zuschlag für die Kosten für Erwachsene und Kinder in Höhe von 1,50 RM für auswärtige Erwachsene und Kinder in Höhe von 2,- RM zu zahlen. Heberdies haben beratende Patienten die ärztliche Langzeit des Chefarztes einseht, der Operationskosten an diesen und die Untoten für Medikamente, Verbandstoffe usw. an die Stadtkasse zu zahlen.

Neben den Verpflegungen werden gelindert in Rechnung gestellt:

- die Aufwandskosten,
- die Kosten für außergewöhnliche Heilmittel (künstliche Glieder, Brillen, Fuchshänder usw.),
- die Gebühren für Röntgendurchleuchtung und Aufnahmen, sowie für Pneumothoraxnachkuren,
- die Gebühren für besonders verlangte ärztliche Gutachten, Besuche, Röntgen u. dergl.

Kopf der Stadt Freital, am 28. Januar 1928.

Wahl des Versicherungsrepräsentanten als Vertreter des Versicherungsamtes Freital

Für das Versicherungsamt der Stadt Freital sind je 6 Versicherungsrepräsentanten sowie die gleiche Anzahl Stellvertreter aus den Kreisen der Arbeitgeber und aus den Kreisen der Versicherten zu wählen. Für die Art und Durchführung der Wahl gelten die nachstehenden Bestimmungen der Wahlordnung. Weiter für die Verbände zu den Vorlagelisten (§ 10) können im Versicherungsamt eingeholt werden.

Die Vorlagelisten sind bis zum 18. Februar 1928 bei dem unterzeichneten Wahlleiter einzureichen. Auf Grund von § 11.2. Wahlordnung, wird angeordnet, daß von den vorliegenden Personen je 1 Arbeitgeber und 1 Versicherten der Landwirtschaft anzugehören haben.

Gleichzeitig werden die Erlasse und die Kontenlisten, die außerhalb des Bezirkes des Versicherungsamtes ihren Sitz und mindestens 50 Mitglieder im Bezirke haben, aufgefordert, bis zum 11. Februar 1928 ihre Beteiligung an der Wahl anzumelden. In der Anmeldung ist anzugeben:

1. die Zahl der nach § 3 der Wahlordnung anrechnungsfähigen Mitglieder;
2. Familien- und Rufnamen, Beruf, Wohnort und Wohnung der nach § 3 der Wahlordnung Wahlberechtigten, getrennt nach Arbeitgebern und Versicherten;

Veränderungen, die vor der Wahl eintreten, sind unversäumt dem Wahlleiter mitzuteilen.

Freital, am 28. Januar 1928.

Der Wahlleiter, Baumgarten.

Auszug aus der Wahlordnung.

Mit der Wahl.

1. Die Arbeitgeberrepräsentanten und die Versichertenrepräsentanten werden in getrennter Wahl nach den Grundregeln der Verhältniswahl auf Grund von Vorlagelisten mit den Stimmsätzen gewählt, die der Wahlleiter den Wahlberechtigten ausgeben läßt (§ 10 Abs. 1 und 2).
2. Zur Einreichung von Vorlagelisten sind nur berechtigt (§ 4 Abs. 1 der RVO):
 - a) bei der Wahl der Arbeitgeberrepräsentanten: wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitgebern oder Verbände solcher Vereinigungen;
 - b) bei der Wahl der Versichertenrepräsentanten: wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern oder Verbände solcher Vereinigungen.
3. Die Wahl ist geheim.

Wahlberechtigung

1. Wahlberechtigt sind die Ausführmisglieder der Krankenkassen, die im Bezirke des Versicherungsamtes mindestens fünf

14 Mitglieder haben. In der Wahl nehmen ferner die Vorlagelisten teil. Die Wahlberechtigten sind die Mitglieder der Krankenkassen und die Nachen mit dem Sitz innerhalb des Bezirkes des Versicherungsamtes, die an der Wahl teilnehmen wollen. Die Wahlberechtigten sind die Mitglieder der Krankenkassen, die an der Wahl teilnehmen wollen. Die Wahlberechtigten sind die Mitglieder der Krankenkassen, die an der Wahl teilnehmen wollen.

2. Wahlberechtigt ist die Zahl der Mitglieder der Krankenkassen, die im Bezirke des Versicherungsamtes ihren Sitz haben. Die Wahlberechtigten sind die Mitglieder der Krankenkassen, die an der Wahl teilnehmen wollen. Die Wahlberechtigten sind die Mitglieder der Krankenkassen, die an der Wahl teilnehmen wollen.

3. An Stelle der Vertreter der Versicherten im Vorstand wählen bei den Erlässen, die erteilt werden sollen, haben die Geschäftsführer der für den Bezirk des Versicherungsamtes zuständigen Krankenkassen (§ 1 Abs. 1 der RVO).

Wahlbarkeit

1. Wählbar sind nur volljährige Deutsche, die im Bezirke des Versicherungsamtes wohnen oder ihren Betriebsort haben oder beschäftigt werden (§§ 47, 12 der RVO).

2. Wählbar als Arbeitgeberrepräsentant sind nur Arbeitgeber, die Personen beschäftigen, die nach der Reichsversicherungsordnung versichert sind, und ihre berufsmächtigten Betriebsleiter. Den Arbeitgebern werden Versicherte zugerechnet, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen (§ 47 Abs. 2 Satz 2 der RVO).

3. Wählbar als Versichertenrepräsentant sind nur Versicherte (§ 47 Abs. 2 Satz 1 der RVO).

1. Nicht wählbar ist (§ 47 Abs. 1, § 12 Abs. 2 der RVO):
 - a) wer infolge strafrechtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verurteilt wird, noch bevor ihm das Hauptverfahren eröffnet ist;
 - b) wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verbannung oder im Verbanne befangen ist;

4. Die Arbeitgeberrepräsentanten und ihre Stellvertreter dürfen nicht zugleich behaltene Beamte des Versicherungsamtes, nichtständige Mitglieder des Reichs- oder eines Landesversicherungsamtes, Beamte eines Oberversicherungsamtes oder Versicherungsrepräsentanten bei einem anderen Versicherungsamt sein (§ 41 Abs. 2 der RVO).

Einreichung und Einzeichnung der Vorlagelisten

1. Die Vorlagelisten sind nach dem als Anlage 1 beigefügten Vordruck für jedes Versicherungsamt sowie für jede der beiden Gruppen der zu wählenden Versicherungsrepräsentanten aufzustellen und dem Wahlleiter bis zu dem im Wahlaufrufe angegebenen Zeitpunkt einzureichen. Jede Beteiligung und jeder Verband (§ 2 Abs. 2) darf für jede einzelne Wahl, für die sie vorlagelisterberechtigt sind, nur je eine Vorlageliste einreichen.

2. In den Vorlagelisten sind die einzelnen Benannten unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Vor- (Nach-) und Zunamen, Alter, Beruf, Wohnort und Wohnung so deutlich zu bezeichnen, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

3. In die Vorlageliste darf nur aufgenommen werden, wer seine Zustimmung dazu gegeben hat. Mit der Vorlageliste sind die Erklärungen der Benannten, daß sie der Aufnahme ihrer Namen in die Vorlageliste zustimmen, nach dem als Anlage 2 beigefügten Vordruck einzureichen.

Inhalt der Vorlagelisten

1. In jeder Vorlageliste sollen jeweils nach § 4 wählbare Personen benannt werden, wie Arbeitgeberrepräsentanten und Stellvertreter nach dem Wahlausdruck insgesamt zu wählen sind. Die aus dem Kreise der Arbeitgeber und die aus dem Kreise der Versicherten Benannten sollen mindestens je zur Hälfte an der Unfallversicherung beteiligt sein (§ 48 der RVO).
2. Unter den Benannten einer jeden Gruppe sollen die hauptsächlichsten Erwerbszweige, insbesondere die Landwirtschaft, und die verschiedenen Teile des Bezirkes des Versicherungs-

amtes, bei den Versicherten auch die verschiedenen Teile der Unfallversicherung sein. Der Vorsitzende des Versicherungsamtes nimmt an, welcher Teil der vorlagelisterberechtigten Personen in der Verantwortung befristet sein soll. Er kann auch verschiedene weitere Erwerbszweige und Berufskreise bezeichnen, an denen die Wahlberechtigen sind.

3. Mindestens ein Drittel der Benannten jeder Gruppe soll am Sitz des Versicherungsamtes wohnen oder ihren Betriebsort haben, bei den Arbeitgeberrepräsentanten Dresden, Leipzig und Chemnitz nicht über zehn Kilometer von der Mitte der Stadt entfernt wohnen, in der das Versicherungsamt seinen Sitz hat (§ 4 Abs. 1 der Verordnung über die Reichsversicherungsordnung vom 23. Juni 1912 (RGBl. I S. 339)).

Unfalltauglichkeit nach dem Reichsversicherungsamt

Die Verbindung mehrerer Vorlagelisten in der Weise, daß sie anderen Vorlagelisten gegenüber als eine einzige gilt, ist unzulässig.

Unterscheidung und Kennzeichnung der Vorlagelisten

1. Die Vorlagelisten müssen unter Angabe des Namens der Beteiligung oder des Verbandes von den Personen unterschrieben sein, denen die Bekleidung der Bekleidung oder des Verbandes zusteht.

2. Jede Vorlageliste soll mit einem Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Vorlagelisten deutlich unterscheidet. Trägt eine Vorlageliste kein Kennwort, so gilt der Name des Benannten an erster Stelle Benannten als Kennwort der Vorlageliste.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Dresden

Dienstag, den 31. Januar 1928, 19.30 Uhr
im Reiterheim, Reiterstraße 12.

Jahres-Generalversammlung

- Tagesordnung: 1. Tätigkeits- und Kostenbericht vom Jahre 1927; 2. Neuwahl der Ortsverwaltung; 3. Neuwahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz; 4. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz; 5. Beratung gestellter Anträge; 6. Verhandlungsangelegenheiten.
- Ausweis, Vertrauensmännerkarte und Verbandsbuch zusammen legitimiert. — Zahlreichen Besuch erwartet.
die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Meißen

Dienstag, den 31. Januar 1928, 19.30 Uhr
im Saale des Gewerkschaftshauses

Hauptversammlung

- Tagesordnung: 1. Geschäftsberichte; 2. Neuwahl der Ortsverwaltung; 3. Neuwahl der Delegierten zum Ortsausauschuss; 4. Wahl von 3 Delegierten zur Bezirkskonferenz; 5. Sonstige Verhandlungsangelegenheiten.
- Am Saaleingang ist das Mitgliedsbuch vorzulegen, ohne Buch kein Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet.
die Ortsverwaltung.

Seher!
beruft Euch bei Einkäufen auf die **Arbeiterstimme!**

Mein großer

INVENTUR- AUSVERKAUF

Bietet Ihnen etwas ganz Besonderes!

Sehtage: Montag, 30. Januar, Dienstag, 31. Januar, Mittwoch, 1. Februar

Modehaus F. R. Pötzsch, Pirna

Ecke Obermarkt

Unser Inventur-Ausverkauf Beginn: 28. Januar 1928
bietet Ihnen seltene Einkaufsmöglichkeiten und überaus große Preisvorteile, darum verpassen Sie nicht die günstige Kaufgelegenheit auszunutzen

Kirst & Bartsch, Zittau

Das Haus der gewaltigen Auswahl, der bekannt guten Qualitäten und sprichwörtlich gewordenen niedrigen Preise für moderne Herren-, Knaben-, Sport-, Reise- und Berufsbekleidung

Innere Weberstraße 31
Fernruf 3000 3963

Go sehen die SPD-Führer aus!

Gotteslästerungsanfrage von SPD-Führern gegen SPD-Arbeiter — Um den katholischen Feiertagsdienst des Reichsbanners — Ein krauses Beispiel für die politische Verkümpfung der SPD-Führer

In Krefeld hat sich innerhalb der SPD ein Skandal ereignet, der in krassester Weise die Auswirkungen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik mit dem Bürgerblock-Zentrum verdeutlicht. Die Krefelder Straßammer beabsichtigt sich dieser Tage mit einer Klage des Gewerkschaftssekretärs und SPD-Stadtoberordneten Karl Medrom gegen die Arbeiter P. M. und H. M. aus Krefeld wegen „Gotteslästerung“ und „Körperverletzung“. Die beiden Angeklagten sind bisherige Mitglieder der Sozialdemokratie und des Reichsbanners.

Die Vorgeschichte dieser Klage spielt in einer Mitgliederversammlung des Reichsbanners am 17. Juli in Krefeld. Bei der Ablehnung eines Reichsbanner-Tages für den August erhob sich der schärfste Protest der SPD-Arbeiter dagegen, daß in diesem Mittelpunkt ein katholischer Gottesdienst, an dem sich das Reichsbanner geistlich beteiligen sollte, gestellt wurde. Nach der Zeit 30 Jahren in der SPD organisierte Arbeiter M. und seine beiden Söhne wandten sich mit aller Entschiedenheit gegen die kirchlich-reaktionäre Einstellung der Reichsbanner-Führung. In der Diskussion bestrich der Führer P. M. den Gottesdienst als „Kumpel“ und betonte, daß die sozialdemokratischen Arbeiter „solche religiösen Kummel nicht mitmachen“ würden. Sozialdemokratische Führer zeigten nunmehr, daß die reaktionäre Zentrumsleitung noch zu überreifen Verfehlungen fähig ist.

In der Diskussion griff der SPD-Stadtoberordnete und Angeklagte des Baugewerksbundes, Karl Medrom, seinen Parteigenossen, den sozialdemokratischen Arbeiter P. M., lässlich an.

Selbstverständlich sprangen Vater und Sohn dem Angeklagten zu Hilfe, und es entstand — durch Verhören der sozialdemokratischen Führer — eine wilde Schlägerei in der Reichsbanner-Versammlung.

Der reformistische Bureaukrat Medrom stellte daraufhin gegen seinen eigenen Genossen einen Strafantrag wegen „Gotteslästerung“ (!) und „Körperverletzung“.

Verlangte außerdem vom dem Arbeiter P. M. 150 Mark Schmerzensgeld (!). In dem Anklagebescheid des Krefelder Schöffengerichts vom 28. Dezember 1927 heißt es:

„Peter M. sei hinreichend verdächtig, öffentlich eine der wichtigsten Kirchen oder ihre Einrichtungen beschimpft zu haben (!), indem er in einer Versammlung des Reichsbanners die vorgerichtete Abhaltung eines Feiertagsdienstes als „Kumpel“ bezeichnet, sowie vom „religiösen Kummel“ oder „Schindluder“ sprach.“

Als Hauptbeschuldigungen traten in dem Prozeß gegen die sozialdemokratischen Arbeiter u. a. folgende prominente Krefelder Sozialdemokraten auf: Heinrich Eilers, Konsumbureaukrat, Heinrich Malina, Gewerkschaftssekretär, Karl Medrom, Stadtoberordnete und Gewerkschaftssekretär, Hans Göttsche, ehemaliger Betriebssekretär, und Klemens Budde, Lehrer an der weltlichen Schule.

Die SPD-Vertreter haben vor der Klassenjustiz „bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“ geschworen, daß ihre Parteigenossen in keiner Weise Gott lästerten, die Einrichtungen und Gebäude der katholischen Kirche beschimpften und herabsetzten (!) und den Gewerkschaftsangehörigen Medrom mißhandelten.

Auf Grund der Zusagen dieser arbeiterfeindlichen Koalitions-„Sozialisten“ wurden die beiden sozialdemokratischen Arbeiter wegen Gotteslästerung und Körperverletzung (obwohl Medrom nachweislich zuerst tödlich gegen die oppositionellen Arbeiter vorging) verurteilt. Der Arbeiter P. M. erhielt 1 Monat Gefängnis und H. M. 30 Mark Geldstrafe, außerdem mußte P. M. an den Gewerkschaftssekretär noch 150 Mark Schmerzensgeld zahlen.

Diese Tatsachen formten schier ungläublich Klingens, wenn sie nicht gerichtsnotarisch sich abgepielt hätten. Sie zeigen, daß die sozialdemokratischen Führer politisch und kulturell im Lager des Klassenfeindes, als Schutzhüter der schwarzen großkapitalistischen Massenpartei stehen. Sie scheuen nicht vor sozialistischen Pronationen, vor der brutalen Hilfe der Klassenjustiz gegen ehrliche sozialdemokratische Arbeiter. Sie lächeln über die Klassenbewußtseinsbewahrt haben nicht zurück. Der Krefelder Prozeß spiegelt ein aufreizendes Bild der ideologischen und politischen Verkümpfung der Spitze der SPD.

Um diese kulturreaktionäre Politik zu decken, führt der sozialdemokratische Vorstand des Freidenkerverbandes eine Hinauswurfaktion gegen Kommunisten und alle unterschiedenen Freidenker durch.

Wir glauben, daß jeder sozialdemokratische Arbeiter einer Partei, in der solche Leute, wie die Krefelder Verteidiger „Gottes“, nicht zum Teufel gejagt werden, empört den Rücken federn wird. Einer Partei, die in Freuden das Kontorbat vorbereiten, mit den Zentrumsplätzen dienlich die Steigbügel hält, die religiöse Verkümpfung der Arbeiterklasse propagiert und durch all dies die Lehre des Marxismus höhnlisch mit Nüssen tritt — eine solche Partei ist eine Partei gegen den Arbeiter!

Ein Angriff auf das Außenhandelsmonopol der Sowjetunion

Durch eine der Reichsregierung nachstehende Korrespondenz wird mitgeteilt, daß in nächster Zeit auf Anregung der Reichsregierung Verhandlungen mit der Sowjetregierung über die weitere Gestaltung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen stattfinden sollen.

Handelte es sich dabei darum, wie in Zukunft die Ausnutzung des 300-Millionen-Kredits erfolgen soll, dann wäre zu dieser Angelegenheit nichts Besonderes zu bemerken. Aus den Meldungen der bürgerlichen Presse geht aber deutlich hervor, daß es sich um einen offenen Angriff auf das Außenhandelsmonopol der U.S.S.R. handelt. Die russischfeindlichen Dresdner Neuesten Nachrichten lassen aber gestern die Rede im vollen Umfange aus dem Saal. Sie schreiben, der Export nach Rußland habe nicht zu, sondern abgenommen. Das Geschäft sei miserabel. Der Kredit sei zum Fenster hinausgeworfen. In Sowjetrußland regle sich der Handel nicht wie anderwärts nach Angebot und Nachfrage, der Staat schreibe sich überall ein und reguliere oder drohe. Aus diesen Ausführungen zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Industriellen damit rechnen, das Außenhandelsmonopol zu befechtigen. Der Kredit sollte also eine Maßnahme zum Kampf für die Einführung des Privathandels werden. Die feindlichen kapitalistischen Kräfte in Rußland sollten gestärkt werden.

Wie liegen die Dinge wirklich? Gemäß dem Plan der Industrialisierung der U.S.S.R. wurde die Einfuhr von Maschinen aus Deutschland nach der Sowjetunion stark gesteigert. Die deutschen Kapitalisten wollen aber dem Sowjetstaat auch Waren einbringen, die den Aufbau des Sowjetstaates fördern. Daneben versuchen die Kapitalisten, die durch niedrige Arbeiterlöhne die deutschen Proleten ausplündern, durch Wucherpreise auch die russischen Arbeiter auszuplündern. Andere deutsche Kapitalistengruppen wollen sich in Rußland ein Rohstoffmonopol sichern. Die Sowjetunion bezieht aber diese Rohstoffe selbst billiger aus den Rohstoffländern.

Die deutschen Kapitalisten haben, weil ihnen der Raubzug auf die 300 Millionen nicht so gelangt, wie sie ihn in ihrer Raubgier durchführen wollten. Die Drohung mit der Aufhebung des ganzen Vertrages liegt in der Linie der Westpolitik der deutschen Kapitalisten. Die deutschen Kapitalisten organisieren die Front gegen die Sowjetunion. Unter der Führung des Bankhauses Mendelssohn hat sich eine Gruppe rheinischer Kapitalisten als Gläubiger Rußlands zusammengeschlossen und verlangt „Entschädigung für die in Rußland erlittenen Verluste“. Der Angriff auf den Kapitalverkehr ist in vollem Gange.

Hinter diesem Treiben steht der englische Petroleummagnat Deterding, oder dessen halbe Gattin, die ehemalige Großfürstin. Der Oligarchenorganisation steht die „Gläubiger Rußlands“ oder die durch die Volkswirtschaften geschädigten“ an dieser internationalen Front. Dann sind Bestrebungen im Gange, deutsche und französische Kapitalisten zu einer Front gegen die Sowjetunion zusammenzuschließen. Angriff auf die Sowjetunion ist die Parole. Bedenkend ist dabei noch, daß diese Bestrebungen jetzt einlehen, wo in Paris durch den Sowjetbolschewiker neue Wirtschaftsverhandlungen stattfinden sollen. Deterding legt seine Arbeiten fort.

Bürgerblock-Steuerbilanz 1927

971 Millionen Mark Lohnabzüge in 9 Monaten
Das Ergebnis der Steuer- und Zolleinnahmen im Monat Dezember 1927 ergibt ein würdiges abschließendes Bild über die Steuer- und Zollpolitik der Bürgerblock-Regierung im vergangenen Jahre.

Die Lohnsummensteuer hat im Dezember 1927 gegenüber dem Vormonat 5,3 Millionen Mark mehr eingebracht. Das Steuerankommen aus Lohnabzügen ist seit April n. J. fast ununterbrochen von Monat zu Monat angewachsen. Im März 1927 hat es 81,4 Millionen Mark Lohnabzüge gegeben, im Dezember aber 129,2 Millionen Mark.

Die Einkommensteuer, die von den Privatkapitalisten gezahlt wird, zeigt gerade die entgegengesetzte Entwicklung der Einnahmen aus den Lohnabzügen auf: von Monat zu Monat ein Rückgang mit nur wenigen Ausnahmen. Im Oktober 1927 wurden 258,6 Millionen Mark derartige Einkommensteuer gezahlt, im November nur 219 Millionen Mark, im Dezember nur 197,3 Millionen Mark. Die Ergebnisse der „anderen Einkommensteuer“ sind gar im Dezember n. J. auf 69,5 Millionen Mark zusammengeschrumpft gegenüber 99 Millionen Mark im Vormonat.

Hierbei ist aber noch zu berücksichtigen, daß im vorjährigen Haushaltsjahr Hunderte von Millionen Mark Steuern den Kapitalisten von der Bürgerblock-Regierung gestundet worden sind. Trotzdem sind die Dezembersteuern, die von den Kapitalisten gezahlt werden, so gering. Die Steuerbilanz ist also zugunsten des Großkapitals weitläufiger, als aus dem bloßen Rückgang der Einnahmeergebnisse aus den Einkommensteuern hervorgeht.

In dem vorliegenden Haushaltsjahr sind insgesamt an Lohnabzügen 971,6 Millionen Mark vereinnahmt worden. Das sind über 27 Prozent der gesamten Einnahmen aus der Einkommensteuer.

Auch die Zollsabgaben haben im Dezember gegenüber dem Vormonat eine Mehrerinnahme von 2,8 Millionen Mark, insgesamt 24,4 Millionen Mark, gebracht. Die Bürgerblock-Regierung hat im wesentlichen aus den Lohnabzügen und den Verbrauchsabgaben, die auch den Mittelstand belasten, in den vergangenen neun Monaten des Haushaltsjahres 1926 Millionen Mark eingenommen.

Die ständig ansichende Steuerlast unter dem Bürgerblockregime acht aus den vierteljährlichen Einnahmeergebnissen hervor. Das Reichsfinanzministerium hat von Januar bis März 1927 1,88 Milliarden Mark, April bis Juni 1,92 Milliarden Mark oder 33,5 Prozent mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, Juli bis September 2,19 Milliarden Mark oder 16,2 Prozent mehr, Oktober bis Dezember 1927 2,22 Milliarden Mark oder 20,5 Prozent mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Natürlich kommt in diesen Zahlen auch die ausstehende Industriekonjunktur zum Ausdruck, wodurch die automatische Steuerlast der wertaktiven Massen größer geworden ist (besondere Zunahme der Lohnsummensteuer und der Zoll- und Verbrauchsabgaben). Bei wieder absteigender Konjunktur werden sich vor allem die geringfügigen direkten Steuern der Kapitalisten (Einkommensteuer und Körperschaftsteuer) vermindern, also relativ die Steuerlast der Wertaktiven noch mehr zunehmen.

Der Monat Dezember bildet demnach einen würdigen Jahresabschluss für die Steuerpolitik der Bürgerblock-Regierung. Es darf aber dabei nicht vergessen werden, daß das gegenwärtige Steuersystem der Lohnabzüge und Verbrauchsabgaben bereits von der früheren Regierung der großen Koalition, einschließlich der Sozialdemokratie, ausgearbeitet und eingeführt worden ist.

Oppositionelle Gewerkschafter!

Metallarbeiter! Erweiterte Fraktionssitzung am Sonnabend dem 28. Januar 1928 um 18.30 Uhr im Parteisekretariat. Alle Betriebe müssen unbedingt vertreten sein. Fraktionsleitung.
Holzarbeiter! Am Sonnabend dem 28. Januar 1928 um 18 Uhr findet eine wichtige Besprechung im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße, statt. Alle Genossen müssen erscheinen.
Alle kommunikativen Tabakarbeiter treffen sich am Sonnabend dem 28. Januar 1928 um 18.30 Uhr im Parteibureau, Columbusstraße 9.

Verantwortlich für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Lokales: Richard Spengler, Dresden. — Druck „Neunag“, Dresden.

An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(44. Fortsetzung)

„Was du sagst, Harvey, hilft mir nicht“, jammerte sie. „So kannst du mir nicht helfen. Die Gedanken, lurchbare Gedanken, wirbeln durch mein Gehirn. Ich muß verrückt werden, wenn ich nicht zu denken aufhöre. Ich harren, sei nicht so grausam, kannst du mir denn nicht helfen? Hypnotisiere mich, vielleicht höre ich dann zu denken auf.“

Daran hatte auch er schon gedacht, aber eine unerklärliche Scheu hielt ihn davon zurück. Doch würde er es wohl dennoch tun müssen, in ihrem aufgeregten Zustand wäre ein Schlafmittel wirkungslos.

Grace dachte aneinander dieser Gedanke der Hypnose wie eine Erlösung, eine sichere Rettung. Mit aufgehobenen Händen lehnte sie ihn an:

„Hypnotisiere mich, Harvey, hypnotisiere mich. Und wenn ich schlafe, lache zu erfinden, woher diese Angst kommt, diese fürchterliche Angst, die mich tötet.“

Er lächelte noch immer.

„Ich bin selbst erschöpft, überreizt, Grace, weiß gar nicht, ob die Hypnose gelänge.“

Sie beachtete keinen Einwand nicht, riß sich von ihm los, fiel im Zimmer auf und ab wie ein eingefängtes wildes Tier, jammerte verzweifelt:

„Ich werde verrückt! Ich werde verrückt!“

Ihr Gesicht war verzerrt, die Augen sprangen schier aus den Höhlen, ihre Stimme klang grell und freischend.

Er vermochte ihre Qual nicht länger mit anzusehen. Er muß es versuchen, muß eben alle Kräfte zusammenschließen.

„Komm her, Grace. Beruhige dich, ich werde dir den Willen tun, werde dich hypnotisieren. Setz dich her, zwinge dich ein wenig zur Ruhe, damit du es mir nicht allzu leicht erinnerst.“

„Danke, Liebster, danke.“

Sie warf sich in seine Arme, schloß den Kopf an seine Brust, hob ihm dann das Gesicht entgegen.

Er beugte sich zu ihr nieder, während er sie küßte, kam ihm der seltsame Gedanke: jetzt nehme ich von Grace Abschied, Abschied für immer.

Sie sank auf das Sofa, verkrampfte die Hände, zwang sich zur Ruhe, blidete erwartungsvoll auf ihn.

Er verließ die großen Küster, ließ nur die Schreibtischlampe brennen, deren Strahl gerade auf Graces Gesicht fiel. Dann setzte er sich ihr gegenüber und nahm alle Willenskraft zusammen.

Achtzehntes Kapitel
Die Floste öffnet sich

Nach einigen Minuten wurden Graces Augen starr und leblos, dann fielen sie zu. Ihr Körper sank weich, widerstandlos in die Kissen zurück, ihre Brust hob und senkte sich langsam und regelmäßig; sie schlief.

„Schlafst du?“ fragte Harvey.

Und mit leisem fremd klingender Stimme kam die Antwort:

„Ja schlafe.“

Er blidete sie an. Nun ist die Angst aus ihren Zügen gewichen, sie ist von ihrer Qual befreit. Soll er es nicht dabei bewenden lassen, soll er wirklich eindringen in die dunklen Geheimnisse des Unterbewußtseins, die durch den hypnotischen Schlaf gelöst werden?

Sie verlangte es von ihm, und er muß es tun, will er sie heilen. Deshalb jögert er noch? Was bedeutet die kalte Härte, die ihm die Kehle würgert?

Sein Widerstreben bezwingend, fragte er:

„Wo bist du?“

„In einem Zimmer.“

„Beschreibe das Zimmer.“

Sie gehorchte und es erschauerte, da er an der Beschreibung John Rawlens Arbeitszimmer erkannte.

Die großen Lampen sind verloscht, nur eine kleine Lampe brennt, das Zimmer ist fast dunkel,“ murmelte ihre eintönige Stimme.

„Ist das Zimmer leer?“

„Nein, zwei Menschen sind da.“

„Wer sind diese Menschen?“

„John Rawlen und Muriel Price.“

Muriel Price! Graces Herz begann heftig zu pochen. Ist es möglich, daß er auf diese Art etwas über die geheimnisvolle Frau erfahren wird? Oder spielt bloß das Bewußtsein mit seinem Gedächtnis ins Unterbewußtsein hinüber, trägt ihn?

„Was geschieht jetzt?“ fragte er weiter mit erklirter Stimme.

„Auf dem Tisch liegt ein kleiner Dolch... Das Licht hängt sich in ihm... er glühert...“

Die murmelnde Stimme wurde lauter, schwoll zu jammern dem Stöhnen an.

„Blut... Blut... der Revolter wäre ja doch besser gewesen...“

Dann kam ein seltsamer Triumph in die Stimme, da sie rief:

„Er ist tot.“

Graces Hände begannen zu zittern. Doch beruhigte er sich selbst; Grace hat sich diese Szene so oft vorgespielt, daß sie sogar in der Trance nicht ihrem Gedächtnis entschwinden konnte. Schier mechanisch fragte er weiter:

„Wer hat John Rawley getötet?“

„Muriel Price.“

„Wer ist Muriel Price?“

„Ich bin Muriel Price.“

Mit übermenschlicher Anstrengung erwiderte Harvey den von seinen Lippen aufsteigenden Schrei, trampfte die Finger um die Stuhllehne, starrte die Frau an, wiederholte leuchtend:

„Du bist Muriel Price?“

„Ja, ich bin Muriel Price.“

Graces Wangen begannen im Fieber zu glühen, seine Zähne schlugen gegeneinander. Dennoch gelang es ihm, sich zu beherrschen. Jetzt muß er alles erfahren.

„Weshalb hast du John Rawley getötet?“

„Weil ich ihn haßte.“

„Du haßtest John Rawlen?“

„Ja, er war unser Feind.“

„Wessen Feind?“

„Amerikas Feind.“

„Wer gab dir den Auftrag, ihn zu töten?“

„Er.“

„Wer ist ER?“

Keine Antwort.

„Wer ist ER?“ wiederholte Harvey mit verzweifelter Angst. Wird er jetzt den gefürchteten Namen hören? ER, dessen Namen wir nicht wissen dürfen.“

„Kannst du John Rawley gut?“

„Nein, ich hab ihn vor jener Nacht bloß ein einziges Mal.“

„Du sahst ihn bloß ein einziges Mal?“

(Fortsetzung folgt.)

Dresdener Volksbühne E. V.
10. Sinfonie-Konzert
 Nächsten Mittwoch, 1. Februar, 10 Uhr, Gewerbehau
 Richard-Wagner-Abend
 Dirigent: Dresden Philharmonie / Dirigent: Edward Mielke
 1. Flüg. Holländer-Ouverture, 2. Tannhäuser, Arie der Elisabeth
 3. Sinfonie-Symphonie (in G-dur), 4. Tannhäuser, Vorsp. III. Act
 5. Drei Lieder in Orchesterbegleitung, 6. Altnorm
 7. Tristan und Isolde, Vorsp. u. Liebestod, 8. Rienzi-Ouverture.
 Die zum Konzert autorisierten Mitglieder werden ersucht, diese
 Konzerte zu besuchen. Freier Konzertkartenverkauf für nicht au
 genommene Mitglieder von 1.30 M. nur an der Abendkasse, Karten
 für Nichtmitglieder von 1.- M. bei **F. Ries**, Neustraße 21, und
 an der Abendkasse. Mitglieder, Studenten, Schüler höherer Lehr
 anstalten, Jugendbände und Kirchweihrauchhörer erhalten gegen
 Ausweis an der Abendkasse Galerieplatzkarten für 75 %.

Stadtbank Dresden
 — Stadtgirokonto —
 Öffentlich-rechtliche Bankanstalt unter Gewähr der Stadt Dresden
 16 Kassentellen in allen Stadtteilen / Hauptkassenstelle: Gewandhausstraße 2
 Annahme von Einlagen auf Anlage- und Girokonten
 Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte
 Überweisungsverkehr
 Versicherungsabteilung — Sparkassen

Wichtig! A. Heitcho...
 bekommen Sie...
 Kesten, Annenstraße 10

Möbelhaus
L. ZIEGEL
 Dresden-A. 1
 Jüdenhof 3
 Fernsprecher 10273

Planetarium
 AUF DEM AUSSTELLUNGSGELANDE
 AN DER STÜBELALLEE
 NEUES PROGRAMM:
 Vorstellungen:
 Täglich um 16 Uhr: „Was bringen uns die Sterne
 auch Sonntags um 17,30 Uhr: „Guter Mond, Du gehst
 so stille“
 Eintrittspreise: Erwachsene RM. 1.—
 Kinder unter 14 Jahren RM. 0.50

Arbeiter, Angestellte und Beamte!
 Benutzt und propagiert für den Abschluss von Ver
 sicherungen nur Euer eigenes Unternehmen, die
Volksfürsorge
 Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
 Versicherungsaktiengesellschaft
 * * * * *
 * * * * *

Rädelsburg-Lichtspiele
 Dresden-N., Großschloßstr. 11
 Fernruf 5171 / Straßenbahn-Linien 6 u. 11
 Heute Sonntag letzter Tag!
„Kleinstadtsünder“
 Nachmittags nur 2 Uhr
„Große Kindervorstellung“
 mit „Farran der Menschenalle“
Das Mädchen aus Erlasa
 nach einer Novelle v. Karl Fiebig. Die
 beste Leben und Liebe der Kleinstad
 „Das Fräulein gibt der spassigen Hand
 und ihren glänzenden Rahmen, in der
 Hauptrolle: Erna Morana, Helga
 Thomas Rudolf Klein-Rogge
 Egon v. Jordan
 Vorstellungen Sonntag 16 Uhr, 20
 Montag 18 Uhr, 20 Uhr

Dresdener Volksbühne E. V.
Mitgliederversammlung
 am 5. Februar 1928 (Sonntag), vormittags 10 Uhr,
 im Volkswahl-Trianonsaal, Oststr.-Allee/Kl. Packhofstr.
 Tagesordnung wie bereits bekanntgegeben.
 Der Gesamtvorstand.

WARNEVAL

 Maskenstoffe / Maskensammete
 Tarlatans / Hüte / Mützen
 Halsrüschen / Fertige Kostüme
Modehaus F. R. Pötzsch
 Ecke Obermarkt PIRNA Ecke Obermarkt

Kaditz a. d. Elbe
 Kaditz, einst ein Wendendörfchen,
 jetzt ein Gruß aus alter Zeit.
 Wanderer, komm! beschau und
 Einmal von Vergangenheit! Träume
 Willst Du Gegenwart, dann kehre
 Dort im **trauen Gasthof** ein;
 Trink und isß, tanz Sonntags fein,
 Steis wird es Dir Erinnerung bleib'n

Die Internationale
 deshalb nichts berichtet, weil er der Meinung war,
 es könnten viele Arbeiter glauben, es sei nicht
 notwendig, hinzugehen, wenn sie es gelesen haben.
 Sie sind deshalb erzürnt, wollen sie wissen,
 was die Internationale bringt, am Freitag,
 dem 3. Februar 1928, abends 7,30 Uhr, (nach
 neuer Zeit 19,30 Uhr), die zweite Aufführung
im Volkshaus Pirna
 zu besuchen.
 Alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind am Massen
 besuch interessiert. Eintritt 50 Pfennig, Erwerb
 lufe und Rentner an der Kasse 30 Pfennig.
 Wer spielt? Die Antwort erhalten Sie bei ihrem Besuch.

Wo?
 ist das beliebteste
 Bier- und Speisestiel
 immer im
Bittoriateller
 Balkenhäuserstraße 16
 Tägl. Künstlerkonzert
 Mittagsgedrude von
 90 Pfennig an

Kaufen Sie
 ihre sämtlichen
Haus- und Küchengeräte
 in dem allbekanntesten seit 45 Jahren bestehenden Spezial
 geschäft von
Hugo Rückert, Dresden-A.
Nur Große Brüdergasse 8
 Beachten Sie bitte genau: Eckhaus an der Quergasse,
 roter Anstrich / Bei Vorzeigen dieses Inserates 10% Reb.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund / Ortsausschuß Pirna
 Achtung! Filmvorträge des Herrn Professors Wempe, Oldenburg
Aus dem Wunderbuche der Natur
 Sonnabend, den 4. Februar 1928, im Feldschlößchen, Pirna
 Sonntag, den 5. Februar 1928, im Kurhaus, Bad Schandau
 Montag, den 6. Februar 1928, im Deutschen Haus, Heidenau
 Die Vorträge beginnen sämtlich Punkt 7 Uhr
 Bei Beginn werden die Saalüren geschlossen
 Eintrittspreis 60 Pfennig / Karten bei den Gewerkschaften
 Reserven kann nicht gestattet werden!
 Organisierte Jugendliche und organisierte Erwachsene mit ihrem Fransen erhalten Karten zu
 30 Pf. gegen Vorzeigen eines Ausweises ihrer Organisation in Heidenau im Büro des Metall
 arbeiterverbandes, Dresden Straße 34, und des Fabrikarbeiterverbandes, Häckelstraße 6, in
 Pirna im Sekretariat (Volkshaus, Zimmer 4), in Köditz beim Kollegen Gebauer, Heilstraße 65,
 in Bad Schandau beim Kollegen Paulier, Rathmannsdorf Platz 55 und an den Saalüren.
 Es ladet zu starkem Besuche ein
 der Vorstand

Gasthof Birtigt
 Sonntag, den 29. Januar, von 18 Uhr
 ab im festlich dekorierten Saal die
große Ballschau
 Die neuesten Schläger, die schönsten Tänzer

Heiterer Blick
 Tel. 424 Cunnersdorf bei Pirna Tel. 424
 Morgen Sonntag ab 16.30 Uhr
Vornehmer Ball
 In des Gasthofes musikalische Unterhaltungs
 Neue Bewirtung
 Es laden ergeben ein A. Halden und Frau.

Carolabad **Feldschlößchen, Pirna**
 Jeden Sonntag
Große Ballschau
 Radfahrerstation / Großer schattiger
 Garten mit Markisen / Kegelbahn
 H. Eckert und Frau
 Es laden ergeben ein P. Taggesell u. Frau

Verlangt überall nur
Flaschenbiere
 von
OSKAR FUHRMANN
 DRESDEN-LÖBTAU, Stollestraße 24
 Fernsprecher 2942 Siphonbiere

Zeitungsaussträgerin
 für Stadtteil Zentrum II findet sofort Beschäftigung. Meldun
 gen bei der
Dresdner Verlagsgesellschaft
 Dresden-Alt., Güterbahnhofstr. 2

Jäpelts Restaurant
 Heim der Arbeiter-Sportler
 Hermann Jäpel u. Frau, Pirna

Trinkt einheimische Erzeugnisse!
Dresdner Felsenkeller Pilsner
Reisewitzer Löwenbier

Grammophon
 modern, trichterlos, rein
 rein im Ton, mit Platt
 39 Mk. zu verkaufen
Oppelstr. 19

Im Luxuszug
 Ein Filmlustspiel mit einer über alle Maßen frischen und lustigen Darstellung durch:
Dina Gralla / Ida Wüst / Adele Sandrock
Ernst Verebes / Wilhelm Bendow / Julius Falkenstein / L. v. Ledebour-Henry Bender
Prinzels Theater
 Lichtspiele
 Beginn der Vorstellungen täglich 16, 18, 19 und 20,30 Uhr

Tages
Belager
 Bezugspreis
 Bahnhofs
 Schriftleitung
 Pirna Dre
4. Jah
Die Di
 In de
 beschäftigt
 Reichsban
 daran, daß
 die engste
 alle, im
 Dittmann
 machen“.
 Reichsban
 deren Ze
 die Anker
 Gursing, I
 Einflüsse
 sollen die
 freitlich u
 Reichsban
 neue „Pa
 daß sie le
 irin u. l
 können.“
 dung des
 erklärt d
 Reichsban
 Ziel
 Kländere
 nur das
 Saffin.
 Der
 die Ste
 Wajgabe
 Stange
 erwaigt
 eine ex
 stehen.
 Rührer
 Weg be
 bemüht
 wertum
 nach Be
 darauf
 als die
 Rührer
 1927-
 werden
 das G
 schafter
 Infanz
 aus m
 D
 tag d
 Domini
 harfes
 hat bi
 Rührer
 die W
 schick
 zu el
 tsel
 KSG
 Blatt
 tut
 Her
 we
 G
 me
 da
 wi
 m
 m
 m
 m
 m
 m
 m
 m
 m
 m